universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Skurrile Besetzung“ *

Die Medienwirklichkeit der Tageszeitung HEUTE zum Refugee Protest Camp Vienna

(* Titel des HEUTE-Artikels vom 28.12.2012)

Verfasserin

Sonja Kreil

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 057 390
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Individuelles Diplomstudium „Internationale Entwicklung“
Betreuer:	Univ. Prof. Dr. Walter Schicho

Danke, Mama! Danke, Papa!

Danke, Marlene!

Danke, Anna, Barbara, Dini, Pipi, Ranja!

Danke, Walter Schicho!

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG 7

1.1. PERSÖNLICHE MOTIVATION 8

1.2. ERKENNTNISINTERESSE 9

2. THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN 10

2.1. MASSENMEDIEN UND -KOMMUNIKATION 11
2.1.1. Eigenschaften und Funktionen von Massenmedien 12
2.1.2. Die soziale Produktion von Nachrichten, Teil 1 15
2.1.3. Repräsentation und Sprache 18
2.1.4. Repräsentation und Diskurs 21
2.1.5. Ideologie 23
2.1.6. Die soziale Produktion von Nachrichten, Teil 2 25
2.1.7. Boulevardmedien 29

2.2. ASYLLAND ÖSTERREICH UND DER DISKURS ÜBER GEFLÜCHTETE 31
2.2.1. Bedeutung Österreichs als Asylland 31
2.2.2. (Medien-) Diskurse über Asylsuchende und Geflüchtete in Österreich 36

3. EMPIRIE 49

3.1. METHODE 49
3.1.1. Diskurs – Der Begriff und die Theorie 50
3.1.2. Kritische Diskursanalyse 53
3.1.3. Forschungsdesign 55

3.2. DER KONTEXT DES REFUGEE-PROTESTS – Die Ereignisse, die Akteure und die Perspektive der Refugees 58

3.3. UNTERSUCHUNGSMATERIAL 71
3.3.1. Charakterisierung der Tageszeitung HEUTE 72
3.3.2. Das Textkorpus 73

3.4. GROBANALYSE 74
3.4.1. Formale Beschreibung 75
3.4.2. Qualitativ inhaltliche Beschreibung 78
3.4.3. Zusammenfassende Interpretation 87

3.5. FEINANALYSE 90
3.5.1. Typische Artikel 91

3.5.2. „*Skurrile Besetzung: Ende für Protest in Votivkirche!*“ Feinanalyse des Artikels vom 28.12.2012, AutorIn unbekannt 91
3.5.3. „*Votivkirche – und kein Ende?*“ Feinanalyse der Kolumne von Kardinal Christoph Schönborn, vom 4.01.2013 95
3.5.4. „*Polit-Streit um Kirchenbesetzer*“ Feinanalyse des Artikels vom 8.01.2013, AutorIn unbekannt 99
3.5.5. „*Votivkirche: Dutzende Notfälle wegen Hungerstreik*“ Feinanalyse des Artikels vom 14.02.2013, Autor Robert Zwickelsdorfer 102
3.5.6. Zusammenfassung der Feinanalysen 105

3.6. ABSCHLIESSENDE INTERPRETATION 107
3.6.1. Zur Form der Berichterstattung 107
3.6.2. Diskursrepräsentation 108
3.6.3. Die Berichterstattung der Tageszeitung HEUTE als Diskurs der Differenz 109

4. GESAMTFAZIT 116

5. BIBLIOGRAFIE 119

6. ANHANG 129

6.1. TABELLARISCHE AUFLISTUNG DER KORPUSTEXTE 129

6.2. ABSTRACT (DEUTSCH) 131

6.3. ABSTRACT (ENGLISH) 132

6.4. LEBENSLAUF 133

1. EINLEITUNG

Das Refugee Protest Camp Vienna war von Ende November 2012 bis März 2013 das dominante Thema in den österreichischen Tageszeitungen. Die Öffentlichkeit zeigte sich durchaus interessiert an den protestierenden Refugees, wenn auch mit einer ambivalenten Haltung. So konnten neben sympathisierenden Stimmen, die das politische Empowerment der Geflüchteten und Asylsuchenden begrüßten und die Inhalte des Protest unterstützten, auch Haltungen registriert werden, die dem Ereignis eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, sich von dem selbstbewussten Auftreten der Refugees irritiert zeigten und die Forderungen eher als überzogen einschätzten.

Die Besonderheit des Protests, dessen Inhalte sich sowohl mit Verbesserungen in dem bestehenden Grundversorgungssystem, als auch mit einer grundlegenden Umgestaltung einiger Aspekte der europäischen Asylpolitik und ihrer Instrumente auseinandersetzen, liegt vor allem darin, dass es sich dabei um eine von Geflüchteten und Asylsuchenden selbst ins Leben gerufene Bewegung handelt.

Der Protest der Refugees birgt besondere Qualität, da aus dem Umstand der Selbstorganisation und Ermächtigung die strukturellen Probleme, mit denen sich Geflüchtete und Asylsuchende konfrontiert sehen, erstmals aus der Perspektive der Betroffenen artikuliert und durch die gewählten Protestmethoden einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden. Die Erfahrungen und das damit einhergehende Wissen können als wertvoller Input für die verbesserte Gestaltung eines nationalen und supranationalen Asylsystems anerkannt werden. Darüber hinaus wurden von den Refugees gesetzesbedingte Widersprüchlichkeiten thematisiert, die sich in der bürokratischen Kategorie des Geflüchteten, so wie sie bisher gefasst wurde, manifestieren und die zu einer Entrechtung und, mit den Worten Hannah Arendts, zu einem „Überflüssigmachen“ von Menschen führt (Arendt 1993: 464).

Der Protest der Refugees kann folglich auch als Anstoß zu einer notwendigen und längst überfälligen Diskussion über die politische Kategorie des Geflüchteten verstanden werden. Darüber hinaus enthält der Refugee-Protest das Potential, den etablierten Diskurs über Geflüchtete, der eine Wahrnehmung dieser sozialen Gruppe als handlungsunfähige und von den Gunsten der Aufnahmestaaten abhängigen Menschen, zu verändern und in Geflüchteten gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sehen.

Dieser Wandel im (diskursiven) Umgang mit Geflüchteten erscheint in Zeiten globaler Migrationsbewegungen, in denen die konstruierte Grenzziehung zwischen „Flüchtlingen“ und „MigrantInnen“ nur noch schwer aufrecht zu erhalten ist und – noch viel mehr – in einer dem Ideal der Demokratie verpflichteten Gesellschaft, die sich als modern, offen und anti-rassistisch versteht, als dringend geboten und wünschenswert.

Den Massenmedien kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, da sie unter anderem die Funktion inne haben, für sozial-politische Themen eine Öffentlichkeit herzustellen. Dass das Refugee Protest Camp Vienna ein politisches Ereignis ist, das – gerade vor dem Hintergrund von immer restriktiveren Zuwanderungs- und Asylgesetzen sowohl auf nationaler wie auf EU-Ebene – enorme Brisanz birgt, geht aus der umfangreichen Berichterstattung deutlich hervor.

Gleichzeitig werden die Themen Einwanderung, Migration und Asyl, wie zahlreiche Untersuchungen zu den gängigen (Medien-)Diskursen zeigen, beherrscht von projektiven Ängsten, deren Ursache zu einem großen Teil darin gesehen werden können, dass Migration und Mobilität auch in einer globalisierten Welt nicht als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Ein Umstand, der eine inhaltlich fundierte und alle Sichtweisen berücksichtigende Diskussion der vom Refugee-Protest repräsentierten Sujets sogar noch dringender macht.

1.1. PERSÖNLICHE MOTIVATION

Das Studium der Internationalen Entwicklung ist ein Studium von Ungleichheitsverhältnissen. Das grundlegende Anliegen dieser Studienrichtung ist die Kritik an der asymmetrischen Verteilung von Macht, die sich in den verschiedenen Systemen unserer globalisierten Welt manifestiert und allen Lebensbereichen immanent ist. Folglich beschäftigt sich eine Studentin der Internationalen Entwicklung mit Phänomenen, durch die diese Machtverhältnisse begriffen und erklärt werden können, um Kritik an den konkreten Ausformungen von Macht zu formulieren und im besten Fall nicht nur das eigene, sondern auch das Bewusstsein möglichst vieler für ungleiche Beziehungen in ihren zahlreichen Erscheinungsformen zu schärfen.

Ein zentrales Thema des Fachs bilden soziale Bewegungen und Kulturen des Widerstands. „Neue Soziale Bewegungen“ lautet der Überbegriff für all jene organisierten

Zusammenschlüsse von Menschen, die sich durch einen hohen Grad an Autonomie auszeichnen. Als abgrenzende Kriterien zu den „alten“ sozialen Bewegungen gelten vor allem die Unvereinbarkeit mit den Strukturen und Handlungsweisen der traditionellen politischen Parteien. Dieter Boris betont dies, wenn er sagt, dass „[…] viel stärker als früher die Autonomie dieser Bewegungen gegenüber dem Staat und den traditionellen politischen Parteien betont und verteidigt wird“ (Boris 2003: 125). Das Aufzeigen neuer Perspektiven und Handlungsräume, die darauf ausgelegt sind, Machtverhältnisse neu zu verhandeln, machen soziale Bewegungen für das Studium der Internationalen Entwicklung interessant.

Dies gilt in besonderem Maße für den Protest der Refugees, der mit den Thema Asyl und dem damit in Verbindung stehenden gesellschaftlichen Ausschluss von Geflüchteten an ein weiteres, für das Studium der Internationalen Entwicklung relevantes Forschungsgebiet anschließt.

Konturiert wurde die Beschäftigung mit dem Refugee Protest Camp Vienna durch meine beruflichen Erfahrungen in der PR- und Öffentlichkeitsarbeit. Dort konnte ich Einblick nehmen in die hochprofessionalisierten Prozesse der Nachrichtenproduktion und dabei selbst erfahren, wie Medien nicht nur die rasche und weite Verbreitung von Ideen antreiben können, sondern auch, wie sie Sachverhalte bzw. Wirklichkeit vereinfachen, indem sie fachspezifische Abhandlungen in Texte transformieren, die einem breiten Publikum zugänglich und verständlich sind.

1.2. ERKENNTNISINTERESSE

Das aus der persönlichen Motivation resultierende Erkenntnisinteresse vorliegender Arbeit liegt auf der Frage, wie das Refugee Protest Camp Vienna in der medialen Öffentlichkeit repräsentiert wurde. Um dieser Frage im Rahmen einer Diplomarbeit nachzukommen, wurde der Forschungsbereich auf ein Massenmedium eingegrenzt. Die Entscheidung, sich mit der Gratiszeitung HEUTE zu beschäftigen, gründete auf der Überlegung, dass HEUTE als relativ junges Medium bisher nicht so häufig diskursanalytischen Untersuchungen unterzogen wurde wie beispielsweise die Kronenzeitung. Darüber hinaus ließ der Umstand, dass HEUTE im Raum Wien eine enorm hohe Reichweite verzeichnet, dieses Medium für meine Zwecke als durchaus dienlich erscheinen.

Das Hauptaugenmerk des Erkenntnisinteresses ist der Darstellung des Protest, seiner Inhalte und seiner Akteure und den der Repräsentation zugrundeliegenden ideologischen Annahmen geschuldet. Es soll geklärt werden, ob die Tageszeitung HEUTE dem Protest eher befürwortend oder ablehnend gegenübersteht und mit welchen diskursiven Strategien und sprachlichen Mitteln die jeweilige Haltung transportiert wird.

Entsprechend sind folgende Fragen forschungsleitend:

- Wie berichtet die gratis Tageszeitung HEUTE über den Protest der Refugees?
- Welche (politischen und ideologischen) Positionen und Meinungen hinsichtlich des Protest werden in der medialen Darstellung des Protests berücksichtigt, welche werden betont und welche werden untergraben?
- Erfährt der Refugee-Protest in der Berichterstattung von HEUTE eine Legitimation oder eine De-Legitimation und wie manifestiert sich die jeweilige Haltung in den sprachlichen Handlungen?
- Inwiefern lassen sich im Diskurs von HEUTE Brüche, inwiefern Kontinuitäten in der Wahrnehmung von und im Reden über Geflüchtete und Asylsuchende feststellen?

2. THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN

Im folgenden Abschnitt wird die theoretische Basis der Diplomarbeit vorgestellt. Das erste Kapitel der Theorie widmet sich dem Themenblock Medien. Bezugnehmend auf Grundlagenliteratur der Medienwissenschaft werden zuerst die Eigenschaften von Massenmedien und Massenkommunikation und ihre gesellschaftlichen Funktionen geklärt. Danach werden anhand von Theorien des Konstruktivismus, der Semiotik und der Cultural Studies sowie der Diskurstheorie die Bedingungen der Nachrichtenproduktion diskutiert, wobei der Hauptfokus auf den Aspekt der Bedeutungsproduktion gelegt wurde. Die theoretische Erörterung des Verhältnisses von Repräsentation, Sprache und Diskurs trägt der Fragestellung und dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit Rechnung.

Bei sozialwissenschaftlichen Analysen von Medien steht häufig die Frage nach der Bias, der tendenziösen Neigung des Mediums im Vordergrund. In der nachfolgenden theoretischen

Einführung wird auf die strukturierten Prozesse der Nachrichtenproduktion eingegangen und geklärt, weshalb die Vorstellung einer Voreingenommenheit von Medien problematisch ist. Dafür wird der ideologischen Rolle von Medien besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der dafür herangezogene theoretische Ansatz geht davon aus, dass es sich bei Ideologie und Bias nicht um eine beabsichtigte Voreingenommenheit von Medien handelt, sondern der Prozess der Nachrichtenproduktion an sich immer in ideologische Diskurse eingebettet ist.

Abschließend wird der Typus des Boulevardmediums, zu dem die Tageszeitung HEUTE gezählt werden kann, charakterisiert.

Der zweite Teil des Theoriekapitels beschäftigt sich mit der Bedeutung Österreichs als Asylland und dem in Österreich vorherrschenden öffentlichen Diskurs über Asylsuchende und Geflüchtete. Damit wird sowohl der gesellschaftspolitische, als auch der diskursive Kontext der Untersuchung in seiner historischen Dimension skizziert. Der geschichtliche Überblick liefert wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der Entwicklung der Wahrnehmung von und des Redens über Geflüchtete und dient darüber hinaus als Bezugsrahmen für den empirischen Teil der Arbeit.

2.1. MASSENMEDIEN UND -KOMMUNIKATION

Massenmedien kommt in modernen Gesellschaften eine große Bedeutung zu. Luhmann geht sogar soweit zu behaupten, dass „[a]lles, was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann nach Karel 2009: 30). Inwieweit diese Aussage tatsächlich zutreffend ist, sei dahingestellt. Die Tatsache, dass in der heutigen „Massenkommunikationsgesellschaft“ (Burkart 2002: 177) Medien eine entscheidende Rolle spielen, sei jedoch unbestritten. Der kommunikationstechnische Fortschritt und besonders das Internet begünstigen einen weltweiten Informationsfluss. Daniel Bell hat den Transport von Information und die Errichtung von Informationsnetzen als zentrale Merkmale moderner „Informationsgesellschaften“ identifiziert (vgl. ebd.: 179f.).

2.1.1. Eigenschaften und Funktionen von Massenmedien

Grundsätzlich kann Kommunikation als soziale Interaktion zwischen Lebewesen begriffen werden, die zum Zwecke der Verständigung ausgeführt wird und einer vermittelnden Instanz bedarf, die gemeinhin als Medium bezeichnet wird (vgl. Burkart 2002: 20ff.).

Bei der „Massenkommunikation" handelt es sich jedoch eher um einen Vorgang, bei dem eine große Menge von Menschen an demselben Kommunikationsprozess teilhat (vgl. ebd.: 168). Eine zentrale Eigenschaft von Medien ist, dass sie über ein verhältnismäßig großes Publikum verfügen, was in besonderem Maße für – wie der Name sagt – Massenmedien zutrifft. Die Größe der Leserschaft und Reichweite betonen den potentiellen Einfluss und die Macht des jeweiligen Mediums. Der Begriff der Masse bezieht sich auf ein mehr oder weniger diversifiziertes Publikum, das in Form des/r RezipientIn eines gegebenen Massenmediums – sei es Print, Radio, TV oder Online – als KommunikationspartnerIn auftritt.

Die TeilnehmerInnen an dem Kommunikationsprozess können zum einen in der öffentlichen Sphäre – diese umfasst die NachrichtenproduzentInnen (JournalistInnenen, PolitikerInnen, PressesprecherInnen) – und zum anderen in der privaten Sphäre – die MedienkonsumentInnen bzw. -rezipientInnen – verortet werden. Um die Kluft zwischen Öffentlichem und Privatem zu überbrücken, haben Medien einen kommunikativen Stil entwickelt, zu dem unter anderem eine Art „öffentliche Umgangssprache" gehört, die in mehr oder weniger ausgeprägter Form der informellen, alltäglichen Sprache entspricht (vgl. Fairclough 1995. 37f.).

Als Kapitalgesellschaften bzw. Organisationen, die Profit erwirtschaften müssen, gehorchen Medien mehr oder weniger auch der Marktlogik. Einen Großteil ihrer Einnahmen generieren sie durch den Verkauf von Werbeinseraten bzw. -schaltungen, wobei im Falle von Printmedien die Größe der Leserschaft und die Reichweite den Preis für die Anzeigeflächen im Blatt bestimmen. Aus dieser Perspektive können Zeitungen als symbolische, kulturelle Wirtschaftsgüter bezeichnet werden, die innerhalb einer Kulturindustrie produziert werden und anfällig sind für Einflüsse des Marktes und ökonomischer Zwänge (vgl. ebd.: 42).

Ein Kommunikationsakt, wie es die Berichterstattung bzw. die massenmediale Textproduktion ist, ist immer auch eine soziale Praxis. Als solche repräsentiert sie andere soziale Praxen in Form von Ereignissen oder wiederum Kommunikationsakten. In der Regel berichten Massenmedien von sozialen Praktiken im öffentlichen Bereich wie beispielsweise Politik, Bildung, Recht usw. (vgl. ebd.: 40f.).

Mit ihrer Berichterstattung machen Medien diverse Ereignisse und Debatten einer breiten Masse zugänglich. Gerade hinsichtlich einer funktionierenden Demokratie übernehmen sie grundlegende Aufgaben. Burkart unterscheidet zwischen sozialen, ökonomischen und politischen Funktionen von Massenmedien (vgl. Burkart 2002: 379ff.).

Als Funktionen werden hier bestimmte „Leistungen im Hinblick auf den (Fort-) Bestand unseres Gesellschaftssystems" bezeichnet (ebd.: 379). Leistungen meint – bezogen auf das Massenkommunikationssystem westlicher Industriegesellschaften – jene für die Gesellschaft und ihre Individuen dienlichen Folgen der kommunikativen Handlungen, die das System der Massenmedien konstituieren (vgl. ebd.: 382).

Unter sozialen Funktionen fasst Burkart all jene Leistungen der Massenmedien zusammen, die dem sozialen System zuträglich sind. Als *Sozialisationsfunktion* bezeichnet er das Vermitteln eines Normbewusstseins sowie von Denkformen und Verhaltensweisen, die „das Leben in komplex organisierten Gesellschaftssystemen […] [einerseits] ermöglichen und […] [andererseits] der Erhaltung und Weiterentwicklung dieser Gesellschaft dienen" (ebd.: 385). Neben der Sozialisationsfunktion nennt er die Funktion der *sozialen Orientierung*, die *Rekreationsfunktion* und die *Integrationsfunktion*, „[die] Medien [dann] erfüllen […], wenn sie gesellschaftlich anerkannte Verhaltensweisen und Verhaltensnormen vermitteln bzw. Massenloyalität für die Geltung dieser (sozialen, politischen und rechtlichen) Normen herstellen und gegebenenfalls auch Handlungsbereitschaft im Sinne der Durchsetzung gemeinsamer Interessen bewirken" (ebd.: 388). Dabei gilt es, vielfältige Anschauungen ebenso zu berücksichtigen wie gesellschaftliche Randgruppen und Minderheiten.

Die ökonomischen Funktionen der Medien beziehen sich auf jene Leistungen, „die für die mittelbare oder unmittelbare Kapitalverwertung (d. h. für die Gewinnerzielung)" erbracht werden (ebd.: 398). Hier kann zuerst einmal die *Zirkulationsfunktion* genannt werden, da die meisten Medien den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf durch Werbung unterstützen und häufig auch mit ihren redaktionellen Inhalten die kapitalistischen Produktions- und Machtverhältnisse festigen. In engem Zusammenhang mit der Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems stehen auch die Leistungen *Wissensvermittlung*, *Sozialtherapie* und *Legitimationshilfe*, die das „Einverständnis mit den herrschenden Verhältnissen und der daraus resultierenden klassen- und schichtspezifischen Verteilung von Lebenschancen" erwirken (ebd.: 401).

Die politischen Funktionen sind im Kontext der vorliegenden Studie besonders relevant. Das *Herstellen von Öffentlichkeit* kann als die politische Hauptfunktion von Massenmedien betrachtet werden. Information wird erst durch ihre Veröffentlichung und Thematisierung in Medien für die gesamte Gesellschaft zugänglich gemacht. Medien dienen als Vermittler von Ereignissen und als Sprachrohr für eine Reihe von (politischen) Anliegen. Das Herstellen von Öffentlichkeit ist vor allem für die Willensbildung der Bevölkerung zur Legitimierung von politischen Entscheidungen erforderlich, da dafür „gesellschaftliche Konflikte öffentlich und damit durchschaubar" gemacht werden müssen (Hundertmark nach ebd.: 392). Wobei die öffentliche Darstellung von Politik durch die Art ihrer Thematisierung über Erfolg oder Misserfolg politischer Entscheidungen mitbestimmen kann. Mit anderen Worten: „Die öffentliche Inszenierung wird zum eigentlichen Erfolgskriterium der Politik" (Münch nach ebd.: 392).

Hand in Hand mit der Herstellung von Öffentlichkeit geht die sogenannte *Artikulationsfunktion*, die der Berücksichtigung der vielfältigen vorhandenen Interessen und Meinungen geschuldet ist. Sie liegt der Annahme zugrunde, dass eine demokratische Willensbildung nur zustande kommen kann, wenn Medien „als Sprachrohr für alle demokratisch akzeptablen Parteien, Verbände und Interessengruppen fungieren (bzw. zu fungieren haben)" (ebd.: 393).

Darüber hinaus kommen Massenmedien eine *politische Sozialisationsfunktion* sowie eine *politische Bildungsfunktion* zu. Das bedeutet, dass via Massenmedien politische Rollen transparent gemacht und aktuelle Informationen transportiert werden, um eine politische Meinungsbildung und die aktive Teilnahme am politischen Geschehen überhaupt erst zu ermöglichen (vgl. ebd.: 394f.).

Die *Kritik- und Kontrollfunktion* ist eine besonders wichtige Leistung der Massenmedien in demokratischen Gesellschaften. Sie beauftragt Medien damit, kritische Meinungen an (politischen) Verhältnissen zu artikulieren und diese Verhältnisse zumindest graduell durch Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit zu kontrollieren (vgl. ebd.: 384f.). Medien treten somit als vierte Gewalt im Staat auf, da sie „über den Umweg der Information der Selbstreinigung der Gesellschaft, dem Schutz der Demokratie und der Legitimität des Systems [dienen]" (Stöber 2008: 135). Eine notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der

Kritik- und Kontrollfunktion ist die Unabhängigkeit der Medien von gesellschaftlichen bzw. politischen Machteinflüssen jeglicher Art (vgl. Burkart 2002: 397).

Die elementarste und „ursprünglichste“ Leistung des Massenkommunikationssystems, die gleichermaßen für alle Funktionsbereichen gilt, ist die *Informationsfunktion* der Medien. Der Begriff der Information ist dabei relativ, da die Bewertung darüber, ob eine gegebene Aussage informativ ist, bei der jeweiligen Rezipientin bzw. beim jeweiligen Rezipienten liegt (vgl. ebd.: 402f.).

Feststeht, dass die Informationsvermittlung in Form von kommunikativen Handlungen geschieht. Die LeserInnen gewinnen ihre Informationen über „Sekundärerfahrungen“ (vgl. ebd.: 405).

Dass Massenmedien in unserer Gesellschaft wichtige soziale und politische Funktionen und Aufgaben übernehmen, erscheint unbestreitbar. Indem sie „praktisches soziales Wissen“ in Form von Information vermitteln, verbinden sie nicht nur den Bereich des Öffentlichen mit dem Bereich des Privaten, sie verringern auch die Distanz zwischen den Mächtigen und Machtlosen und schlagen somit Brücken zwischen den Wissenden und Informierten zu den Unwissenden und Uninformierten. „Die Massenmedien funktionieren und werden geformt durch die Art und Weise, wie Macht und Wissen in der Gesellschaft (ungleich) verteilt sind“ (Hall 1989a: 128).

Bei dem Prozess der „Versorgung der Öffentlichkeit mit sozialem Wissen“ handelt es sich um einen kommunikativen Prozess, der, so Stuart Hall, notwendigerweise strukturiert ist. Damit ist gemeint, dass die Kommunikation innerhalb gegebener Strukturen stattfindet, von denen sie beeinflusst, geformt und bestimmt wird. Aus diesem Grund ist es auch nicht angebracht von Medien als voreingenommen zu sprechen (vgl. ebd.: 132).

Der strukturierte Prozess der Nachrichtenkonstruktion soll nun im Folgenden genauer geklärt werden.

2.1.2. Die soziale Produktion von Nachrichten, Teil 1

Fairclough beschreibt den Prozess der Nachrichtenproduktion als eine Kette von kommunikativen Ereignissen, die von der Beschaffung der Information durch JournalistInnen

über die eigentliche Produktion des Textes hin zur Rezeption durch die LeserInnen verläuft (vgl. Fairclough 1995: 36ff.). Im Zuge der Kettenbildung werden die Nachrichten transformiert, indem „Rekontextualisierungen“ vorgenommen und Repräsentationen produziert werden. „Ihnen wird ständig Sinn gegeben durch die Einbettung in einen sinnvollen, erklärenden Kontext. […] Nachrichten zu produzieren bedeutet, die Realität zu interpretieren“ (Hall 1989a: 134f.).

Diese Vorgänge sind gekennzeichnet von einem hohen Grad an Routine: „Media organizations are characterized by routine ways of collecting and selecting material, and editing and transforming source material into finished texts” (Fairclough 1995.: 48).

Nachrichten durchlaufen in ihrer Entstehung eine Reihe von routinierten Prozessen der Selektion und Konstruktion.

Selektionsprozesse

Die Selektion fungiert einerseits als inhaltlicher Filter. Die Auswahl der Themen basiert zu einem Großteil auf Annahmen über die Erwartungen und Wünsche des Zielpublikums. Gruber konstatiert, dass „bereits die Auswahl bestimmter Themen usw. zu denen u.U. Meinungen abgegeben werden, eine (in vielen Fällen) nicht bewußte Wertung darstellt“ (Gruber 1991: 42). Dieses „gate keeping“ verleiht den NachrichtenproduzentInnen die Entscheidungsmacht darüber, welche Inhalte, Ereignisse, Debatten etc. überhaupt in die Medien und damit in das öffentliche Bewusstsein gelangen. Gemäß ihren Ansichten darüber, was für ihre Leserschaft relevant und interessant ist, formen und konstruieren RedakteurInnen, ChefredakteurInnen, HerausgeberInnen und ProduzentInnen Inhalte.

Die Auswahl bestimmter Themen – und damit gleichzeitig das Weglassen anderer – bezeichnet Luhmann als das „Prinzip der Selektivität“, nach dem Massenmedien die Realität vereinfachen (vgl. Luhmann 1995: 25.). Als Selektoren für informationsbezogene Medientexte führt er an: 1) die Information muss neu sein, 2) Konflikte werden bevorzugt, 3) Quantitätsangaben fangen die Aufmerksamkeit, 4) ein lokaler Bezug verleiht der Information mehr Gewicht, 5) Normverstöße und Außergewöhnlichkeiten werden besonders beachtet, 6) Handlungen bzw. Handelnde werden zugerechnet, 7) Die Gestaltung von

Meinungsäußerungen als Nachricht, 8) die professionalisierte Abwicklung der Nachrichtenproduktion führt zu einer Verstärkung der Selektoren (vgl. ebd.: 26ff.).

Dieses „sich selbst verstärkende Netz von Selektoren", das vorrangig in der Produktion von Tagesnachrichten tätig ist, folgt somit weniger dem Code wahr/ falsch als dem Code Information/ Nichtinformation (vgl. ebd.: 31f.).

Aus Perspektive der konstruktivistischen Medientheorie ist die Frage nach „wahr oder falsch" ohnehin nicht von Interesse, da diese eine objektive Realität voraussetzen würde. „Die objektive Realität ist nicht anderes als eine notwendig zu postulierende ‚Außenwelt', ein Substratum, das für kognitive Systeme völlig unzugänglich ist" (Weber 1995: 26). Daraus folgt, dass Medien die Wirklichkeit weder abbilden noch vermitteln, sondern diese eben erst konstruieren.

Auch andere MedientheoretikerInnen haben sich mit „Nachrichtenwerten" bzw. „news values" beschäftigt und führen ähnliche Faktoren für ihre Selektion an (vgl. Galtung/ Ruge in Fowler 1991: 13ff.). Auch dort wird evident, inwieweit die Auswahlkriterien für die Nachrichtenwertigkeit sozial konstruiert sind. Die für alle Medien wichtigste Nachrichtengruppe ist jene, die Konflikte, Kontroversen, Katastrophen, Wandel, Umschwünge und Gewalt umfasst (vgl. Hall 1989a: 130).

Die ausgewählten Themen durchlaufen in der Nachrichtenredaktion einen weiteren Selektionsprozess. In diesem Stadium handelt es sich bereits um sprachlich repräsentierte Tatbestände. Die Anordnung der Rechercheergebnisse, die Auswahl der Quellen und die Auswahl der berichteten Aspekte eines Ereignisses stellen Maßnahmen dar, die Wertungen beinhalten und eine Kategorisierung des Berichteten begünstigen (vgl. Gruber 1991: 43).

> „Dieser Prozeß der ‚Initiierung' von Kommunikation ist festgeschrieben und beinhaltet weitreichende editorische Eingriffe, viele Verfahren des Formens und der Auswahl, welche nicht nur auf den vorhandenen, zur Verfügung stehenden technischen Mitteln basieren, sondern auf Urteilen – z.B. auf einer Vorstellung davon, was ‚bedeutend', ‚wichtig' und ‚dramatisch' ist, was einen ‚Nachrichtenwert' hat und was nicht" (Hall 1989a: 133).

Bereits hier wird ersichtlich, dass es sich bei dem Prozess der Nachrichtenproduktion nicht um einen naturalistischen Vorgang handelt, der die Welt so zeigt, wie sie ist, sondern dass das Produzieren von Information eine komplexe soziale Praxis der Bedeutungsproduktion ist.

Bevor das Kapitel zur sozialen Produktion von Nachrichten im Hinblick auf die Frage nach Ideologie und Konsens fortgeführt wird, soll der Prozess der Bedeutungsproduktion genauer betrachtet werden.

2.1.3. Repräsentation und Sprache

> „News is a representation of the world in language; because language is a semiotic code, it imposes a structure of values, social and economic in origin, on whatever is represented; and so inevitably news, like every discourse, constructively patterns that of which it speaks. News is a representation in this sense of construction; it is not a value-free reflection of ‚facts'" (Fowler 1991: 4).

Stuart Hall definiert Repräsentation als die Produktion von Bedeutung unserer gedanklichen Konzepte durch Sprache. Repräsentation verknüpft gedankliche Konzepte und Sprache und ermöglicht es uns, entweder auf die reale Welt von Gegenständen, Menschen oder Ereignissen, oder auf die imaginäre Welt fiktionaler Gegenstände, Menschen und Ereignisse Bezug zu nehmen (vgl. Hall 1997: 17).

Hall unterscheidet zwei Arten von Prozessen, die er Repräsentationssysteme nennt. Das System der mentalen Repräsentationen schafft die Voraussetzungen, um die Welt überhaupt fassen und bedeutungsvoll interpretieren zu können. Die jeweilige Bedeutung hängt dabei ab von dem System der Konzepte und Bilder, die gedanklichen geformt werden und für die Welt stehen bzw. sie repräsentieren. Als System sind diese gedanklichen Konzepte deshalb zu bezeichnen, weil sie in verschiedener Weise organisiert, zusammengebaut und arrangiert sind und in komplexen Beziehungen zueinander stehen. Für die Klassifikation und Organisation der gedanklichen Konzepte werden unterschiedliche Verfahren angewendet. So kann dabei das Prinzip von Gleichartigkeit und Differenz zu tragen kommen, sie können aber auch einer bestimmten Abfolge entsprechend oder nach Kausalitäten klassifiziert werden (vgl. ebd.: 17f.).

Sprache ist das zweite Repräsentationssystem, das an dem Prozess der Bedeutungsproduktion beteiligt ist. Die bedeutungstragenden Einheiten wie Wörter werden Zeichen genannt. Diese Zeichen sind es, die für die gedanklichen Konzepte und ihre Beziehungen zueinander, kurz das System der mentalen Repräsentationen, stehen und sie repräsentieren. Die Zeichen sind in Sprache organisiert und erst das Vorhandensein einer gemeinsamen Sprache ermöglicht die gedanklichen Konzepte in Worte (oder Töne, oder Bilder) zu übersetzen, Bedeutungen zu artikulieren und diese zu kommunizieren (vgl. ebd.: 18). Zeichen tragen Bedeutungen und müssen deshalb interpretiert bzw. gedeutet werden.

„The relation between ‚things', concepts and signs lies at the heart of the production of meaning in language. The process which links these three elements together is what we call 'representation'" (ebd.: 19).

Man kann also sagen, dass Wirklichkeit sich nicht im Bewusstsein widerspiegelt, sondern anhand der Verwendung von Wörtern, Begriffen, Texten (sowie Tönen, Bildern etc.) erst konstruiert wird. Durch das Zuschreiben von Bedeutungen an die Wirklichkeit wird Wirklichkeit produziert (vgl. Jäger/ Jäger 2003: 18f.).

Um die Zeichen deuten zu können, ist es notwendig, dass die KommunikationsteilnehmerInnen über die (zumindest weitgehend) selben Repräsentationssysteme verfügen, d.h. dass sie sowohl dieselbe Sprache sprechen als auch das gleiche gedankliche Konzeptgefüge, dieselbe „mental map" teilen müssen. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, kann keine Verständigung stattfinden, da die Interpretationen der Zeichen zu sehr divergieren würden.

Die zentrale Rolle der Sprache liegt in der Fixierung von Bedeutungen. Bedeutungen sind nicht in den Gegenständen, Personen oder Ereignissen enthalten und genauso wenig in Wörtern. Sie werden konstruiert und fixiert durch den Code, der die Wechselbeziehung zwischen dem System der gedanklichen Konzepte und dem System Sprache herstellt.

> „Codes fix the relationships between concepts and signs. They stabilize meaning within different languages and cultures. They tell us which language to use to convey which idea. The reverse is also true. Codes tell us which concepts are being referred to when we hear or read which signs" (Hall 1997: 21).

Durch den Code wissen wir, dass das gedankliche Konzept „Baum“ durch die Buchstaben A, B, M, U, angeordnet in einer bestimmte Reihenfolge, repräsentiert wird (vgl. ebd.: 21). Der jeweilige Code einer Sprache ist das Ergebnis eines ungeschriebenen kulturellen Übereinkommens, das sich über lange Zeiträume hinweg, ohne bewusste Entscheidungen entwickelte. Er wird durch seine Anwendung weitergegeben und von jedem Menschen von Geburt an erlernt (vgl. ebd.: 22).

Roger Fowler, ein Vertreter der Kritischen Linguistik, verweist in diesem Zusammenhang auf die Sapir-Whorf-Hypothese, die zwei zusammenhängende Annahmen über Sprache kombiniert: Das Prinzip der sprachlichen Relativität geht davon aus, dass Sprachen sich in ihren Strukturen radikal unterscheiden. Diese Hypothese wurde auch für nur eine Sprache geltend gemacht, als angenommen wird, dass es auch innerhalb einer Sprache variable Strukturen gibt. Die These vom sprachlichen Determinismus nimmt an, dass die sprachliche Struktur Einfluss darauf hat, wie die Welt wahrgenommen wird (vgl. Fowler 1991: 29f.).

Fowler bezeichnet diese Hypothese in ihrer abgeschwächten Form als Prädisposition:

> „On the weaker theory, language users are predisposed to categorize their experience according to the mental map engraved in the semantic structure of their habitual linguistic usage: language helps people to sort things, encourages them to think of the world in terms of certain artificial categories tacitly felt to be ‚common sense'" (ebd.: 30).

Der Punkt ist, dass SprecherInnen bzw. SchreiberInnen genauso wie RezipientInnen über mehr als nur ein semantisches Raster (semantic setting) verfügen, um sich über Ereignisse, Personen etc. zu äußern. Die Instrumente der Paraphrase, Umschreibungen, Neologismen und interlinguistische Übersetzungen sind mehr oder weniger allen SprecherInnen zugänglich (vgl. ebd.: 31).

Terminologien und Schlüsselbegriffe werden entwickelt, um über Ereignisse, Themen oder Menschen zu sprechen, die dem Besprochenen Bedeutung zuschreiben und die durch ihre Weiterverwendung aufrechterhalten werden. Das Vokabular einer bestimmten Art zu sprechen ordnet Konzepte in klar definierte Kategorien, die in eine Beziehung zu einander gebracht werden (vgl. ebd.: 54ff.).

So widmet sich die kritische Soziolinguistik unter anderem der Untersuchung von Namensgebungen, Adressierungen und Personalpronomen als Formen der Repräsentation von Dingen, Ereignissen und/oder Menschen und fragt dabei nach der Art der Repräsentation und der zugrunde liegenden ideologischen Annahmen.

2.1.4. Repräsentation und Diskurs

Die Beziehung zwischen Repräsentation und Sprache ist Forschungsgebiet der Semiotik, die sich als Wissenschaft der Zeichen versteht. Spätere Theorien verlagerten ihren Fokus auf die Frage, inwieweit Repräsentationen an der Produktion von sozialem Wissen beteiligt sind. Dieser Ansatz, der im Wesentlichen auf Foucault zurückgeht wird als der diskursive Ansatz bezeichnet. Während sich der semiotische Ansatz in erster Linie damit beschäftigt, wie Repräsentationen vollzogen, wie durch Sprache Bedeutungen erzeugt werden, widmet sich der diskursive Ansatz eher den Effekten und Konsequenzen von Repräsentation (vgl. Schaffer 2008: 80).

Foucault untersuchte Diskurse als Repräsentationssysteme. Diskurs versteht er als ein Bündel von bedeutungsvollen Aussagen oder Statements, das bestimmte Redeweisen über, oder anders gesagt, bestimmte Formen der Repräsentation von Wissen über ein gegebenes Thema zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt bereitstellt (vgl. Hall 1997: 44).

> „Institutions and social groupings have specific meanings and values which are articulated in language in systematic ways. Following the work particularly of the French philosopher Michel Foucault, I refer to these systematically-organized modes of talking as DISCOURSE. Discourses are systematically-organized sets of statements which give expression to the meanings and values of an institution. Beyond that, they define, describe and delimit what is possible to say and not possible to say (and by extension – what it is possible to do or not to do) with respect to the area of concern of that institution, whether marginally or centrally. A discourse provides a set of possible statements about given area, and organizes and gives structure to the manner in which a particular topic, object, process is to be talked about. In that it provides descriptions, rules, permissions and prohibitions of social and individual actions" (Kress nach Fowler 1991: 42; Herv. i. O.).

Die Frage nach dem Diskurs richtet sich also an die Produktion von Wissen durch Sprache. Diskurs legt fest, was als Wissen anerkannt wird, indem er reglementiert, wie über bestimmte Themen gesprochen werden kann und blendet damit gleichzeitig alternative Rede- und Denkweisen aus.

Da der Diskursbegriff weiter unten im Text bei der Erklärung der Analysemethode noch genauer erläutert wird, wird an dieser Stelle nicht weiter darauf eingegangen. Stattdessen soll hier das Verhältnis zwischen Diskurs, Wissen, Macht und Ideologie noch etwas genauer beleuchtet werden.

Wie zuvor argumentiert, liegen Bedeutungen nicht in den Dingen selbst, sondern werden ihnen zugeschrieben. Aus diesem Grund können sie auch nie endgültig fixiert werden. Vielmehr können sie immer wieder neu verhandelt werden. Gültigkeit besitzen Bedeutungen nur in spezifischen kulturellen und historischen Kontexten.

> „Things meant something and were ‚true', he [Foucault, Anm. d. Verf.] argued, only within a specific historical context. […] Knowledge about and practices around *all* these subjects [soziokulturelle Themen, Anm. d. Verf.], Foucault argued, were historically and culturally specific. They did not and could not meaningfully exist outside specific discourses, i.e. outside the ways they were represented in discourse, produced in knowledge and regulated by the discursive practices and disciplinary techniques of a particular society and time" (Hall 1997: 46f.).

Geht man also, wie Foucault hier argumentiert, davon aus, dass Gedanken für sich keine Wahrheit beanspruchen können, so lautet die Schlussfolgerung, dass alle politischen und sozialen Formen von Gedanken und gedanklichen Konzepten verstrickt sind in das Wechselspiel von Wissen und Macht (vgl. ebd.: 48). Zwar wird Realität durch Diskurse nicht vermittelt, sondern erst produziert, jedoch können Diskurse reale Effekte und Konsequenzen haben. Das heißt, dass sich Diskurse selbst wahr machen können bzw. wahr werden können, indem das, was als Wissen gilt, handlungsanleitend wird. Foucault bezeichnet die machtvollen diskursiven Formationen als Wahrheitsregime, die Wissen konstituieren und damit wahr werden in dem Sinne, dass sie reale Effekte nach sich ziehen.

Nicht das Subjekt, sondern der Diskurs erzeugt Wissen und Wahrheit. Subjekte können zwar Texte (Text sei hier stellvertretend verstanden für alle Formen der Äußerung, schließt also

auch Bilder etc. mit ein) produzieren, jedoch bewegen sie sich dabei immer im Rahmen der jeweiligen diskursiven Formationen, der jeweiligen Wahrheitsregime einer bestimmten Zeit und Kultur (vgl. ebd.: 55).

> „And as for value-laden language, the crucial point is that the values are in the language already, independent of the journalist and of the reader. Ideology is already imprinted in the available discourse (all discourse). It is obligatory to select a style of discourse which is communicatively appropriate in the particular setting […] and the accompanying ideas follow automatically. […] The fundamental principle is that, to repeat, the writer is constituted by the discourse. Discourse, in the present usage, is socially and institutionally originating ideology, encoded in language" (ebd.: 42).

2.1.5. Ideologie

> „Ideology is not a particular type of message, or a class of social discourses, but it is one of the many levels of organization of the messages, from the point of view of its semantic properties. Ideology is therefore a *level of signification* which can be present in any type of message, even in the scientific discourse. Any material of social communication is susceptible to an *ideological reading*" (Veron nach Camargo Heck 1996: 123f.; Herv. i. O.)

Wenn Diskurse also soziokulturelles Wissen konstituieren, so kann Ideologie als das Grundgerüst des sozialen Gedächtnisses gesehen werden (vgl. van Dijk k.A.: 13)

Teun van Dijk konstatiert, dass Denkvorstellungen, Ideologien und soziale Wahrnehmungen, deren zentraler Bestandteil Vorurteile und Stereotypen sind, durch Reproduktion aufrecht erhalten werden. Dieser Reproduktionsprozess wird in seiner kognitiven und symbolischen Dimension im Wesentlichen von Sprache und Kommunikation getragen, was den Massenmedien „symbolische Macht" verleiht (vgl. van Dijk 1993: 80ff.).

Ideologie definiert er als die fundamentalen Glaubenssätze, die von einer Gruppe und ihren Mitgliedern geteilt werden. Sie bestehen aus mehr oder weniger verbreiteten gemeinsamen Überzeugungen, nicht aus persönlichen Meinungen. Ideologien, als ein System von Glaubenssätzen, die sich meist um gesellschaftliche, politische oder religiöse Themen drehen, bilden die Basis für andere, konkretere Ideen und Vorstellungen und prägen die Interpretation

von Ereignissen. Ideologien sind häufig charakteristisch für soziale Gruppen, für ihre Identität, ihre Position in der Gesellschaft, ihre Interessen und Absichten, ihre Beziehungen zu anderen Gruppen sowie für ihre Reproduktion und Existenz (vgl. van Dijk k.A.: 11ff.).

Von Ideologien zu unterscheiden sind persönliche Meinungen und Einstellungen, die sich nicht nur aus dem soziokulturell erlernten und für wahr gehaltenen Wissen ergeben, sondern auch von den eigenen Erfahrungen geprägt sind (vgl. ebd.: 13ff.).

Werte und Normen wiederum sind sehr allgemein, liegen an der Basis einer Gesellschaft und werden in der Regel von allen ihren Mitgliedern geteilt. Werte können aber in Komponenten ideologischer Auffassungen übersetzt werden. Je nach ihrer jeweiligen gruppen-spezifischen und interessensabhängigen Interpretation werden Werte und Normen als Bausteine für Ideologien funktionalisiert. So wird beispielsweise Freiheit als grundlegender, soziokultureller Wert von allen Mitgliedern einer Gesellschaft befürwortet, die Freiheit des Marktes wiederum wird vermutlich nur von Anhängern einer wirtschaftsliberalistischen Ideologie vertreten werden (vgl. ebd.: 15).

In der Marxistischen Tradition ist ein Konzept von Ideologie vorherrschend, das Ideologie weitgehend mit falschem Bewusstsein oder fehlgeleiteten Überzeugungen gleichsetzt. Eine solche Konzeption von Ideologie hat auch die allgemeine wie politische Verwendung des Begriffs geprägt. Ein solches negatives Verständnis von Ideologie setzt eine Polarisierung zwischen den Gruppen voraus, die häufig darin mündet, dass eine Gruppe für sich wahres Wissen beansprucht, während sie den anderen bloß Ideologien im Sinne falscher Weltansichten gewährt (vgl. ebd.: 7). “The concept of ideology often implies distortion, ‘false consciousness’, manipulation of the truth in the pursuit of particular interests (Fairclough 1995: 47). Medien waren für Marx Instrumente ideologischer Dominanz der herrschenden Klassen über die Masse, anhand derer die gesellschaftlichen Verhältnisse von Herrschaft und Unterdrückung als natürliche dargestellt wurden (vgl. Hall 1997: 348).

Die Legitimierung von Macht und Dominanz ist eine zentrale Funktion von Ideologie, jedoch dienen Ideologien gleichermaßen „positiven“, d.h. oppositionellen Kräften, die sich gegen Dominanz und soziale Ungleichheit auflehnen. Hier zeigt sich der Einfluss von Foucaults Konzeption von Macht: Macht zirkuliert, sie durchdringt alle Ebenen und Schichten einer Gesellschaft. Sie ist nicht nur dominierend und unterdrückend, sondern ebenso produktiv (vgl. ebd.: 50).

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt bereits Antonio Gramsci, der anstelle des Begriffs der ideologischen Vorherrschaft den Begriff der Hegemonie einführte. Hegemonie bedeutet Herrschaft durch Konsens, gepanzert mit Zwang. Für ihn ist der Erhalt von Macht nicht nur eine Frage von Gewalt, sondern gleichermaßen von Überzeugung und Einwilligung. Das bedeutet, dass Macht niemals endgültig gesichert sein kann, denn sie muss zwischen den konkurrierenden politischen, sozialen und ideologischen Kräften in einer Gesellschaft ausgehandelt werden (vgl. ebd.: 348).

> „Die Wirkungsweise von Ideologien besteht also in der Transformation von Diskursen (der Desartikulation und Reartikulation ideologischer Elemente) und der Transformation (dem Auseinandernehmen und Neuzusammensetzen) der handelnden Subjekte. Es spielt eine Rolle, wie wir uns selbst und unsere sozialen Beziehungen ‚sehen', weil das in unsere Handlungen und Praxen einfließt, sie durchdringt. Deshalb sind Ideologien der Ort eines bestimmten Typs gesellschaftlichen Kampfes" (Hall 1989b: 152).

Allen Ideologien ist gemein, dass sie, auch wenn sich ihre Inhalte unterscheiden, die Konstituierung und Abgrenzung von sozialen Gruppen unterstützen, die unterschiedliche Ansichten teilen und häufig widersprüchliche Ziele verfolgen. Dabei wird Ideologie jedoch nicht, wie von Marx behauptet, von den Mächtigen oktroyiert, sondern unter den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verhandelt.

Medien werden in dieser Konzeption zu Orten, wo diese Verhandlungen ausgetragen, wo Ideologien (re-)produziert und transformiert werden, sie sind somit „Teil der vorherrschenden *ideologischen* Produktionsmittel" (ebd.: 155; Herv. i. O.).

2.1.6. Die soziale Produktion von Nachrichten, Teil 2

Nicht nur das Produzieren von Nachrichten bzw. das Codieren von Realität bzw. das Herstellen von Bedeutungen ist eine soziale Praxis. Auch das Lesen von Nachrichten bzw. das Dekodieren muss als soziale Praxis gesehen werden. Wie bereits geklärt, müssen SenderIn und EmpfängerIn dieselbe Sprache sprechen und über das gleiche mentale Repräsentationssystem, denselben „Interpretationsrahmen" verfügen. Der gemeinsame Interpretationsrahmen muss von den JournalistInnen weitgehend vorausgesetzt werden. Sie

gehen von einem „konsensuellen Hintergrundwissen“ der LeserInnen aus. Konsens sei hier nicht nur verstanden als Übereinstimmung mit der gelieferten Definition (konnotative Bedeutung), sondern auch als nur das Verstehen der wörtlichen Bedeutung (denotative Bedeutung), bei der die Anerkennung der interpretierten Bedeutung nicht zwingend gegeben sein muss (vgl. Hall 1989a: 136).

Medien sind in der Lage Themen oder Situationen zu definieren und setzen diese Definition als „bestehenden Konsens“ voraus. Sie spiegeln so zum einen bestehende Konsense wider, zum anderen tragen sie aber auch dazu bei, einen jeweiligen Konsens zu beeinflussen oder überhaupt erst herzustellen (vgl. ebd.: 139).

Hall bezeichnet diese Prozesse als „Konsensproduktion“ durch Medien. „D.h. die Medien (und zwar v.a. die ‚unabhängigen‘) unterstellen implizit durch ihre Kategorisierung eines Ereignisses (z.B. die Illegitimität gewalttätiger Demonstrationen) einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass diese Kategorisierung adäquat ist“ (Gruber 1991: 43).

Die eingangs bereits erwähnte „öffentliche Umgangssprache“, die weitgehend der alltäglichen Sprache des (Ziel-) Publikums entspricht, dient dazu die LeserInnen anzusprechen (vgl. Fairclough 1995: 37f.). Medien versuchen eine persönliche Verbindung zu ihren LeserInnen herzustellen. Sie sind darum bemüht, die bürokratischen und institutionellen Diskurse ihrer Quellen an die Sprachgewohnheiten ihrer (angenommenen) Leserschaft anzupassen. Dieser gewohnte, normal anmutende und dialogorientierte Stil der Kommunikation erweckt bei den LeserInnen die Illusion einer Konversation, in der mit Alltagsverstand (common sense) über Belange berichtet wird, in denen Konsens herrscht (vgl. Fowler 1991: 47f.). Die (ideologische) Funktion des dialogartigen Stils liegt in der Naturalisierung der Begriffe, in denen die Realität präsentiert wird und der Kategorien, die von den Begriffen repräsentiert werden. Konversation impliziert die Kooperation, Übereinkunft und ein Gleichmaß an Wissen zwischen den KommunikationsteilnehmerInnen. Sie impliziert verbreitete bzw. übliche Ansichten der Welt, eine geteilte subjektive Realität, die für selbstverständlich gehalten wird und deshalb nicht überprüft werden muss (vgl. ebd.: 57).

Eine besonders wirkungsvolle Strategie zur Konsensproduktion ist das Zitieren von Autoritäten. Da sie als besonders glaubwürdige Quellen auftreten, berufen sich JournalistInnen besonders gerne auf sogenannte Autoritäten, d.h. die Mächtigen. Die massenmediale Kommunikation ist durchgehend professionalisiert und institutionalisiert und

grundsätzlich haben jene Gesellschaftsgruppen den besten Zugang zu Massenmedien, die bereits über ökonomische, politische oder kulturelle Macht verfügen (vgl. Fairclough 1995: 40).

Das bedeutet wiederum, dass die Mächtigen – van Dijk bezeichnet sie als die „Elite" (vgl. van Dijk 1993: 80ff.) – festlegen, innerhalb welcher begrifflicher Grenzen ein Ereignis behandelt wird. „Die Mächtigen erhalten die primäre Definitionsmacht bei diesen Konflikten. Sie haben Zugang zum Thema, sie stellen die Regeln der Debatte auf, sie legen fest, was für die Art und Weise, wie das Thema behandelt wird, ‚relevant' und was ‚irrelevant' ist" (Hall 1989a: 141).

Die Personen, Institutionen und Organisationen der Elite gelten in der Beschaffung von Information nicht nur als besonders verlässlich und glaubwürdig, sondern sind mit den Organen der Massenmedien auch besonders gut vernetzt. Ihr privilegierter Zugang zur Presse und damit zur öffentlichen Meinung gründet in nicht geringem Maße auf ihrer höchst professionell organisierten Kommunikation mit den NachrichtenproduzentInnen, die über PressesprecherInnen, PR- und Öffentlichkeitsabteilungen und -organisationen abgewickelt wird, die Pressekonferenzen und -aussendungen erledigen (vgl. van Dijk 1993: 85f.).

Tatsächlich ist die Anzahl von offiziellen und legitimen Quellen, die JournalistInnen regelmäßig und systematisch beziehen, relativ begrenzt. Sie umfassen in erster Linie die Regierung, die Polizei, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften sowie wissenschaftliche und technische Experten, zumeist von Universitäten (vgl. Fairclough 1995: 49).

Da Minderheiten und Minderheitenorganisationen nicht über dieselben Möglichkeiten verfügen wie die Elite, sind sie einerseits weniger glaubwürdig für JournalistInnen, andererseits können sie die öffentliche Meinung nicht mitbeeinflussen (vgl. Van Dijk 1993: 85f.). Organisationen und Gruppen, die nicht legitim erscheinen, werden tendenziell ausgeschlossen, was heißt, dass seltener auf sie verwiesen wird und ihre Perspektive weniger zur Geltung kommt.

Üblicherweise werden bei der Berichterstattung zu Ereignissen die HauptdarstellerInnen um ihre Meinung gefragt, insbesondere bei Konflikten. Das bedeutet, dass einE VertreterIn der Minderheitengruppe befragt, zuverlässig zitiert und/oder seine bzw. ihre Haltung im Bericht

zusammengefasst wird. Ist diesbezüglich eine Einseitigkeit feststellbar, so liegt die Verantwortung dafür bei den Medien selbst (vgl. ebd.: 88).

Auch die Formulierungen der Berichte werden durch die Medien bzw. die JournalistInnen und ChefredakteurInnen kontrolliert; die Formulierungen und Darstellungen können freundlich oder unfreundlich sein und RepräsentantInnen können ernst genommen werden oder nicht (vgl. ebd.: 88).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Medienberichterstattung zwangsweise ideologisch ist. „Massenmedien kultivieren Weltbilder, die auf einem Selektions- und Konstruktionsprozess beruhen und in der Folge zum Grundgerüst politischer Meinungen werden, welche die Realitätskonstruktion der Medienrezipienten mitgestalten“ (Luger 1998: 16). Dabei führen die Mediendiskurse das Sprechen der Mächtigen weitgehend fort, bieten aber gleichzeitig einen Raum für die Neuverhandlung bestehender Definitionen und Bedeutungen.

Der Verantwortungsbereich der Presse umfasst neben der Themenwahl auch die Organisation der Quellen, den Stil und die Art der Wiedergabe der Beteiligten. JournalistInnen selbst sind eingebunden in hegemoniale Diskurse, die sie als Einzelpersonen kaum beeinflussen können. Die Entscheidungsmacht darüber, wie Themen und Situationen definiert werden, liegt nur zum Teil bei ihnen. Die Medien selbst bewegen sich, wie alle Kapitalgesellschaften, innerhalb ökonomischer Zwänge und sind eingebettet in politische und sozio-kulturelle Kontexte.

Die Nachrichtenproduktion ist als kommunikativer Akt eine soziale Praxis, bei der in routinierten Vorgängen Ideen, Realitäten und Identitäten konstruiert werden.

> “The only way of gaining access to the truth is through representations of it, and all representations involve particular points of view, values and goals. […] But this does not entail a relativism which sees all representations as equal. In media analysis one is always comparing and evaluating representations, in terms of what they include and what they exclude, what they foreground and what they background, where they come from and what factors and interests influence their formulation and projection, and so forth” (Fairclough 1995: 46f.).

2.1.7. Boulevardmedien

Der Boulevardjournalismus, als eigene Form der Berichterstattung, weist charakteristische Merkmale auf, die ihn von anderen Arten unterscheiden. Auf diese Eigenschaften soll im Folgenden eingegangen werden. Dazu eingangs ein Zitat aus dem Wörterbuch zur Publizistik, das Boulevardjournalismus wie folgt definiert:

> „Der ‚Boulevard' produziert ‚Periodika', die vorwiegend auf der Straße zum Kauf angeboten werden, eine betont populär-sensationelle Aufmachung (Balkenüberschriften, großflächlige Fotos etc.) haben, den Leser durch schockierende Stories ansprechen wollen (sex, crime, war) und sich häufig bewußt einer sehr direkten Ausdrucksweise bedienen, die nicht selten die Vulgärsprache zu übertreffen sucht, um Neugier, Sensationshunger und Nervenkitzel einer bei der Lektüre kaum verharrenden Leserschaft permanent zu wecken und zu befriedigen" (Koszyk/ Pruys nach Bauer 1999: 31).

Diese Definition kann für die Tageszeitung HEUTE im Wesentlichen geltend gemacht werden. Bloß der Verkauf auf der Straße trifft in diesem Fall nicht zu, da es sich bei HEUTE um eine Gratiszeitung handelt, die vor allem in den Stationen der Wiener Verkehrsbetriebe zur freien Entnahme aufliegen.

Die Aufmachung des Blattes kommt einer einfachen Rezeption entgegen und ist für die Rezeption während der Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ausgelegt. Ein kleines, handliches Format gewährleistet einen entsprechenden Gebrauch. Die Titelseite enthält in der Regel ein großes Foto und eine auffällige Schlagzeile. Die Texte sind tendenziell kurz und werden von vielen Bildern begleitet. Die Bildsprache entspricht den visuellen Gewohnheiten des Zielpublikums, was den Überblick erleichtert (vgl. Karel 2009: 37).

Die inflationäre Verwendung von Bildern und anderen grafischen Elementen zieht die Aufmerksamkeit der potentiellen LeserInnen auf sich und erleichtert das Lesen auch insofern, als sie die Blicke der RezipientInnen lenkt. Bruck und Stocker schreiben zu dieser „Strategie der Visualisierung":

> „Die visuelle Präsentationsweise des Boulevardformats ist der televisuellen Rezeptionsweise angepaßt und auf Simplifizierungen hin angelegt. Die Schlagzeilen sind groß und schnell faßbar. Es werden keine großen Aufmerksamkeitsspannen

verlangt, sondern kleine, schnell wechselnde Informationseinheiten bestimmen die Rezeption, ähnlich den kurzen Schnitten des dominierenden TV-Stils“ (Bruck/ Stocker nach Bauer 1999: 33).

Der Sprachstil von Boulevardmedien kann als ein weiteres Merkmal ins Treffen geführt werden. Die verwendete Sprache zeichnet sich meist aus durch Kürze und einen einfachen Satzbau. Elemente der Umgangssprache suggerieren eine Nähe zu der Leserin oder dem Leser und sollen die Verständlichkeit sichern. Der einfache und narrative Stil und die Nähe zur privaten Alltagssprache begünstigen eine undifferenzierte und sensationalisierende Berichterstattung (vgl. ebd.: 34). Ruhrmann konstatiert, dass im Boulevard-Diskurs „wertende, vereinfachende und verallgemeinernde Aussagen gemacht [werden], die Vorurteile [...] werden variiert und stabilisiert“ (Ruhrmann 1993: 204).

Thematisch orientiert sich die Berichterstattung der Boulevardpresse an der Unterhaltung. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf den Bereichen Chronik, Sport und Society bzw. Gesellschaft. Über politische Ereignisse wird häufig zusammenhanglos und ohne Hintergrundinformation berichtet. Dabei ist die Berichterstattung an der Aktualität der Ereignisse ausgerichtet. Besonders Abweichungen vom Normalen und negative Entwicklungen werden aufmerksam verfolgt und häufig emotional aufgeladen geschildert (vgl. ebd.: 199). Komplexe politische oder soziale Probleme werden stark vereinfacht, wobei häufige binäre Oppositionen bemüht werden, die ein stark simplifiziertes Weltbild transportieren (vgl. Hall 1997: 10 und Bauer 1999: 41). Bei der Darstellung der jeweiligen sozialen oder politischen Probleme ist selten eine ernsthafte Betrachtung der Probleme, deren Zusammenhänge und Hintergründe oder der strukturellen Ursachen gegeben. Stattdessen liegt der Fokus auf den Personen, die für die problematische Situation verantwortlich sind bzw. gemacht werden (vgl. Bauer 1999: 41).

Die Strategie der Emotionalisierung ist dem Unterhaltungswert geschuldet und charakteristisch für Boulevardmedien. Emotionalisierungen werden sowohl durch den Sprachstil als auch durch die Wahl der Themen provoziert (vgl. ebd.: 42).

2.2. ASYLLAND ÖSTERREICH UND DER DISKURS ÜBER GEFLÜCHTETE

2.2.1. Bedeutung Österreichs als Asylland

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war die Asylpolitik Österreichs eine Angelegenheit der Besatzungsmächte. Bis ins Jahr 1948 beschränkte sich die Aufgabe des österreichischen Staates auf die Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung. Die Bezeichnung „Flüchtling" war für die in Österreich anwesenden AusländerInnen nicht gebräuchlich, sie wurden von den Besatzungsmächten als „Displaced Persons", „versetzte Personen" bezeichnet. Diese wurden von den Besatzungsmächten und den internationalen Hilfsorganisationen UNRRA und IRO betreut. Für die deutschsprachigen Flüchtlinge, die sogenannten „Volksdeutschen", war der österreichische Staat zuständig (vgl. Stieber 1995: 141ff.). Die Haltung Österreichs gegenüber seinen Zuständigkeiten, den aufzunehmenden Geflüchteten und den Displaced Persons war äußerst ablehnend. Die Bemühungen zielten auf die Auswanderung der Menschen ab anstatt auf deren Aufnahme und Integration. Dazu eine Stellungnahme des Innenministeriums vom 15.3.1947, gerichtet an die Alliierten:

> „Es ist ohne weiteres klar, daß wir diese mehr als eine halbe Million Leute nicht im Lande behalten können und wollen. In erster Linie wollen wir die Leute weghaben, von denen angenommen werden muß, daß sie sich der österreichischen Bevölkerung nicht anpassen werden. Das ist der weitaus größere Teil der Fremdsprachigen. Dann wollen wir alle weghaben, ob deutsch- oder anderssprachig, die schon jetzt erkennen lassen, daß sie absolut nicht arbeiten wollen, sondern sich mit Schleichhandel und auf andere verbrecherische Art ihren Lebensunterhalt beschaffen. Hierbehalten wollen wir aber diejenigen, die Berufe haben, an denen wir Mangel haben. Das sind vor allem landwirtschaftliche Arbeiter, Bauarbeiter und verschiedene andere Handwerker. ... Demgegenüber möchte ich den Standpunkt der Bundesregierung kurz und einfach feststellen. Wir werden die DP [Displaced Persons, Anm. d. Verf.] im Lande behalten, die wir haben wollen und werden sie dort ansiedeln, wo wir sie brauchen. Wir werden absolut darauf bestehen, daß man uns die sogenannten Nichtrepatriierbaren, die wir nicht haben wollen, wegschafft. Die Begründung, daß man sie nirgends anders haben will, können wir absolut nicht anerkennen" (Innenministerium nach ebd.: 144f.).

Ab Mitte des Jahres 1950 wurde die Verantwortung über alle Geflüchteten an die österreichische Regierung übergeben. Die Ablehnung ihnen gegenüber war unmittelbar nach

Kriegsende am stärksten, wo sie häufig als „Landplage“ (vgl. ebd.: 153) bezeichnet und als „Protektionskinder“ der Amerikaner (vgl. Albrich 1995: 135) gesehen wurden. Das Selbstverständnis Österreichs in Fragen Asyl glich dem eines Transitlandes. Eine möglichst rasche Weiter- bzw. Rückreise der Displaced Persons wurde gewünscht, nach Möglichkeiten forciert. „Im ersten Nachkriegsjahrzehnt war Österreich jedenfalls im doppelten Sinne – sowohl für die Betroffenen als auch für die Österreicher – ein ‚Asylland wider Willen'“ (ebd.: 136).

Dies begann sich im Laufe der 1950er Jahre allmählich zu ändern. 1951/52 wurden erste Integrationsprogramme, die vor allem von kirchlichen Institutionen in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen initiiert worden waren, eingerichtet (vgl. Stieber 1995: 150). Auch wesentliche supranationale Übereinkommen wurden in dieser Zeit geschlossen, die wichtigsten unter ihnen waren die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention, die von Österreich 1954 ratifiziert wurde.

Im Jahr 1956 verursachte der ungarische Volksaufstand unter Imre Nagy gegen die dogmatisch-stalinistische Regierung Ungarns große Fluchtbewegungen Richtung Österreich. Die flüchtenden Menschen kamen aus unterschiedlichen politischen Lagern, darunter ehemalige Pfeilkreuzler (faschistische Gruppierungen), Vertreter des konservativen Nationalkomitees sowie Anhänger der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Gründe für die Flucht waren die Angst vor politischer Verfolgung, bei vielen aber auch der Wunsch nach demokratischen Verhältnissen (vgl. Zierer 1995: 163).

Österreich kam auf Grund seiner geopolitischen Lage besonders große Bedeutung als Erstasylland zu sowie als „Verwaltungs-, Vermittlungs- und Verbindungsstelle für die Weiterreise in andere westliche Drittstaaten“ (ebd.: 163). Von den 180.288 nach Österreich eingereisten Geflüchteten aus Ungarn blieben gerade einmal zehn Prozent im Land. Um die große Anzahl an Geflüchteten unterbringen zu können, wurde die ehemalige Kadettenschule Traiskirchen zum größten österreichischen Flüchtlingslager umfunktioniert und insgesamt 257 weitere Lager errichtet (vgl. ebd.: 163). „Am 26. Oktober 1956 verfügte der sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer, daß alle Ungarnflüchtlinge Asyl erhalten sollten. Österreich bekannte sich zu seiner völkerrechtlichen Verpflichtung der Flüchtlingshilfe“ (ebd.: 163).

Dafür können mehrere Gründe angeführt werden. Zum einen muss die Bereitschaft der großzügigen Aufnahme von Geflüchteten aus Ungarn vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs gesehen werden. Die ungarischen Geflüchteten wurden als Helden stilisiert, die dem feindlichen Kommunismus trotzten. Einem simplen binären Verständnis von Gut und Böse folgend, waren die westlichen Staaten demokratisch und frei und der kommunistische Osten war ihr gemeinsames Feindbild (vgl. ebd. 168).

Daneben können auch die Bestrebungen des jungen Nationalstaats Österreich nach Anerkennung der westlichen Staaten als Motiv für den Einsatz Österreichs und seiner Bevölkerung, welche die politische Linie unterstütze, gesehen werden (vgl. ebd.: 170).

Die Hilfsbereitschaft der österreichischen Bevölkerung ging einher mit einer Mitleidshaltung gegenüber den aus Ungarn Geflüchteten. Das Mitleid wurde dabei aus einer Position der Überlegenheit formuliert und schrieb den Geflüchteten Schwäche und eine (politische) Opferrolle zu. Auch waren Mitleid und Hilfsbereitschaft gekoppelt an bestimmte Erwartungen an die Geflüchteten, was ihr Verhalten und vor allem die Dauer ihres Aufenthalts betraf.

> „Die überwältigende emotionale Zuwendung der österreichischen Bevölkerung zu den Flüchtlingen beinhaltet immanent die unbewußte Erwartung, daß diese Menschengruppe das Verhalten armer, hilfloser Kinder zeigen müßte. Wenn das nicht der Fall ist, wenn Flüchtlinge im gleichen Espresso verkehren, im gleichen Geschäft u.U. einmal etwas Besonderes kaufen, spontan in anderer Weise handeln, als es dieser Rollenerwartung entspricht, so entsteht eine fast gesetzmäßige Aggression“ (Hoff/ Strotzka nach ebd.: 170).

Je länger sich die ungarischen „Gäste“ jedoch im Land aufhielten, desto mehr sank die Akzeptanz der Österreicher und das zuvor übermäßig positiv dargestellte Image der Ungarn begann sich zu verschlechtern. Bereits ab November 1956 wurden erste öffentliche Stimmen – besonders in den Medien – laut, welche die hohen Kosten der Betreuung und die Belastungen durch die hohen Flüchtlingszahlen thematisierten und die Rückkehr der Geflüchteten forderten. Die Fluchtbewegungen aus Ungarn wurden zusehends als politisches und ökonomisches Problem dargestellt. Häufig wurden sprachliche Assoziationen zu Naturkatastrophen hergestellt und dramatisierende und emotionalisierende Begriffe verwendet („Völkerwanderung“, „Flut von Flüchtlingen“ etc.) (vgl. ebd.: 169).

1968 wurde in Österreich erstmals ein eigenes Asylgesetz verabschiedet. Im gleichen Jahr löste der Prager Frühling große Fluchtbewegungen aus. Von den insgesamt 162.000 Geflüchteten aus der ehemaligen Tschechoslowakei suchten 12.000 in Österreich um Asyl an, von denen nur wenige blieben. Ca. 2000 von ihnen waren in Bundesbetreuung. Der Großteil der Geflüchteten kehrte in die ČSSR zurück oder zog in andere westliche Länder weiter (vgl. Alizadeh 1995: 188).

Im Jahr 1972 wurden erstmals Geflüchtete von außerhalb Europas in Österreich aufgenommen. Es handelte sich um insgesamt 1.533 Personen aus Uganda, die asiatischer Herkunft waren und Uganda verlassen mussten, nachdem Idi Amin alle Asiaten des Landes verwiesen hatte (vgl. ebd.: 188f.). Ein Jahr später folgte die Aufnahme einer relativ kleinen Gruppe von ChilenInnen, die sich nach dem Putsch der Militärjunta zur Flucht nach Österreich entschieden hatten. Skeptisch zeigte sich Österreich, als im Jahr 1974 die Aufnahme kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak zur Debatte stand. Der politische Aktivismus der Kurden wurde als potentielle Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gedeutet und eine Verschlechterung der Außenbeziehungen zum Irak wurde befürchtet. Auf Drängen des UNHCR, des UN-Flüchtlingshochkommissariats, wurde schließlich 103 Kurden Asyl gewährt (vgl. ebd.: 189ff.).

Auch in diesen Fällen zeigt sich ein Selbstverständnis Österreichs als Erstaufnahme- und Transitland. Integrierende Maßnahmen wurden kaum gesetzt und es wurde die Unmöglichkeit betont, den aus Ostblockstaaten Geflüchteten einen dauerhaften Aufenthalt zu gewähren. Die Bereitschaft zur Aufnahme hing auch stark von der Würdigung und Solidarität anderer westlicher Länder ab. Meist wurde erst gehandelt, nachdem das UNHCR einen Apell an die österreichische Regierung gerichtet hatte (vgl. ebd.: 193).

Von 1945 bis in die achtziger Jahre war Österreich als Fluchtland von größter Bedeutung, galt es doch für die aus dem Osten Flüchtenden als Tor zum glorifizierten Westen. Rund zwei Drittel aller seit 1945 nach Österreich Geflüchteten wanderten in Drittländer weiter. Trotz der Positionierung als Transitland war „die Asylpolitik [...] durch Jahrzehnte hindurch ein Aushängeschild österreichischer Politik und österreichischen Selbstbewußtseins“ (Šunjić 1995: 260).

Dies änderte sich im Laufe der achtziger Jahre drastisch. Die steigende Zahl von Geflüchteten aus dem osteuropäischen Raum, besonders aus den Ländern Bulgarien und Rumänien ging einher mit einer sinkenden Anerkennungsquote (vgl. Paier 2011: 64).

> „Zwar lag zu Beginn der 80er Jahre, in der letzten ‚Eiszeit' des Kalten Krieges, nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und dem kommunistischen Putsch Jaruzelskis in Polen, die Rate der Anerkennungen mit siebzig bis achtzig Prozent noch überaus hoch. Doch schon 1983 war der Druck auf die Flüchtlingspolitik in Österreich so stark, daß Karl Blecha als neuer Innenminister Überlegungen zur Verkürzung der Verfahren und zur Senkung der Quoten anstellen ließ" (Wischenbart 1995: 198).

1991 erließ Österreich schließlich sein neues Asylgesetz, das sich bereits an den Vorgaben der Schengen-Staaten orientierte und massive Einschränkungen der bisherigen Asylpolitik vorsah, darunter die Drittstaatenklausel und beschleunigte Verfahren (vgl. Langthaler/ Sohler 2008: 15).

Mit Beginn der 1990er lassen sich für gesamt Europa Beschränkungen in der Asylpolitik feststellen. Als einer der Hauptgründe für diesen Paradigmenwechsel kann das Ende der bipolaren Weltordnung und der Fall des Eisernen Vorhangs gesehen werden. „Mit dem Fall der kommunistischen Regime kam der Asylpolitik der Nachkriegsära auch die ideologische Basis abhanden" (Šunjić 1995: 251). Auch das Argument, man müsse dem Asylmissbrauch entgegenwirken, wurde ins Treffen geführt. (Der Umstand, dass Westeuropa keine Einwanderungspolitik betrieb und keine Immigrationsverfahren anbot, veranlasste viele Menschen dazu, über einen Asylantrag den Weg in ein westeuropäisches Land zu suchen.) Darüber hinaus verteidigten westeuropäische Länder ihre restriktivere Asylpolitik mit ökonomischer Bedrängnis und der ansteigenden Fremdenfeindlichkeit im Land (vgl. ebd.: 251f.).

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ging eine Verschiebung der Herkunftsländer von Fluchtbewegungen einher. Es kamen nun immer mehr Menschen aus Ländern des Mittleren Ostens, aus Afrika und Südasien (vgl. Langthaler/ Sohler 2008: 11 und Paier 2011: 64).

Mit dem Beitritt zur EU 1995 wurde Österreich schlagartig von einem Erstasyl- und Transitland zu einem der wichtigsten Asylaufnahmeländer der Europäischen Union. 2006 verzeichnete Österreich 6,7 Prozent der gesamten neuen Asylansuchen in der EU (in

absoluten Zahlen: 13.350 Anträge von insgesamt 198.900) und rangiert damit im EU-Vergleich auf dem sechsten Platz. In Relation zur Bevölkerungszahl gesehen, liegt Österreich als Aufnahmeland an vierter Stelle. Im Verhältnis zum Konventionsstatus wurden die subsidiären Schutzformen nur in sehr geringem Ausmaß angewandt. Die in Österreich relativ hohe Zahl von Asylverfahrenseinstellung gelten als Hinweis, dass Österreich aber auch weiterhin ein bedeutendes Transitland für viele Geflüchtete darstellt (vgl. Langthaler/ Sohler 2008: 10ff.).

2.2.2. (Medien-) Diskurse über Asylsuchende und Geflüchtete in Österreich

> „Vergleicht man in Summe die Zahlen der Flüchtlingsbewegungen mit, soweit dies möglich ist, deren emotionaler Bewertung, ergibt sich ein seltsames Paradoxon. Die Zahl der nach Österreich kommenden und in Österreich sich niederlassenden Flüchtlinge sank seit 1945 – von Welle zu Welle – kontinuierlich. Zwischen 1945 und 1950 kamen 400.000 Volksdeutsche und andere Flüchtlinge aus dem Osten. 1956 stellten 180.000 Ungarn einen Asylantrag in Österreich. 1968/69 verließen 162.000 Tschechen und Slowaken ihre Heimat, von denen 12.000 einen Asylantrag stellten. Rund 33.000 Polen suchten 1981/82 um politisches Asyl in Österreich an. Im gleichen Zeitraum wurden – semantisch – Vertriebene zu Verfolgten, dann zu Flüchtlingen, schließlich, ganz deutlich ab 1981, zu Wirtschaftsflüchtlingen sowie nach 1989 zu Ausländern, Fremden, oder, summarisch, zu einem Migrationsproblem“ (Wischenbart 1995: 207).

Die Anzahl der Studien, die sich mit den ideologischen Implikationen von Diskursen zum Themengebiet Flucht, Asyl und Migration bzw. den einhergehenden Repräsentationen von „uns“ und „den anderen“ beschäftigen, sind zahlreich und vielseitig. Die Analysen reichen – um nur einige wenige zu nennen – von Ansätzen der kognitiven und funktionellen Linguistik, die den Gebrauch von Metaphern und kräftedynamischen Mustern im Reden bzw. Schreiben über Geflüchtete und/ oder MigrantInnen untersuchen (vgl. El Refaie 2001, Hart 2011), über Studien zur sprachlichen Konzeptualisierung des Eigenen und des Fremden – besonders anhand der Verwendung von Schlüsselwörtern und Pronomen – und zur Konstruktion und Kategorisierung von Personen oder Personengruppen (vgl. Goodman/ Speer 2007, Meyer 1997, Oddo 2011, Pickering 2001, Ziegler 2009), bis hin zu diversen diskursanalytischen

Untersuchungen, die sich mit den gängigen Frames, Topoi und Argumentationsstrategien beschäftigen, unter denen der Diskurs über Geflüchtete, Asylsuchende und Immigranten abgehandelt wird (vgl. Bauder 2008, Matouschek 1997, Matouschek/ Wodak 1993, Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995, Wengeler 2000, Wengeler 1997).

Im folgenden Abschnitt soll anhand einiger dieser Studien der öffentliche Diskurs über Geflüchtete und Asylsuchende mit einem besonderen Fokus auf den deutschsprachigen Raum und vor allem Österreich nachgezeichnet werden.

Sprachgebrauch in der Asyldebatte: Metaphern

Herbert Langthaler und Karin Sohler beschreiben, dass die politische und mediale Debatte über Geflüchtete in Österreich besonders in den späten 80ern einen grundlegenden Paradigmenwechsel erfuhr. Das Bild des Geflüchteten als heroisches Opfer hatte sich drastisch gewandelt. Als bezeichnend für die neue Redeweise nennen sie die vor allem über den Gebrauch von Metaphern und Neologismen hervorgerufene Assoziation von Geflüchteten mit Naturkatastrophen. (Langthaler/ Sohler 2008: 17f.).

Elisabeth El Refaie konnte in ihrer Studie zum Gebrauch von Metaphern in Zeitungen feststellen, dass die dominanten Metaphern Asylsuchende und Geflüchtete als „Wasser", als „Kriminelle" oder als „einfallende Armee" darstellen. Geflüchtete werden als eine intrinsisch bösartige Gruppe von Menschen präsentiert, welche die Sicherheit des Landes gefährdet (vgl. El Refaie 2001: 352ff.). Die dominanten metaphorischen Themen erfahren ihren Ausdruck in Form einer eher gewöhnlichen Lexik und etablierter rhetorischer Muster, die häufig wiederholt werden. Dadurch werden diese Redewendungen Teil des akzeptierten gesellschaftlichen Sprachgebrauchs und erscheinen als neutral bzw. naturgegeben (vgl. ebd.: 358f.).

Die sogenannte Wasser-Metaphorik findet sich in der medialen Sprache über Geflüchtete am häufigsten wieder. Worte wie „Ausländerwellen", „Flüchtlingsströme", „Ausländerschwemme", „einsickern", „überschwemmen" oder „dicht machen" treten in den von ihr untersuchten Texten in sämtlichen grammatikalischen Abwandlungen (Nomen, Verben und Adjektive) auf. Dabei ist anzumerken, dass Wasser nicht etwa als Lebensspender verstanden wird, sondern als eine nicht kontrollierbare Naturgewalt, gegen die man sich so

gut wie möglich schützen sollte. Geflüchtete werden somit auch nicht mehr als hilfesuchende Individuen oder Opfer gesehen, sondern als homogene, starke Einheit, der die mächtigen Charakteristiken von Wasser zugeschrieben werden (vgl. ebd.: 359f.).

Durch die Verwendung von Termini und Bildern von Naturkatastrophen wird suggeriert, dass Fluchtbewegungen weder vermeidbar noch vorhersehbar sind (vgl. Tošić/Kroner/Binder 2009: 118).

Neben der Wasser-Metaphorik hat sich auch die Darstellung von Geflüchteten als Gesetzesbrecher in den Medien manifestiert. Obwohl die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 vorsieht, dass Geflüchtete immer das Recht haben – egal ob ein gültiger Pass vorliegt oder nicht – ein Land zu betreten, in dem sie Asyl beantragen wollen, werden sie im alltäglichen Sprachgebrauch häufig als „die Illegalen" bezeichnet. Im gängigen Mediendiskurs werden Geflüchtete somit zu Repräsentanten von Kriminalität stilisiert und dadurch die Identität dieser Menschen auf ihre vermeintlich illegalen Aktivitäten reduziert (vgl. El Refaie 2001: 362ff.).

Die laut El Refaie am dritthäufigsten verwendeten sprachlichen Bilder sind Kriegsmetaphern. Geflüchtete werden als einfallende Armeen dargestellt; es ist die Rede von Ansturm und Invasion. Weil Geflüchtete mit derartigem Vokabular beschrieben werden, entsteht in den Köpfen der RezipientInnen eine thematische Verknüpfung von Krieg mit Asylsuchenden. Der Geflüchtete wird als Feind wahrgenommen, gegen den es sich zu schützen gilt. Als „gemeinsamer Feind" definiert und festigt die Figur des Geflüchteten die nationale sowie euronationale Gemeinschaft (vgl. ebd.: 364ff.).

Die Konstruktion des „Anderen" und Prozesse der Kategorisierung

Mit der sozialen Konstruktion der Figur des bzw. der Gruppe der Geflüchteten und ihrer Kategorisierung haben sich auch andere WissenschafterInnen auseinandergesetzt, welche die Asyldebatte als einen "Benennungskampf" definieren, „in dem es um Machtverteilungs-, Machterhaltungs- und Machtverschiebungsinteressen geht" (Meyer 1997: 162). Ähnlich dem Gebrauch von Metaphern dient auch der Gebrauch von zu Schlagwörtern avancierten Begriffen der Kategorisierung von bestimmten Gruppen: „[...] categories are never just neutral descriptors, used to report objectively on some state of affairs. Rather, the act of

categorizing people into groups can work to accomplish particular tasks“ (Goodman/ Speer 2007: 167).

Das Sprechen über Geflüchtete, Asylsuchende und MigrantInnen verlangt nach einem Vokabular, mit welchem immer auch eine gesellschaftliche Definition einhergeht. In ihrer Arbeit beschäftigen sich Goodman und Speer mit der diskursiven Konstruktion von Asylsuchenden als einer Gruppe von Menschen, deren Diskriminierung und ungleiche Behandlung als naturgemäß und gerechtfertigt erscheint. Kategorisierungen wenden sich immer auch an (politische) Handlungen und gehen aus solchen hervor.

> „It is in this way that category use can be seen as doing interactional work that may constitute political action. Categories, for example, may be deployed to make a social comment on asylum seekers' moral status and to present them as legitimate or illegitimate, deserving or undeserving, and welcome or unwelcome in this country“ (ebd.: 167).

Auch Evelyn Meyer argumentiert, dass der Sprachgebrauch das politische Handeln determiniert und legitimiert (vgl. Meyer 1997: 161f.). „Politik wird im Vorfeld legitimiert, indem ein spezifischer Sprachgebrauch einen spezifischen Handlungsbedarf suggeriert“ (ebd.: 162).

Die zahlreichen Begrifflichkeiten und Neologismen wie Asylwerber, Asylant, Scheinasylant, Flüchtling, Wirtschaftsflüchtling, illegaler Flüchtling etc., mit denen Geflüchtete kategorisiert werden, gehen dabei häufig mit der Untergrabung ihrer Position einher. Die politische Dimension des Benennungskampfes wird hier klar ersichtlich.

Soziale Kategorisierung bezeichnet den Prozess der Einteilung von Menschen und Gruppen anhand verschiedener Merkmale wie Geschlecht, Klasse, Rasse oder auch Alter, Beruf, Nationalität oder Religion. „Dies bedeutet, dass Gesellschaftsmitglieder Mitmenschen nach ‚natürlichen Kriterien' bestimmten ‚Menschenklassen' zuordnen bzw. in diesen Differenzierungen wahrnehmen und bewerten, ihnen damit spezifische Eigenschaften bzw. Eigenschaftskombinationen zusprechen und gleichzeitig Verhaltenserwartungen vorgeben“ (Markefka nach Karel 2009: 23).

In den postkolonialen Theorien wird die diskursive Konstruktion des Anderen unter dem Begriff „Othering“ konzipiert. Die postkolonialen VertreterInnen Edward Said und Gayatri

Chakravorty Spivak haben den Begriff eingeführt, wobei Saids Fokus auf der Konstruktion des Orients durch den Westen liegt, während Spivak ihre Kritik an der dominanten westlichen Perspektive mit der Dekonstruktion androzentrischer Sichtweisen kombiniert.

Wesentliche Grundlage für die postkolonialen Überlegungen ist die Arbeit von Jacques Lacan, der in seiner Theorie des Spiegelstadiums den Prozess der Selbstbewusstwerdung und Individuation beschreibt. Der Blick in den Spiegel ermöglicht die Unterscheidung zwischen „ich" und „du", zwischen Innen und Außen (vgl. Lacan 1973: 61ff). Trinh Minh-ha, ebenfalls eine Vertreterin des postkolonialen Ansatzes, greift Lacans Gedanken auf, wenn sie den Spiegel als Instrument der Selbstbetrachtung und Selbsterkenntnis definiert, das dazu dient, das narzisstische Verhältnis von sich selbst zu sich selbst aufrecht zu erhalten (vgl. Trinh 2010: 58ff.).

Die postkoloniale Kritik setzt an der binären Differenz zwischen „ich" und „dem Anderen" an und versteht Identität nicht als fixe Einheit, sondern als „vielfältige, multiple Präsenz" (ebd.: 163), die „nicht Ursprung, sondern Effekt einer symbolisch-diskursiven Praxis" ist (Babka 2010: 16). Jeglicher Versuch, das Wesen einer Identität zu bestimmen, wird somit hinfällig und ist im besten Fall eine vereinfachende Reduktion der Realität.

Othering kann sowohl als Subjektivierungs- als auch als Objektivierungsprozess verstanden werden, da sich das Selbst erst in Abgrenzung von „dem Anderen" begreifen kann:

> In this context, *Othering* is defined as a process in which, through discursive practices, different subjects are formed, hegemonic subjects – that is, subjects in powerful social positions as well as those subjugated to these powerful conditions" (Thomas-Olalde/ Velho 2011: 36; Herv. i. O.).

Durch den Objektivierungsprozess werden subjektive, kontext- und momentgebundene Wahrnehmungen zu objektivem Wissen verarbeitet, wodurch auch die Machtunterschiede, die jener Wahrnehmung zu Grunde liegen, gefestigt werden (vgl. Mikura 2013: 9). Durch die Kategorisierung im oppositionellen Verhältnis von „wir" und „die anderen" kann sowohl das Eigene als auch das Nicht-Eigene definiert werden. Vielmehr noch ist das Eigene auf das Fremde angewiesen, um sich definieren zu können. Die jeweiligen Bedeutungen entstehen dabei erst durch ihre Benennung und sind eingebettet in herrschende soziale

Hierarchisierungen und Machtordnungen (vgl. Ziegler 2009: 8f.). Das Eigene wird dabei zur Norm erhoben und durch die Definitionsmacht gesichert.

Die Kategorie des Geflüchteten bzw. des Asylsuchenden wird als von dieser Norm abweichend dargestellt. Normalität kann als Produkt einer ideologischen Konzeption verstanden werden, die gleichermaßen unangefochten bleibt wie die als anormal konstruierte Figur des Geflüchteten und Asylsuchenden (vgl. Pickering 2001: 184).

Für van Dijk ist die Konstruktion von Gruppenidentitäten ein inhärent ideologischer Prozess, der die Kategorien der Gruppenzugehörigkeiten festlegt:

> „Indeed, ideologies typically organize people and society in polarized terms. Group membership first of all has to do with who belongs or does not belong to Us, and how we distinguish ourselves from others by our actions, aims and norms, as well as our resources" (van Dijk k.A.: 43).

Neben den signifikanten Kategorien „wir" und „die anderen", die in der Asyldebatte vorherrschend sind, finden sich weitere binäre Differenzierungen, mittels denen die Gruppe der Geflüchteten weiter unterschieden wird.

So konnten Goodman und Speer feststellen, dass Asylsuchende in „echte" und „unechte" unterteilt werden. Während den „echten" Geflüchteten mancherlei Hilfe und Leistung zugestanden wird, sind die „unechten" Flüchtlinge – z.B. sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge – nicht dazu berechtigt, die Hilfe des Asyllandes in Anspruch zu nehmen und erhalten entsprechend weniger Mitgefühl und Unterstützung (vgl. Goodman/ Speer 2007: 166ff.). Die differenzierende Einbettung von Asylsuchenden in den Bedeutungsrahmen von legal und illegal hat zur Folge, dass die öffentliche Asyldebatte thematisch vorrangig den Fragen nach der Rechtmäßigkeit der Ansprüche von Geflüchteten geschuldet ist. Darüber hinaus trägt eine solche Darstellung zu einer negativen Wahrnehmung der gesamten Gruppe der Asylsuchenden bei:

> „A system of classification based around legitimacy has the effect of constructing all asylum seekers as immigration 'cheats' and as untrustworthy and dishonest people whom we are right to treat with doubt and contempt. […] If the focus of the asylum debate is about the legitimacy (or not) of asylum seekers' claims, asylum seekers'

> reasons for claiming asylum in the first place, the traumas they have endured, and how they can be helped […] come to be overlooked" (ebd.: 179).

Diskurse der Differenz

Als Diskurse der Differenz bezeichnen die Autoren Matouschek, Wodak und Januschek mit Bezug auf Stuart Hall jene Diskurse, die dazu dienen, „soziale, politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen und symbolischen Resourcen ausschließen" (Hall nach Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 41). Diese Diskurse unterscheiden zwischen „uns" und „den anderen". Der Gruppe der anderen werden bestimmte Merkmale zugeschrieben, die für die Ausgrenzung von Bedeutung sind. Sowohl „sie" als auch „wir" erscheinen in dieser Darstellung als homogene Einheit (vgl. Matouschek 1997: 110).

> „Zentrale Voraussetzung für jeden Diskurs sozialer Kategorisierung ist die Konstituierung des Selbst (Ingroup) und der anderen (Outgroup) über bestimmte Merkmalsbündel (je spezifische Inhalte). Thematisch sind beispielsweise Diskurse über Minderheiten in Migrationsdiskursen auf einige wenige Merkmale wie kulturelle Differenz, Devianz und Bedrohung zentriert" (Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 49f.).

Durch die Art der Benennungen und Etikettierungen werden die Gruppen kategorisiert, inhaltlich werden ihnen explizit oder implizit bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben (vgl. ebd.: 50). In der Regel erfährt dabei das Selbst, also die Eigengruppe, eine Aufwertung, während die Fremdgruppe abgewertet wird. Van Dijk bezeichnet dieses Verfahren als „ideological square" (vgl. van Dijk k.A.: 44). Demnach tendieren Darstellungen des Eigenen und des Fremden dazu, Positives über „uns" sowie Negatives über „sie" hervorzuheben und umgekehrt Negatives über „uns" und Positives über „sie" zu unterschlagen.

Der daraus hervorgehende „Wir-Diskurs" zielt nicht in erster Linie auf die Kommunikation von Vorurteilen ab, sondern dient der sprachlich realisierten Ein- bzw. Ausgrenzung von Individuen (vgl. Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 51). Der Wir-Diskurs bildet darüber hinaus die Grundlage für weitere Diskurs-Formen, die auf der Unterscheidung der

homogenisierten Gruppen fußen. Für die öffentliche Asyldebatte haben die Autoren den Mitleids-, den Bevormundungs- und den die Ausgrenzung legitimierenden Rechtfertigungsdiskurs als die gängigsten Formen identifiziert.

Mit ihrer systematischen diskurshistorischen Untersuchung von Medienberichten über Rumänen, die gegen Ende des Jahres 1989 aus dem von Ceausescus regierten Land nach Österreich flüchteten, konnten sie die Genese des österreichischen Diskurses der Differenz nachzeichnen.

Der anfangs dominante Mitleidsdiskurs präsentierte die rumänischen Geflüchteten als arm, unterdrückt und hilflos. Mit der Darstellung der Hilflosigkeit ging die Vorstellung einer Handlungsunfähigkeit einher, die eine Beseitigung der tragischen Verhältnisse als unmöglich erscheinen ließ:

> „Wo aber Hilfe offenbar in ein Faß ohne Boden fällt, wächst die Neigung, die Bemitleideten als Schuldige ihrer eigenen Misere darzustellen. Damit war zugleich auch der erste argumentative Baustein gelegt, der es später ermöglichen sollte, die nach Österreich fliehenden Rumänen als ‚Wirtschaftsflüchtlinge' einzustufen und daher abzuweisen" (ebd.: 243).

Die Autoren beschreiben den Mitleidsdiskurs als eine „latente Geringschätzung hinter vordergründiger (mit Mitleid gepaarter) Sympathie" (ebd.: 243), wobei die Geringschätzung sich gegen eine Minderheitengruppe richtet, deren Ansprüche auf Gleichbehandlung als Bedrohung wahrgenommen werden.

Es wird argumentiert, dass der Mitleidsdiskurs nach und nach von einem Bevormundungsdiskurs abgelöst wurde. Als Bevormundungsdiskurs bezeichnen sie den aus einem überheblichen Selbstverständnis abgeleiteten diskursiven Umgang mit den rumänischen Geflüchteten. Dieser äußert sich insbesondere in der Zuschreibung von nationalen Identitäten, mit denen darüber bestimmt wird, wer dem rumänischen Volk angehört. Die bevormundende Haltung wird auch in sprachlichen Handlungen deutlich, die vorgeben zu wissen, wie sich rumänische Geflüchtete verhalten sollen oder die innenpolitische rumänische Verhältnisse bewerten. Die Bevormundung kommt aber auch in der Art und Weise zum Ausdruck, wer mit welchen Äußerungen und in welchem Zusammenhang zu Wort kommt und wie die Äußerungen der anderen kommentiert werden

(vgl. ebd.: 244). Die Geflüchteten werden gerade in dieser Diskursform als unmündig und unglaubwürdig dargestellt.

Auf den Bevormundungsdiskurs folgte ein Rechtfertigungsdiskurs, der dazu diente, die Ängste und Sorgen der österreichischen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten zu verteidigen (vgl. ebd.: 245). Die rumänischen Geflüchteten wurden als „fremde, gefährliche, linkische Menschen, als potentielle Räuber, Gewalttäter, Vergewaltiger und Sozialschmarotzer charakterisiert“ (ebd.: 245). Der Fokus des Diskurses richtete sich auf das Argument, es seien zu viele Geflüchtete in Österreich, was zu Unterbringungsschwierigkeiten und steigenden Kosten führe. Das Thema der untragbaren Belastung wurde sprachlich unterfüttert mit Bedrohungsbildern von Invasionen und unaufhaltsamen Strömen, wie sie bereits unter dem Punkt Metaphern beschrieben wurden. Die ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten wurde in der Kategorie des „Wirtschaftsflüchtlings“ verpackt, die Vorurteile verschoben sich von ethnischen hin zu ökonomistischen Begründungen (vgl. ebd.: 246).

Matouschek, Wodak und Januschek beschreiben den Rechtfertigungsdiskurs als Kernform der Vorurteilskommunikation, die insbesondere dann bedient wird, wenn die Ablehnung explizit und offen dargelegt wird: „Die Fremd- oder Feindgruppe wird einerseits als besonders bedrohlich und wichtig dargestellt und andererseits als naiv und unfähig – ein Widerspruch, der letztlich nur ein Spiegel des Abwehrmechanismus der Projektion ist“ (Adorno nach ebd.: 246).

Diskurse der Differenz als rassistische Diskurse

Rassismus ist ein schwer zu fassendes komplexes Konstrukt, das sich aus materiellen wie auch ideellen Substanzen speist. Als soziale Konstruktionen verändern sich rassistische Erscheinungsformen und folgen dabei ihrer eigenen Logik. Allen Rassismen jedoch ist gemein, dass sie, unabhängig von ihrer je spezifischen Form, immer auf der Wahrnehmung und Beurteilung von Differenz gründen.

Rassistischen Denkweisen liegt die Vorstellung einer Andersartigkeit zugrunde, welche nicht nur als anders wahrgenommen, sondern gleichzeitig als dem Eigenen gegenüber minderwertig bewertet wird. Wie an obiger Stelle bereits geklärt, sind die Selbstkonzeption und die Wahrnehmung von Differenz untrennbar miteinander verbunden.

Ausgewählten, tatsächlichen oder fiktiven, Unterschieden wird eine bestimmte Bedeutung zugeteilt, die wiederum einer Wertung unterliegt. „Rassismus [funktioniert] als ein Spiegel, in dem die negativen Merkmale des Anderen als positive Merkmale des Selbst zurückgeworfen werden“ (Miles 2000: S. 24). „Die Wertung zielt darauf ab, die Unterlegenheit des Opfers, und damit gleichzeitig in Wechselwirkung die Überlegenheit des Rassisten, zu beweisen“ (Singer 1997: 56). Somit „[…] liegt [Rassismus] nicht in der Feststellung eines Unterschieds, sondern in dessen Verwendung gegen einen anderen“ (Memmi nach ebd.: 56).

Wie Matouschek, Wodak und Januschek in ihrer diskurshistorischen Studie zur Genese von rassistischen Diskursen der Differenz in österreichischen Medien zeigen, liegen die Wurzeln des „modernen“ kulturellen Rassismus in Österreich „besonders in der sich verselbständigenden Diskursentwicklung nach der Ostöffnung im Zusammenhang mit der Neuordnung Europas und dem Schulterschluß der westeuropäischen Staaten zur Errichtung der wirtschaftspolitischen ‚Festung Europäische Union‘“ (Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 24).

Der Begriff des kulturellen Rassismus – häufig ist auch von Ethnozentrismus oder Neo-Rassismus die Rede – beschreibt das Phänomen von gesellschaftlich verbreiteten und weitgehend akzeptierten Formen des Ausschlusses und der Diskriminierung auf Basis von kulturellen Kriterien wie Sprache, Religion, kulturellen Praxen etc. Der Begriff steht für ein System, das gesellschaftliche Ein- bzw. Ausschlussmuster erzeugt und festigt. Dahinter stehen die Essentialisierung kultureller Differenzen und die damit verbundenen Ängste vor einem Verlust eines angeblich homogenen Nationalcharakters und Lebensstils. Kultureller Rassismus ist eine Ideologie, die Fremdes als minderwertig und das Eigene als überlegen darstellt (vgl. Rattansi 2007: 86ff.).

> „Ethnicity, like race, is above all a matter of drawing boundaries around zones of *belonging* and *non-belonging*. These include, therefore, *subjective* elements of identity construction, processes of *identification* with particular groups, as well as responses to labels of identity and difference imposed from outside […]” (ebd.: 88f.; Herv. i. O.).

Diskurse, die durch die Selektion bestimmter, zugeschriebener Merkmale – das können körperliche, geistig-kulturelle, religiöse, nationalistische, sozial-gesellschaftsstrukturelle, sozioökonomische oder politische Merkmale sein – zwischen „uns“ und den „anderen“ unterscheiden und konstitutiv für die Ab- bzw. Ausgrenzung sind, gelten als Diskurse der

Differenz. Rassistisch sind diese Diskurse der Differenz, wenn sie zum Ausschluss einer Gruppe aus der Eigengruppe instrumentalisiert werden (vgl. Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 42ff.). Diskurse der Differenz bereiten den Boden für rassistische Praktiken (vgl. ebd.: 249).

Das selbstkonstitutive Element der (rassistischen) Konstruktion des Anderen wirft in seiner Konsequenz die Frage danach auf, wer und was „wir" sind.

> „Wenn es auf der einen Seite Österreicher gibt, auf der anderen Seite aber *die Ausländer, die Flüchtlinge, die Rumänen, die Slowenen, die Türken, die Juden, die jugoslawischen Hausmeister* etc., dann können die Österreicher scheinbar alles das nicht sein, was diese sind bzw. sein sollen. Was Österreich ist, bzw. was Österreicher sind, bestimmt sich somit auch in einer Negativ-Identität: ‚Wir Österreicher' sind das, was von den anderen ausgeht, nämlich Ausgebeutete und Bedrohte, Opfer der ‚anderen'" (ebd.: 247f.; Herv. i. O.).

Der Topos der Bedrohung und die Betonung der Opferrolle ist laut Matouschek, Wodak und Januschek seit Jahren ein zentrales Merkmal des österreichischen Asyl- und Migrationsdiskurses (vgl. ebd.: 248).

Ähnliche Erkenntnisse präsentiert der deutsche Germanist Martin Wengeler, der den Einwanderungsdiskurs in deutschsprachigen Medien auf verwendete Argumentationsmuster (Topoi) untersuchte: „Bei allen Topoi geht es [...] um Befürwortung oder Ablehnung, Rechtfertigung oder Erklärung zum einen von politischen Entscheidungen, Handlungen und Maßnahmen, zum zweiten von Meinungen, Haltungen, Stellungnahmen zu einem Sachverhalt und zum dritten von stattgefundenen, stattfindenden oder zu erwartenden Entwicklungen" (Wengeler 2000: 155). Als häufigste Topoi identifiziert er im österreichischen Asyldiskurs unter anderem den Topos vom wirtschaftlichen Nutzen, den Gefahren- bzw. Bedrohungstopos, den Belastungstopos, den Humanitätstopos und den Gesetzestopos (vgl. ebd.: 135ff.).

Der Vergleich von Zeitungstexten aus unterschiedlichen Zeiträumen und unterschiedlichen deutschsprachigen Ländern (Deutschland, Österreich, Schweiz) zeigte eine Veränderung der Redeweise über Geflüchtete: Während in den 1970er Jahren die Topoi von Nutzen- bzw. Schaden, von Gefahr und Bedrohung sowie der Humanitäts-Topos in gleichen Maßen

vorherrschend waren, so war in den 80ern hingegen nur noch der Gefahren- bzw. Bedrohungstopos dominant. Für die Berichterstattung in Österreich konstatiert Wengeler, dass hier zusätzlich ein besonderer Fokus auf die negativen Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Einzelne (z.B. Arbeitsplatzverlust) in Zusammenhang mit der Asylpolitik gelegt wurde (vgl. Wengeler 1997: 146ff.).

Diese Ergebnisse decken sich mit den Schilderungen von Rüdiger Wischenbart, der seine Erfahrungen als Zivildiener im Flüchtlings-Erstaufnahmezentrum Traiskirchen wie folgt beschreibt:

> „Die Klage über die ‚Undankbarkeit' der Flüchtlinge, erfuhren wir Neulinge bald, war eine durchgängige Melodie in den Selbstdarstellungen des Personals. [...] Was immer man den Flüchtlingen an Annehmlichkeiten biete, sie wüßten es nicht zu schätzen. Sie seien apathisch oder aggressiv, an ein geregeltes Leben und zivilisierte Umgangsformen nicht gewöhnt. [...] Das Bild von den Flüchtlingen ähnelte dem von Kriminellen oder von Kindern. Sie alle galten als fremdartig und verantwortungslos" (Wischenbart 1995: 196).

Und an anderer Stelle:

> „Zahllose Anekdoten illustrierten den Alkoholismus und das Einbunkern von Flüchtlingen in den Unterkünften. Sie dienten auch dazu, das Bild vom abnormen Verhalten der Marginalisierten zu belegen" (ebd.: 203).

Die Dominanz des Gefahren- und Bedrohungstopos im österreichischen Asyldiskurs mündete in der Frage nach der Inneren Sicherheit, die seither den öffentlichen und insbesondere den politischen Diskurs in Sachen Asyl und Einwanderung bestimmt und sowohl die politischen Handlungen, als auch die Gesetzgebung entscheidend beeinflusst.

Die politische Rechte schneidet in diesem Kontext in erster Linie die Themen des Missbrauchs und der Kriminalität an. „Die Rede ist von: ‚Asylmissbrauch', ‚kriminellen Asylwerbern', ‚straffällig gewordenen Ausländern' oder ‚Asyltourismus' etc." (Langthaler/ Sohler 2008: 17).

Dem gegenüber positionieren sich die Grünen als einzige im Parlament vertretene Partei dezidiert auf der Pro-Asyl-Seite. Ihre Argumentation bezieht sich sowohl auf die

Rechtsstaatlichkeit und internationale Verträge, als auch auf humanitäre Grundsätze und die Menschenrechte (vgl. ebd.: 17).

Die Mitte-Parteien ÖVP und SPÖ tendieren zu einer restriktiven Haltung in Asyl-Fragen. Die ÖVP präsentiert eine ausgrenzende Asylpolitik als Erfolg und auch die SPÖ, als selbstdefinierte linke Arbeiterpartei, gibt den Aspekten der Inneren Sicherheit, der Effizienz und des Schutzes vor Gesetzesmissbrauch Vorrang (vgl. ebd.: 17).

Zusammenfassung

Der hegemoniale Diskurs und die damit einhergehende Definition der Norm werden durch Massenmedien reproduziert. Medien thematisieren in ihren Berichten über Geflüchtete bzw. Asylsuchende fast ausschließlich die von dieser Norm abweichenden Aspekte und präsentieren sie als Problem. Zum Ausdruck gelangt dies beispielsweise durch die Auswahl der Themen, in der weder die Perspektive der Betroffenen noch andere die etablierten Machtverhältnisse in Frage stellenden Sichtweisen Berücksichtigung finden. Im Vordergrund der medialen Berichterstattung stehen Debatten über Fragen zu Sicherheit und Gefahren im Zusammenhang mit Asylpolitik und -gesetzgebung, über Illegalität, Kriminalität und Asylmissbrauch, über effiziente und kostengünstige Regelungen und Verfahren sowie auf den von den Geflüchteten ausgehenden Belastungen für den Sozialstaat.

Der gängige Sprachgebrauch, mit dem in der Presse über Geflüchtete und Asylsuchende berichtet wird, begünstigt die Skepsis gegenüber der Echtheit ihrer Anliegen und der Legitimität ihrer Ansprüche:

> „The discourse of deviancy in relation to asylum seekers and refugees has ultimately been a discourse of legitimation. It has repeatedly served to justify and pre-empt repressive state responses that, couched in the language of common sense and normality, have been largely reproduced and sustained rather than challenged by the press" (Pickering 2001: 184).

Der Rechtfertigungsdiskurs, der die ausgrenzenden (staatlichen) Maßnahmen legitimiert, wird getragen von der diskursiven Konstruktion von „uns" und „den anderen", die auf sämtlichen Diskursebenen – d.h. auf Text- Satz- und Wortebene, durch Themenwahl, argumentativen

und rhetorischen Strategien, Bezeichnungen, Zuschreibungen, Metaphern, Pronomen etc. – realisiert wird und auf unhinterfragten ideologischen Annahmen beruht.

3. EMPIRIE

Der Fokus der vorliegenden Studie liegt auf der Frage nach dem Diskurs über den Refugee-Protest und wie dieser in der Berichterstattung der gratis Tageszeitung HEUTE repräsentiert wird. Die Frage nach der Repräsentation des Protests schließt die Frage nach der Repräsentation der beteiligten Akteure und der Protest-Inhalte ein. Die Absicht der Studie ist, aus der Analyse der Darstellungs- und Redeweisen die ideologische Haltung von HEUTE zum Protest abzuleiten und in begrenztem Ausmaß den „öffentlichen Diskurs“ über den Refugee-Protest nachzuzeichnen

Wie im Theorieteil geklärt wurde, trägt HEUTE als Massenmedium zur Institutionalisierung von Diskursen bei. Diskursinstitutionalisierungen vereinfachen die Reproduktion von bestimmten Diskursen und bewirken dadurch eine Etablierung von normativen und normalisierenden Sichtweisen und Sagbarkeiten (vgl. Hajer 2010: 279). Die jeweiligen Diskurse werden als sozio-historisch konstruiert erachtet. Sie manifestieren sich unter anderem in sprachlichen Handlungen wie eben Medienberichten, die als institutionelle Praktiken zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen. Inwiefern die herrschenden ideologischen Sichtweisen und Diskurse in der Berichterstattung von HEUTE reproduziert oder aufgebrochen werden, ist Aufgabe der Analyse.

3.1. METHODE

Die gewählte Methode der Kritischen Diskursanalyse trägt dem Erkenntnisinteresse und den theoretischen Annahmen Rechnung. Sie erfasst Sicht- und Redeweisen als historisch gewachsene Wissensformationen, die Bedeutung erzeugen und Wahrheit konstituieren. Ihr Ziel ist es, Brüche und/ oder Kontinuitäten in herrschenden Diskursen festzustellen und die einhergehenden ideologischen Positionen aufzuzeigen.

Im Folgenden werden die theoretischen Grundlagen der Kritischen Diskursanalyse erläutert. Anschließend werden das Forschungsdesign und der Gang der Analyse vorgestellt.

3.1.1. Diskurs – Der Begriff und die Theorie

Auf eine ausführliche Diskussion der zahlreichen Verständnis- und Verwendungsweisen des Begriffs „Diskurs" soll in dieser Arbeit verzichtet werden. Vielmehr erscheint es sinnvoll den Diskursbegriff jener VertreterInnen der Diskursanalyse vorzustellen, auf deren methodische Vorgehensweisen sich die vorliegende Arbeit stützt. Aus diesem Grunde wird auch der anhaltenden Debatte um das Diskursverständnis von Foucault, der gemeinhin als der Vater der Diskursanalyse gilt, nur wenig Beachtung geschenkt. Die Diskurstheorie von Siegfried Jäger, dessen Methode der Kritischen Diskursanalyse den vorrangigen Anhaltspunkt dieser Studie darstellt, wird im Folgenden knapp erläutert. Da der Ansatz von Jäger auf der Diskurstheorie Foucaults basiert, wird dem großen Meister des Diskurses auf diesem Wege Tribut gezollt. Neben Jäger war die Wiener Forschungsgruppe rund um Ruth Wodak bestimmend für die methodische Vorgehensweise dieser Arbeit. Auch dieser Ansatz wird im Folgenden kurz vorgestellt.

Ganz allgemein können unter Diskurs alle Äußerungen verstanden werden, die, unabhängig von ihrer Länge und Form, bestimmte Bedeutung konstituieren. Folglich kann Diskursanalyse definiert werden als die Anwendung von Theorien und Methoden zur Erklärung, wie diese Bedeutungen zustande kommen. Den größten Beitrag für die Diskurstheorie leistete Michel Foucault, der Diskurse als unterschiedliche Sprachpraxen versteht, die institutionalisierte Werte und Ideologien zum Ausdruck bringen und festlegen, was gesagt werden und wie gesprochen werden kann (vgl. Cook 2011: 431).

Das Diskursverständnis von Norman Fairclough und der Wiener Arbeitsgruppe rund um Ruth Wodak basiert auf den in marxistischer Tradition stehenden Theorien von Althusser (Ideologietheorie) und Gramsci (Hegemonie) und verknüpft diese mit Ansätzen der Diskurstheorie Foucaults. Dieser Ansatz wird allgemein als Critical Discourse Analysis (CDA) bezeichnet. Er verbindet die Sozial- und Kulturwissenschaften mit Ansätzen der Linguistik und begreift Diskurse als „Sprachgebrauch im Sprechen und Schreiben und gleichzeitig als eine Form sozialer Praxis […]" (Keller 2011: 29).

> „Describing discourse as social practice implies a dialectical relationship between a particular discursive event and the situation(s), institution(s) and social structure(s) which frame it. A dialectical relationship is a two-way relationship: the discursive event is shaped by situations, institutions and social structures, but it also shapes them" (Fairclough/ Wodak nach ebd.: 29).

Es besteht eine dialektische Beziehung zwischen Diskursen und den Strukturen, die ihren Kontext bilden. Diskurse konstituieren die Welt und werden wiederum von der Welt konstituiert (vgl. ebd. 29). Insofern steht dieses Diskursverständnis dem Foucaultschen zumindest nahe, auch wenn sich der Ansatz von Wodak eher „einer hermeneutisch-interpretativen, wie auch von der cognitiv science beinflußten Richtung" zuordnet (Wodak et al. 1990: 53). Aus dieser Definition folgt, dass jeder Text eingebettet ist in einen Prozess, in eine „diskursive Praxis der Textproduktion, -verbreitung und -konsumption […], und diese wiederum in eine soziale Praxis, einen Zusammenhang von Situation, institutionellem und gesellschaftlichem Kontext […]" (Keller 2011: 31). Dienen Diskurse zur Verfestigung von etablierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen, so gelten sie als ideologisch. Der kritisch orientierte Ansatz von Ruth Wodak nennt sich Diskurs-Historische Methode und diente der Forschungsgruppe vor allem zur Untersuchung von Rassismus und Antisemitismus in österreichischen Medien (vgl. Wodak et al. 1990 oder Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995).

Der diskurstheoretische Zugang von Siegfried Jäger, der in Abgrenzung zur CDA als Kritische Diskursanalyse bezeichnet wird, beruht stärker auf den Arbeiten von Foucault und deren Weiterentwicklung durch Jürgen Link. Link definiert Diskurs als „ein institutionalisiertes Spezialwissen, einschließlich der entsprechenden ritualisierten Redeformen, Handlungsweisen und Machteffekte" (Link nach Keller 2011: 33).

In Anlehnung an Link und Foucault versteht Jäger unter Diskurs einen

> „[…] rhyzomartig verzweigte[n] mäandernde[n] ‚Fluss von ‚Wissen' bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit', der durchaus auch einmal rückwärts fließen kann, und [der] die Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften [schafft], die sich entsprechend als außerordentlich vielgestaltig erweisen" (Jäger, M/ Jäger, S. nach Jäger 2012: 26).

Nach dieser Auffassung sind Diskurse „transsubjektive Produzenten gesellschaftlicher Wirklichkeit und sozio-kultureller Deutungsmuster“ (ebd.: 27). Wesentlich für die an Foucault angelehnte Diskursdefinition Jägers ist, dass er jeglichen Diskurs als Träger eines bestimmten Wissens versteht, welches jeweils historische und räumliche Gültigkeit besitzt. Unter Wissen werden dabei „alle Arten von Bewusstseinsinhalten“ verstanden (Jäger/ Jäger 2003: 30). Da die Äußerungen von Wissen auch an Regeln geknüpft sind, wird es als zumindest ansatzweise institutionalisiert erachtet. Zentral ist schließlich auch die bei der CDA bereits erwähnte Konstituierung der Realität. Diskurse sind Bestandteil von Wirklichkeit, indem sie „das Bewusstsein der Subjekte [formieren] und [...] daher ‚vollgültige Materialitäten ersten Grades unter den anderen’ [sind]“ (Jäger 2012: 27). Als Materialität sui generis ist der Diskurs auch immer eine soziale Praxis. Aus diesem Grund seien unter Diskurs und diskursiver Praxis nicht lediglich sprachlich-schriftliche Handlungen verstanden, sondern jegliche Handlungen, die sich auf Wissen beziehen. Das heißt, dass „Wirklichkeit nach Maßgabe der Diskurse von den über Wissen verfügenden Menschen gedeutet wird“ (ebd.: 36). Jäger schreibt: „Die Subjekte machen den Diskurs nicht, eher ist das Umgekehrte der Fall“ (ebd.: 37). Damit meint er, dass allen Handlungen jeden Individuums auch immer ein Wissen zugrunde liegt, welches wiederum Ergebnis von sozio-historischen Diskursen ist. Das Individuum ist in sozialen Diskursen verstrickt und handelt in ihnen (vgl. ebd.: 37).

Schließlich sind Diskurse als Träger von Wissen auch immer mit Macht verbunden. Macht wird allerdings nicht mit Wissen gleichgesetzt. Vielmehr stellen Diskurse bestimmte Machtverhältnisse dar und gleichzeitig können diskursive Praxen Macht erzeugen, verfestigen oder verändern. Machtwirkungen „knüpfen an historische A-Prioris an, setzen diese fort und verändern sie in ständigen diskursiven Auseinandersetzungen“ (Jäger/ Jäger 2003: 30). Diese Machtwirkungen, die „Resultate langwieriger, aber ganz konkreter historischer Prozesse, vielfältiger Verschränkungen von Diskursen und diskursiver Kämpfe und Brüche und von deren Effekten“ sind, müssen aber auch „zumindest zeitweilig und in ihrer Zeit jeweilig akzeptabel sein“ (Jäger 2012: 45). Gleichermaßen unterliegt Wissen bestimmten, den Diskurs strukturierenden Vorgaben hinsichtlich dessen, was zur jeweiligen Zeit sagbar oder eben nicht sagbar ist. Als Wahrheit gilt folglich, so Jäger ganz im Sinne Foucaults, „mit Macht ausgestattetes Wissen“ (Jäger 2009: 226). „[...] [W]obei nochmals gesagt werden soll, daß ich unter Wahrheit nicht ‚das Ensemble der wahren Dinge, die zu entdecken oder zu akzeptieren sind’, verstehe, sondern das ‚Ensemble der Regeln, nach denen das Wahre vom Falschen

geschieden und das Wahre mit spezifischen Machtwirkungen ausgestattet wird'" (Foucault nach ebd.: 227).

3.1.2. Kritische Diskursanalyse

So klar, wie in der obigen Darstellung suggeriert wird, lassen sich die beiden diskursanalytischen Ansätze von Ruth Wodak und Siegfried Jäger nicht voneinander trennen. Tatsächlich weisen sie in ihrer Untersuchungsmethode sehr große Ähnlichkeiten auf und unterscheiden sich in erster Linie aufgrund der theoretischen Grundlagen, auf die sie sich vorrangig stützen. Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit nur noch der Begriff Kritische Diskursanalyse verwendet.

Die Kritische Diskursanalyse begreift sich selbst als Forschung mit politisch-emanzipatorischen Ansprüchen und der Intention, ein kritisches Diskursbewusstsein zu vermitteln. Im Grunde gehört sie zum Bereich der qualitativen Sozialforschung, bedient sich aber zum Teil auch der Instrumente der Linguistik sowie anderer Disziplinen der Sozialwissenschaft und ist folglich eine interdisziplinäre Methode. Das kritische Moment der Diskursanalyse ergibt sich aus der Kritik und Bewertung der in der Analyse vorgefundenen Sachverhalte (vgl. ebd.: 224). Das wesentliche Kriterium der Kritik ist die Position des Wissenschafters bzw. der Wissenschafterin, weshalb Jäger auch gern von „Standpunktkritik" schreibt (ebd.: 225). Letztlich ist Kritik vor allem gegen Herrschaft gerichtet, gegen die „eingefahrenen Normen und Gültigkeiten, auf die sich die hegemonialen Klassen in den jeweiligen Gesellschaften als geradezu absolute Wahrheiten so gern berufen" und von dem her unweigerlich mit einem moralischen Standpunkt verknüpft (ebd.: 228). Um den gegenüber der Kritischen Diskursanalyse oft geäußerten Vorwurf der Subjektivität zu entkräften, empfiehlt sich bei der Analyse möglichst selbstreflexiv vorzugehen und seine eigene Position, seine Absichten und Annahmen offen zu legen. Oder wie Ruth Wodak und Michael Meyer es formulieren:

> „Sich selbst ‚kritisch' zu nennen setzt bestimmte ethische Standards voraus: den Vorsatz, die eigene Position, das Forschungsinteresse und die Werthaltung deutlich und die Kriterien so transparent wie möglich zu machen, ohne das Bedürfnis, man habe sich für die kritische Position der eigenen Arbeit zu entschuldigen" (Wodak/ Meyer 2009: 7).

In der Regel, und so auch in dieser Arbeit, bilden Texte das Ausgangsmaterial für Kritische Diskursanalysen. Texte repräsentieren jedoch nicht ganze Diskurse, sondern sind als materielle Realisierungen von Diskursen zu verstehen. Texte sind als vergegenständlichte sprachliche Handlungen wesentliche Bestandteile von Diskursen (vgl. Reisigl/ Wodak 2009: 89f.). Sie sind das Ergebnis von individuellen Denkprozessen, gleichzeitig sind sie aber auch „Elemente eines überindividuellen sozio-historischen Diskurses“ (Keller 2011: 34). Texte bzw. Textteile bezeichnet Jäger als Diskursfragmente. Mehrere Diskursfragmente ergeben einen Diskursstrang. Diese Diskursstränge können auf unterschiedlichen Diskursebenen auftreten, die als die „sozialen Orte [...], von denen aus jeweils ‚gesprochen’ wird“ gelten (Jäger 2012: 84). Als diskursive Ereignisse werden Ereignisse bezeichnet, die ein großes Medienecho erzeugen und als solche den Diskursverlauf nachhaltig verändern können (vgl. ebd.: 82).

Im ursprünglich Foucaultschen Sinne waren bei der Analyse von Texten weniger die sprachlichen Äußerungen von Interesse, als vielmehr die darin enthaltenen Aussagen, anhand derer das Wissen der jeweilige Diskurse ermittelt werden soll. Darüber hinaus dient Diskursanalyse aber auch der Frage, wie Diskurse auf Subjekte wirken. Die Klärung dieser Frage macht den Einsatz sprachwissenschaftlicher Methoden erforderlich. Die Wirkung von Diskursen ist nach Jäger in zweifacher Hinsicht zu sehen, da sie nicht nur das individuelle sowie gesellschaftliche Bewusstsein prägt, sondern auch in engem Verhältnis zu Macht steht (vgl. ebd.: 50f.).

> „Es geht also nicht allein um die Wirkung auf das Bewusstsein bzw. auf die individuelle und kollektive Subjektbildung, sondern zugleich um die Folgen dieser Wirkung auf das Bewusstsein: das subjektive Handeln in und die kollektive Gestaltung von gesellschaftlicher Wirklichkeit, die ja beide Bewusstseinswirkungen zur Voraussetzung haben“ (ebd.: 52).

Im Gegensatz zu einzelnen Texten, deren Wirkung eher minimal ist, schafft es der Diskurs durch ständige Rekurrenz von Inhalten, Argumenten und Symbolen und anderen Strategien Wissen zu produzieren und zu verfestigen und somit Bewusstsein zu gestalten (vgl. ebd.: 52).

Die Aufgabe der Diskursanalyse kann zusammenfassend als die Ermittlung des Wissens eines bestimmten Diskurses mittels Aussagen sowie all seiner Wirkungsmittel in Form von wiederkehrenden Strategien und Symbolen beschrieben werden.

3.1.3. Forschungsdesign

Die konkrete Vorgehensweise zur Umsetzung des vorliegenden Forschungsvorhabens orientiert sich in erster Linie an den methodischen Leitlinien für Kritische Diskursanalysen nach Siegfried Jäger (Jäger 2009 und Jäger 2012) sowie an den von Jäger durchgeführten Analysen von Printmediendiskursen (insbesondere Jäger/ Jäger 2003). Der Ansatz von Jäger wurde mit dem der diskurs-historischen Analyse von Ruth Wodak kombiniert, wodurch eine stärker auf linguistische Aspekte bezogene Komponente einbezogen wurde. Neben den einführenden Texten zum diskurs-historischen Ansatz (Reisigl/ Wodak 2001 und Reisigl/ Wodak 2009) wurde auch zurückgegriffen auf die diskurs-historischen Studien von Matouschek/ Wodak/ Januschek (1995), Wodak et al. (1990) und Gruber (1991).

Die methodischen Leitlinien des diskurshistorischen Ansatzes umfassen neben der Analyse der Inhalte, der argumentativen Strategien und deren Formen der Versprachlichung eine umfassende Beschreibung der unterschiedlichen Kontexte und eine textsorten- bzw. genrespezifische Beschreibung des Korpus (vgl. Wodak et al. 1990: 56f.).

Anhand der angeführten Literatur wurden Analysekategorien aufgestellt, die zur Untersuchung des gewählten Materials sowohl bei der Grob- als auch bei der Feinanalyse dienen:

Aussagen: Über die zentralen Aussagen in den Texten werden die wichtigsten Inhalte der Artikel erfasst und der Bereich des Sagbaren umrissen.

Kollektivsymbole und Topoi: Als Kollektivsymbole gelten sprachliche (und andere) Bilder, die immer wieder benutzt werden und allen Mitgliedern einer Gesellschaft bekannt sind. Diese Bilder bzw. das System von Bildern enthalten Wertungen und beeinflussen die Art und Weise, wie Wirklichkeit gesehen, gedeutet und verstanden wird (vgl. Jäger 2012: 55). Kollektivsymbole sind Träger einer direkten sowie einer zweiten, indirekten Bedeutung, die in der Regel allen Mitgliedern einer Gesellschaft verständlich und plausibel erscheinen. Die Analyse der in den Texten verwendeten Kollektivsymbole kann Aufschluss darüber geben, wie das Deuten und Verstehen der Wirklichkeit strukturiert ist.

Diskursive Strategien: Unter dem Begriff der diskursiven Strategien werden all jene mehr oder weniger intentionalen Pläne gefasst, mit denen Inhalte kommuniziert und bestimmte soziale, politische, psychologische oder sprachliche Absichten verfolgt werden (vgl. Reisigl/

Wodak 2001: 44). Für diese Untersuchung wurden die zahlreichen diskursiven Strategien begrenzt, wobei auf die Übereinstimmung mit dem Forschungsinteresse und dem Datenmaterial geachtet wurde. Die hier angeführten Strategien tragen alle zu einer positiven Selbst- und einer negativen Fremddarstellung bei (vgl. Reisigl/ Wodak 2009: 112f. und Reisigl/ Wodak 2001: 45):

- Referentielle Strategien und Nominationen: Diese Kategorie dient zur Klärung der Frage, wie Personen, Objekte, Phänomene/ Ereignisse, Prozesse und Handlungen benannt werden. Durch Nominationen werden Akteure, Ereignisse etc. konstruiert bzw. identifiziert und repräsentiert.

- Strategien der Prädikationen und Zuschreibungen: Dieser Kategorie liegt die Frage zugrunde, welche Eigenschaften und Merkmale den konstruierten bzw. identifizierten Akteuren, Objekten und Ereignissen zugeschrieben werden. Zuschreibungen können nicht klar von den Nominationsstrategien getrennt werden und dienen einer positiven oder negativen Etikettierung von Personen oder Ereignissen.

- Argumentationsstrategien: Welche Argumente werden verwendet, um positive oder negative Zuschreibungen zu rechtfertigen?

- Perspektivierungen und Modi der Diskursrepräsentation: Damit soll vor allem geklärt werden, aus welcher Perspektive die Benennungen, Zuschreibungen und Argumente geäußert werden. Die Modi der Diskursrepräsentation beschreiben, wer in den Zeitungstexten wie und mit welchen Inhalten wiedergegeben wird. Diese Kategorie ist insofern interessant, als sie Aussagen darüber zulässt, welche Stimmen in der Berichterstattung mehr und welche weniger oder überhaupt nicht berücksichtigt werden.

Gang der Untersuchung

Ziel der Untersuchung ist, den Diskurs der Gratiszeitung HEUTE über den Refugee-Protest zu erfassen. Folglich gilt das Erkenntnisinteresse der übergeordneten Frage, wie HEUTE über den Protest berichtet. Diese Frage bezieht sich in erster Linie auf die ideologische Position und Haltung gegenüber dem Protest, die HEUTE selbst einnimmt und bei ihren LeserInnen fördert. Dabei finden nur die Printversionen der Wien-Ausgabe von HEUTE

Berücksichtigung. Die Entscheidung, sich auf die Printausgaben zu konzentrieren, lag darin begründet, dass HEUTE hauptsächlich in gedruckter Form gelesen wird, in der sie in beinahe allen U-Bahn- und Straßenbahn-Stationen zur freien Entnahme aufliegt. Die Printversion der HEUTE-Zeitung erscheint somit relevanter als die Onlineberichterstattung des Mediums.

Um den Diskurs von HEUTE über den Refugee-Protest im Rahmen der Diplomarbeit erfassen zu können, wurde bei der Auswahl des Untersuchungszeitraums darauf geachtet, dass das Datenmaterial repräsentativ genug ist, um sowohl ein möglichst aussagekräftiges Ergebnis hinsichtlich des formulierten Erkenntnisinteresses zuzulassen, als auch vom Umfang her handhabbar zu sein. Der Aufenthalt der Refugees in der Votivkirche erscheint dafür geeignet, da es sich dabei um die wohl kritischste und brisanteste Phase des Protests handelt und die Berichterstattung darüber entsprechend umfangreich ausfällt. Davor gab es nur vereinzelt Nachrichtentexte zum Refugee-Protest und nach der Übersiedlung von der Votivkirche in das Servitenkloster bricht die Medienberichterstattung abrupt ab.

Der Refugee-Protest insgesamt sowie der Aufenthalt der ProtestträgerInnen in der Votivkirche werden hier als diskursive Ereignisse gehandelt. Als diskursives Ereignis wurden jene medial groß aufgemachten Ereignisse definiert, die zu einer Veränderung des jeweils aktuell gängigen Diskurses beitragen können (vgl. Jäger 2012: 82.). Die Bewegung der Refugees hat ein neues politisches Handlungsfeld für Partizipation aufgezeigt und gerade aufgrund der medialen Aufmerksamkeit war das Potenzial vorhanden, die Wahrnehmung von Geflüchteten als politisch handelnde Subjekte zu fördern und folglich den Diskurs über Flüchtlinge in Österreich zu verändern, weshalb eine Definition als diskursives Ereignis gerechtfertigt scheint.

Für die Analyse des Dossiers wurde auf drei inhaltliche Aspekte fokussiert, die für die Charakterisierung des Diskurses von HEUTE über den Refugee-Protest als zentral erachtet werden: Das Ereignis der Votivkirchenbesetzung, die Forderungen und die beteiligten Akteure.

Der Ablauf der Analyse umfasst folgende Schritte: Auf die begründete Erstellung des Untersuchungsdossiers folgt eine Grobanalyse, durch die Inhalt und Form der Artikel erfasst werden und die eine erste Interpretation zulässt. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Grobanalyse werden sodann für die Berichterstattung typische Artikel ausgewählt, die einer Feinanalyse unterzogen werden. Die Ergebnisse der Feinanalysen werden ebenfalls

zusammenfassend interpretiert. Abschließend werden die Resultate der Analysen mit Bezugnahme auf (vor allem im Theorieteil abgehandelter) Sekundärliteratur diskutiert und eine Darstellung des HEUTE-Diskurses zum Refugee-Protest vorgenommen.

3.2. DER KONTEXT DES REFUGEE-PROTESTS – Die Ereignisse, die Akteure und die Perspektive der Refugees

Der Kontext des Protests gibt Aufschluss über die Ereignisse des Protests und seiner Entwicklung. Die Forderungen der Refugees werden vorgestellt und geklärt, welche Akteure in welchem Ausmaß an dem Protest beteiligt waren. Dabei wird besonders auf die Perspektive der Refugees eingegangen. Die Schilderung des Kontexts erfolgt aus der Sicht der Autorin – einer österreichischen Studentin der Internationalen Entwicklung – und gibt ihre eigene ideologische Position hinsichtlich des Refugee-Protests wieder.

Der Protestmarsch von der Erstaufnahmestelle Traiskirchen nach Wien am 24. November 2012 markiert den Anfang eines breit angelegten, bis heute andauernden, weitgehend selbstorganisierten Protests von Geflüchteten und Asylsuchenden, der auf die prekäre Situation von Asylsuchenden, auf die strukturellen Probleme des österreichischen und EU-weiten Asylsystems und die damit verbundenen ausgrenzenden Politiken aufmerksam machen soll.

Die Forderungen

Neben diesem allgemeinen Ziel verfolgt die Bewegung der Refugees, wie sich die Geflüchteten selbst bezeichnen, eine Reihe ganz konkreter Forderungen, die thematisch ein umfangreiches Feld – von der Beseitigung diverser Missstände in den österreichischen Flüchtlingslagern bis hin zu EU-weiten Gesetzesänderungen – abdecken. Die sechs Kernpunkte des Forderungskatalogs beinhalten 1) eine Grundversorgung für alle Asylsuchenden, die sich in Österreich aufhalten unabhängig von ihrem Rechtsstatus; 2) freie Wahl des Aufenthaltsortes, Zugang zum öffentlichen Wohnbau und keine Transfers in abgelegene Gegenden, besonders nicht gegen den Willen der Betroffenen; 3) Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildungseinrichtungen und Sozialversicherung für alle sich in Österreich aufhaltenden Asylsuchenden; 4) Stopp aller Abschiebungen in Zusammenhang mit der Dublin

II-Verordnung; 5) die Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur inhaltlichen Überprüfung aller negativ beschiedenen Asylverfahren; 6) die Anerkennung sozioökonomischer Fluchtmotive (vgl. Refugee Camp Vienna, 21.12.2012). Daneben finden sich weniger weitreichende Forderungen, wie die nach mehr Verfahrenshilfe bzw. AnwaltsvertreterInnen sowie nach mehr DolmetscherInnen, um faire Asylverfahren und Arztbesuche zu ermöglichen; Deutsch- und Berufsvorbereitungskurse für die Geflüchteten in den Lagern; Bildungsmöglichkeiten für die Kinder von Geflüchteten; gesünderes Essen, saubere und passende Kleidung, eine Erhöhung des Taschengelds von 40 Euro im Monat, kostenlose Tickets für den öffentlichen Verkehr sowie freien Zugang zu Internet und Fernsehen, um durch die Möglichkeiten der modernen Kommunikation der Isolation entgegen zu wirken und Integration zu fördern (vgl. Refugee Camp Vienna, 25.11.2012).

Die Forderungen der Refugees sind zweifältig. Der eine Teil des Katalogs bezieht sich auf die „organisierte Desintegration" der Geflüchteten und Asylsuchenden. Als organisierte Desintegration bezeichnet Vicky Täubig die bürokratische Organisation menschlicher Bedürfnisse, die in Form eines Geflechts von Regeln und Gesetzen, das (Alltags-)Leben von Asylsuchenden und Geduldeten bestimmt (vgl. Täubig 2009: 12). Diese gesetzlichen Regeln bilden den Rahmen für den Umgang mit Menschen, die der bürokratischen Kategorie der Asylsuchenden und Geduldeten angehören. „Dieser gesellschaftlichen Organisation ist die Segregation bzw. *Desintegration* immanent [...]. Die gesetzlichen Regelungen für Asylwerber und ‚Geduldete' befördern sowohl strukturelle als auch kulturelle Desintegration" (ebd.: 56; Herv. i. O.). Dazu zählen die Gemeinschaftsunterbringungen für Asylsuchende, die Residenzpflicht, das Arbeitsverbot, die räumliche Isolation sowie das Vorenthalten zeitgemäßer Medien wie Internet und TV. All diese Elemente bedeuten eine Segregation von integrationsermöglichenden Strukturen (vgl. ebd.: 56f.).

Der zweite Teil der Forderungen ist indes weitreichender. Mit ihm adressieren die Refugees die von Balibar als „zentrale gesellschaftliche Konfliktlinie" bezeichnete Problematik der Koppelung von sozialen Rechten an die Staatsbürgerschaft (vgl. Benz/ Schwenken 2005: 366). Dieser Aspekt der Forderungen wird weiter unten im Kapitel „Die Perspektive der Refugees" ausführlicher diskutiert.

Die Ereignisse

Der über 30 km lange Marsch von Traiskirchen nach Wien, an dem neben 50 UnterstützerInnen ca. 150 Asylsuchende teilnahmen, endete im Sigmund-Freud-Park. Dort wurde im Anschluss das von den Behörden genehmigte Refugee Protestcamp errichtet. Bei einer Pressekonferenz im Refugee Protestcamp wurden sowohl die Forderungen dargelegt sowie eine Alternativlösung, nämlich die Löschung der Fingerabdrücke aus dem Eurodac-System, um in ein anderes Land weiterziehen zu können, präsentiert. Einige der Refugees pendelten in den ersten Tagen des Protests zwischen Wien und Traiskirchen, um ihren Anspruch auf Grundversorgung nicht zu verlieren. Am 30.11.2012 wurden 100 von ihnen in andere Lager gebracht, die meisten davon mit schlechter materieller und sozialer Infrastruktur (vgl. Kovacic 2013). Am 18. Dezember wichen einige der ProtestteilnehmerInnen aufgrund von verstärkten Polizeikontrollen in die Votivkirche aus. Vorausgegangene Gespräche mit dem Pfarrer der Kirche legten die Vermutung nahe, dass er der Option des Kirchenasyls gegenüber aufgeschlossen sei. Nach einer ersten Räumungsandrohung willigte er schließlich ein. Der katholischen Kirche erschien eine Abweisung der ersten organisierten Bitte um Kirchenasyl wenige Tage vor Weihnachten wohl unangebracht. Die Caritas wurde als Vermittlungsinstanz zwischen der Refugees, der Pfarre und der Öffentlichkeit eingeschaltet. Am 24. Dezember trat ein Großteil der Geflüchteten in einen Hungerstreik, der beinahe ein Monat bis zum 22. Jänner 2013 aufrecht erhalten wurde. Nachdem das Protestcamp im Sigmund-Freud-Park in der Nacht auf 28. Dezember 2012 (auf einer legal fragwürdigen Basis) polizeilich geräumt worden war, zogen auch die restlichen Asylsuchenden, die sich bis dahin noch im Camp aufgehalten hatten, in die Votivkirche um. Am selben Tag wurde der Haupteingang der Kirche gesperrt und am Nebeneingang ein Wachdienst postiert. Im Auftrag der Caritas wurde eine Liste erstellt, auf der die Namen der Zugangsberechtigten verzeichnet wurden (vgl. ebd.) Am 1. Februar 2013 meldeten die Refugees die Wiederaufnahme des Hungerstreiks, da von Regierungsseite bisher keine Bestrebungen gab, eine Lösung mit der Protestbewegung hinsichtlich eines legalen Aufenthaltsstatus zu erarbeiten. Nachdem in den Tagen zuvor vier der protestierenden Refugees in Schubhaft genommen worden waren, wurde einer von ihnen am 5. Februar 2013 nach Ungarn abgeschoben. Am 16. Februar 2013 fand eine große Solidaritäts-Demonstration für die Refugees statt, an der in Wien rund 2500 Menschen teilnahmen. Der Druck, die Kirche zu verlassen, stieg. Obwohl die Kirche wiederholt betonte, den Refugees weiterhin Schutz zu bieten, drängte sie darauf, die von der Caritas zur Verfügung gestellten Notquartiere zu beziehen. Auch die „Gegenbesetzung“ der

Kirche durch Vertreter der rechten Gruppierung W.I.R. (Wiens Identitäre Richtung) und die vermehrten Polizeikontrollen vor der Kirche, bei der wieder zwei Refugees in Schubhaft genommen worden waren, veranlassten die Refugees schließlich, die Lage zu entspannen. Am Sonntag, den 3. März, übersiedelten sie ins Servitenkloster, von wo aus sie ihren Protest, weitaus weniger medienwirksam, fortsetzten.

Die Refugees

Das Refugee Protest Camp Vienna ist eine selbst-organisierte Protestbewegung von Geflüchteten, die sich großteils in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen kennenlernten und zusammenschlossen, um die Anliegen und Interessen von Geflüchteten und Asylsuchenden zu vertreten. Rückenwind erhielt die Gründung der Refugee-Bewegung durch die seit März 2012 in mehreren EU-Ländern angehaltenen Proteste von Geflüchteten. Ihren Anfang hatten die EU-weiten Refugee-Proteste in Würzburg, später formierten sich weitere Protestgruppen in anderen Städten Deutschlands, in Dänemark, der Türkei, in Bulgarien, Griechenland, Frankreich und den Niederlanden. Aus den Protestbewegungen in Deutschland, den Niederlanden und Österreich ging eine gemeinsame Plattform hervor, die unter anderem Refugee-Kongresse organisiert und kollektive Aktionen koordiniert.

Die viel diskutierte und häufig in Abrede gestellte Selbstorganisation wurde von den Refugees stark verteidigt. Sie beharrten auf ihrer Unabhängigkeit und betonten ihre Autonomie bei mehreren Pressekonferenzen, Interviews und anderen Anlässen, wie dieses Zitat von Salaheddine Najah bei einer Ansprache beim Protest Song Contest im Wiener Rabenhoftheater am 12. Februar 2013 zeigt:

> „We ourselves, the refugees, make the demonstration, and we are the ones who want it. It is our fight. We thank everybody for their help, but we don't allow anybody to use us. This is a self-organized struggle of and by refugees, one that needs your support, your presence on the street on Saturday." (Najah nach Gržinić 2013).

Selbstorganisationen von Geflüchteten gibt es in Österreich seit den 1970er Jahren. Diese deklarieren sich jedoch nicht als Flüchtlingsorganisationen, zumal sich der negativ konnotierte Flüchtlingsbegriff schlecht als „positiver Referenzpunkt einer Identitätsbildung" eignet (Langthaler/ Sohler 2008: 26). Eher formieren sich die Organisationen entlang ihrer

Herkunft, ihrer politischen Zugehörigkeit oder ihrer Zielgruppen. Im Zentrum ihrer Aktivitäten stehen in der Regel rechtliche und soziale Hilfestellungen für ihre Mitglieder sowie die Organisation kultureller Veranstaltungen (vgl. ebd.: 26f.).

Darin zeigt sich die Besonderheit der Refugee-Protestbewegung, deren Zusammenschluss auf der Flüchtlingseigenschaft bzw. der Fluchterfahrung (weniger auf dem Aufenthaltsstatus) beruht und in der die Betroffenen ihre Interessen als Geflüchtete in Hinblick auf ihre Situation und ihre Anliegen im Asylland Österreich formulieren. So genannte transversale Strukturen, in denen sich Geflüchtete und Asylsuchende verschiedener Herkunftsländer organisieren, sind in Österreich rar und auch auf EU-Ebene nur selten zu finden. Die kollektive Identität der Protestbewegung fußt auf den Erfahrungen und Bedürfnissen als Geflüchtete. Die Zugehörigkeit ist dabei nicht mehr „eindimensional in einer Staatsbürgerschaft oder einem Lebensort verankert“ (ebd.: 26). Dagegen kommt einer transnationalen Identität mehr Bedeutung zu. Nicht nur in der Tatsache, dass bei der Refugee-Bewegung Menschen unterschiedlicher Herkunft solidarisch zusammenarbeiten, sondern auch die Forderungen nach politischer Partizipation, selbstbestimmtem Handeln, nach Selbstversorgung und nach der Anerkennung als politische Subjekte, beweisen ein durchaus fortschrittliches Demokratieverständnis. Mit ihren Forderungen zielen sie nämlich nicht bloß auf eine Verbesserung der Grundversorgung, sondern sprechen ein weit tiefergehendes Problem im staatlichen und EU-weiten Asylsystem an: die in demokratischen Gesellschaften wie Österreich praktizierte politische Entmündigung und Unsichtbarmachung von Geflüchteten.

Gerade aufgrund der geringen Ressourcen hinsichtlich Kapital, Personal, Infrastruktur etc., der Unsichtbarkeit in der Öffentlichkeit und ihres prekären Charakters, sind Selbstorganisationen und besonders Protestmobilisierungen von Geflüchteten und Asylsuchenden auf Unterstützung angewiesen. Um die Öffentlichkeit zu erreichen, werden nicht selten konfrontative Aktionsformen wie Besetzungen oder Hungerstreiks angewendet, da solche Aktionen eine mediale Aufmerksamkeit versprechen (vgl. ebd.: 21).

NGOs

An der Organisation und der Durchführung des Protests waren, abgesehen von den Asylsuchenden selbst, also Personen beteiligt, die sich privat oder beruflich mit dem Thema beschäftigen und den Protest aktiv unterstützen wollten. Dazu zählen VertreterInnen von

NGOs wie „Asyl in Not“, „SOS Mitmensch“, „Afrique Europe Interact“ und „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“, Angehörige politischer Gruppierungen wie der „Sozialistischen Linkspartei“ und der „Kommunistischen Jugend Wien“ und viele Privatpersonen, darunter StudentInnen, ÄrztInnen, LehrerInnen, KünstlerInnen sowie Migrierte und Geflüchtete, die sich in Österreich aufhalten (vgl. Refugee Camp Vienna, k.A. und Die Presse, 5.01.2013). Die beteiligten Flüchtlingsorganisationen stammen großteils aus dem Umfeld neuer sozialer Bewegungen. Asyl in Not, früher als Unterstützungskommitee für politisch verfolgte AusländerInnen bekannt, ist hauptsächlich in der Rechtsberatung tätig (vgl. Asyl in Not k.A.). Die Plattform SOS Mitmensch ging 1992 aus dem Zusammenschluss mehrerer zivilgesellschaftlicher Gruppen gegen das Ausländervolksbegehren der FPÖ hervor. SOS Mitmensch konzentriert sich in seiner Arbeit in erster Linie auf die Verteidigung der Menschenrechte (vgl SOS Mitmensch k.A.). Das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact wurde 2010 gegründet und bringt AktivistInnen aus Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden zusammen. Die Organisation übt neben ihren anderen Tätigkeiten Kritik an der europäischen Migrationspolitik und thematisiert die strukturellen Hintergründe für Flucht und Migration (vgl. Afrique-Europe-Interaction 2012). Die Plattform Familien und FreundInnen gegen Abschiebung wurde im Zuge mehrerer Kampagnen gegen Abschiebungen gegründet und setzt sich für das Bleibe- und Arbeitsrecht sowie die politische und soziale Gleichstellung von Geflüchteten und Asylsuchenden ein (vgl. Familien und FreundInnen gegen Abschiebung k.A.).

Gemeinsam ist allen beteiligten Organisationen eine politische Ausrichtung, die sich gegen eine neoliberale Politik und gegen die immer schärfer werdenden Asylgesetze der EU und ihrer Mitgliedsländer richtet. Das Ideal der Menschenrechte und der Bewegungsfreiheit wird hochgehalten. In vielen Fällen ist damit auch Antirassismus-Arbeit verknüpft. Entsprechend sind die meisten Organisationen nach basisdemokratischen Strukturen aufgebaut und erhalten sich durch Spenden und durch das Engagement einiger weniger AktivistInnen.

Abgesehen von den Flüchtlingsorganisationen erhielten die Refugees auch Unterstützung von österreichischen und internationalen Respektspersonen und Prominenten, wie dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler, die mit ihrem Besuch in der Votivkirche dazu beitrugen, den Protest in den Augen der Öffentlichkeit in ein positives Licht zu rücken.

Caritas

In der Flüchtlingsbetreuung sind trotz der vielen Basisinitiativen, Organisationen und Asylnetzwerken die kirchlichen humanitären Organisationen, die ihre Position vor allem durch den Ausbau des Grundversorgungssystems festigten, nach wie vor dominant (vgl. Langthaler/ Sohler 2008: 23f.). So oblag auch die unmittelbare Notversorgung der Refugees in der Kirche der Caritas und dem Roten Kreuz.

Die Caritas ist die internationale Nothilfeorganisation der katholischen Kirche. Wie aus dem Namen Caritas (lat.: „Nächstenliebe“) bereits gewahr wird, folgt die Organisation dem Leitbild der christlichen Lehre. Damit stehen „Menschen in Not“ im Zentrum ihrer Bemühungen (vgl. Caritas-Wien, k.A. a). Die Gründung der österreichischen Caritas-Verbände wird noch vor dem ersten Weltkrieg im Rahmen von fünf Kongressen in Österreich beschlossen und zwischen 1907 und 1930 umgesetzt. Die Wiener Caritas wurde 1921 in Leben gerufen (vgl. Caritas-Wien, k.A. b). Die Caritas Österreich besteht aus neun Verbänden, die der jeweiligen Diözese unterstehen. Die föderalistische Organisationsstruktur wird mit den in den Bundesländern unterschiedlich ausgeprägten Sozialgesetzgebungen erklärt. Während die neun Verbände der Caritas als eigenständige Organisationen mit eigener Finanzverwaltung für regionale Themen zuständig sind, kommt der Caritas Österreich vor allem die Aufgabe der Koordination sowie der Auslands- und Katastrophenhilfe zu. Der Präsident der Caritas, der von den neuen Landesdirektoren gewählt wird, war von 1995 bis Herbst 2013 Franz Küberl. Der Direktor der Caritas-Wien, Monsignore DDr. Michael Landau, ist ebenfalls seit 1995 im Amt und hat im November 2013 die Landesdirektion übernommen (vgl. Caritas-Wien, k.A. c). Die Caritas Wien untersteht der Erzdiözese Wien, zu deren Gebiet auch das östliche Niederösterreich zählt und die von Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn geleitet wird.

Im Bereich der Flüchtlingsbetreuung ist die Caritas seit Mitte der 1950er Jahre tätig, als in Folge des Ungarnaufstands erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg größere Gruppen von Menschen aus den kommunistischen Ländern Richtung Westen flüchteten. Laut Homepage der Caritas Wien wurden damals 180.000 Menschen „in Pfarren und Gasthäusern in Niederösterreich, Burgenland und Wien untergebracht“ (Caritas-Wien, k.A. b). Eine Erweiterung der Flüchtlingsbetreuung erfolgte in den achtziger und insbesondere in den neunziger Jahren, als der „Zusammenbruch des Ostblocks, der Fall des Eisernen Vorhangs und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien“ die Flüchtlingsbewegungen verursachten (Caritas,

k.A. a). Es wurden Beratungsstellen und Notherbergen für Geflüchtete eingerichtet, 1995 wurde das „mobile Notquartier“ organisiert, bei dem obdachlosen Asylsuchenden in Pfarren Unterkunft geboten wurde (vgl. Caritas-Wien, k.A. b). Das mobile Notquartier der Caritas ist nach wie vor im Einsatz.

Auch heute noch ist die Caritas ein wichtiger Akteur in der Flüchtlingsbetreuung. Ihre Arbeit gliedert sich in drei Hauptbereiche (vgl. Unterseiten von Caritas, k.A. b und Unterseiten von Caritas-Wien, k.A. d):

- Unterbringung und Betreuung. In Wien stehen für Geflüchtete insgesamt 900 Wohnplätze in Heimen und anderen Unterkünften für Asylsuchende mit und ohne Anspruch auf Grundversorgung sowie für anerkannte Flüchtlinge und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung.

- Rechtsberatung und Vertretung. Das Asylzentrum in Wien wickelt die Grundversorgungsleistung für Asylsuchende ab, daneben gibt es eine kostenlose Rechtsberatung, einen Sozialdienst am Flughafen, eine Rückkehrhilfe, Schubhaft-Betreuung und psycho-soziale Angebote.

- Integrationsarbeit. Mit Projekten in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und anderen Freizeitaktivitäten soll Integration von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen in Österreich gefördert werden. Eigene Beratungsstellen für Geflüchtete geben Auskunft zu Bildungsmöglichkeiten und unterstützen bei der Wohnungssuche.

Auf der Homepage der Wiener Caritas findet sich darüber hinaus ein Statement zu den Positionen der Caritas in Asylfragen, in dem fünf Reformvorschläge für das Asylwesen vertreten werden: 1) Öffnung des Arbeitsmarktes, 2) faire und qualitätsvolle Asylverfahren, 3) qualitätsvolle Grundversorgung, 4) echte Reform des EU-Asylsystems, 5) Recht auf Bildung (vgl. Caritas-Wien, k.A. e).

Die Perspektive der Refugees

Die westeuropäischen Staaten haben in den 1990er Jahren als Reaktion auf die vom Zusammenbruch des Ostblocks ausgelösten Migrations- und Fluchtbewegungen – die mit dem Fall des Kommunismus auch komplexer geworden sind – eine ganze Reihe von

rechtlichen und administrativen Maßnahmen gesetzt, die besonders eine Verschärfung der Grenzkontrollen und der Asylgesetze darstellen. Melita Šunjić spricht von drei großen Wällen, die errichtet wurden, um Einwanderung zu erschweren bzw. zu verhindern (vgl. Šunjić 2000: 146f.). Erstens wurde mit einer restriktiven Visapolitik, mit verschärften Grenzkontrollen und Sanktionen gegenüber Fluggesellschaften der Zugang zum Staatsgebiet erschwert. Zweitens wurden den Asylverfahren sogenannte Schnellverfahren vorgeschaltet, welche die Zahl der AntragstellerInnen „aufgrund formalrechtlicher Kriterien (Drittlandszuständigeit, offensichtlich unbegründete Anträge) und die Zahl der kostspieligen und langwierigen Asylverfahren so gering wie möglich“ halten sollen (ebd.: 147). Drittens wurden die Kriterien der Asylzuerkennung verschärft und zudem das Warten auf die Entscheidung durch bestimmte Regelungen, wie die Beschränkung der Bewegungsfreiheit und den geringen sozialen Unterstützungen für Asylsuchende, möglichst ungemütlich gestaltet.

Die Aufzählung von Šunjić kann mittlerweile, dreizehn Jahre nach Erscheinen ihres Textes, um einige Punkte ergänzt werden. An dieser Stelle seien auszugsweise nur drei miteinander verschränkte, zentrale Maßnahmen erwähnt, welche die „Asyl- und Abschiebearchitektur der EU“ begründen (Nowotny 2013): die Dublin-II-Verordnung, Eurodac und Frontex.

Die viel kritisierte Dublin-II-Verordnung trat 2003 in Kraft und regelt die Zuständigkeiten europäischer Länder bei Asylverfahren. Diese Zuständigkeitsregelung folgt dem „Prinzip der Verantwortung“, das heißt, dass „[d]iejenigen Staaten, die für die Einreise oder den Aufenthalt eines Flüchtlings in einem Mitgliedsstaat verantwortlich sind, [...] auch für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein [sollen]“ (Dolk 2011: 4). Dies gilt insbesondere bei unerlaubter Einreise oder wegen der Erteilung eines Einreisevisums. Die Zuständigkeitsbestimmung bleibt auch nach Abschluss des Asylverfahrens für anerkannte Flüchtlinge bzw. subsidiär Schutzberechtigte aufrecht, wodurch dauerhaft festgelegt wird, in welchem EU-Mitgliedsstaat einE GeflüchteteR lebt (vgl. ebd.: 5). Den Hintergrund der Dublin-II-Verordnung bildet zum einen die Abschaffung der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen. Zum anderen dient sie der Vermeidung von Sekundärwanderungen von Flüchtlingen in der EU sowie der Etablierung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems mit möglichst geringen Kosten. Seit Inkrafttreten der Verordnung können Asylsuchende innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten nur noch ein einziges Asylverfahren durchlaufen. Wird der Antrag eines Asylsuchenden in einem „falschen“, d. h. nicht zuständigen Land gestellt, so

wird der Asylsuchende an den zuständigen Staat überstellt. Erst dort wird das Verfahren durchgeführt.

Für die Geflüchteten ist es allerding nicht unerheblich, in welchem Land ihr Asylantrag bearbeitet und ihr Verfahren durchgeführt wird. Die Standards hinsichtlich der Aufnahmebedingungen und der Versorgungsleistungen sind in den Mitgliedsstaaten der EU höchst unterschiedlich. Gleiches gilt für die Asylverfahrensgrundsätze und die Chancen auf Anerkennung, wie die vergleichenden Daten zur Schutzquote der einzelnen EU-Länder zeigen. So lagen, statistisch gesehen, im Jahr 2010 die Chancen auf Flüchtlingsanerkennung in Norwegen bei ca. 20 Prozent, in Deutschland bei 17, in den Niederlanden bei nur knapp fünf und in der Slowakei bei weniger als zwei Prozent (vgl. ebd.: 5). Weitere Kritikpunkte widmen sich den Abschiebungen im Rahmen der Dublin-II-Verordnung, die häufig ohne vorherige Vorbereitung durchgeführt wird und auch bestehende soziale Verbindungen nicht berücksichtigt. Generell finden die Bedürfnisse der Geflüchteten in der Dublin-II-Verordnung wenig Platz.

Das Rückgrat der Dublin-II-Verordnung bildet die europäische digitale Datenbank Eurodac, die gemeinsam mit der Verordnung das Kernstück des Dublin-Systems ausmachen.

> „Technisch gesehen handelt es sich bei Eurodac um eine Anwendung, die biometrische Identifikationstechnologie mit computerisierter Datenverarbeitung kombiniert. In diesem Sinne kann Eurodac als Beispiel einer *smart border* (Hervorh. i. O.) verstanden werden: eine diffuse Grenze, die sich nicht geografisch lokalisieren lässt, sondern auf einer Vielzahl von physischen und virtuellen Schauplätzen der Kontrolle und der Überwachung beruht, die miteinander über ein digitales Datennetzwerk verbunden sind“ (Kuster/ Tsianos 2013).

In der Eurodac-Datenbank werden die Fingerabdrücke von AsylwerberInnen, Personen, welche die EU-Außengrenze in irregulärer Weise überschreiten und von illegal auf EU-Territorium aufgegriffen werden (vgl. ebd.). Im Wesentlichen dient Eurodac dazu, die Einhaltung der Dublin-II-Verordnung zu gewährleisten.

Frontex ist eine 2004 ins Leben gerufene europäische Gemeinschaftsagentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen. Hinter dieser hochtrabenden Bezeichnung verbirgt sich im Grunde nichts anderes als eine Agentur, welche die EU-Außengrenzen vor dem

unerlaubten Eintritt von Drittstaatsangehörigen schützen soll. Zu diesem Zweck analysiert Frontex Risiken und Gefahren an den Außengrenzen, um die Ressourcen zum Grenzschutz entsprechend zu verteilen und gegebenenfalls rasch reagieren zu können. Frontex arbeitet auch mit Behörden von Drittstaaten zusammen, um den Grenzschutz effektiver zu gestalten. Darüber hinaus unterstützt Frontex die EU-Mitgliedsstaaten bei Rückführungen und (Sammel-)Abschiebungen und engagiert sich in der Ausbildung von Grenzschutzbeamten (vgl. Fischer-Lescano, Andreas/ Tohidipur, Timo 2007: 1230).

Unter Bezugnahme auf Foucault und seine genealogische Machtanalyse zu Disziplinar- und Biomacht können die europäische Asyl- und Migrationspolitik sowie das europäische Grenzmanagement als „Sicherheitstechnologien" bezeichnet werden, die unterschiedlich stark aufeinander bezogen sind und sich zu einem „umfassenden europäischen Sicherheitsdispositiv [verdichten], das die Zirkulation in Europa reguliert" (Herrmann 2013: 10f.). Wie Herrmann in seinem Papier zum 45. Kolloquium „*Frieden und Grenzen*" diskutiert, ist die „Problematisierung von Zirkulation in einem ‚entgrenzten Europa' als wesentliche[s] Element einer biopolitischen Gefahrenkonstruktion" zu verstehen (ebd.: 10). „Das ›Zeitalter der Biopolitik‹", so schreibt er, „wird mit der zunehmenden Problematisierung des Lebens eingeleitet, wobei die Regulierung der Bevölkerung zunehmend ins Zentrum der Politik rückt und als bezeichnend für das Aufkommen der Moderne (und damit auch einer liberalen Regierungsweise) betrachtet wird" (ebd.: 5). Lemke beschreibt Biopolitik als eine „Konstellation, in der die modernen Human- und Naturwissenschaften und die aus ihnen hervorgehenden Normalitätskonzepte das politische Handeln strukturieren und dessen Ziele bestimmen" (Lemke nach ebd.: 5).

Den Ursprung der Biopolitik sieht Giorgio Agamben, auf den sich die Refugees in der Theoretisierung ihrer Geisteshaltungen und Erfahrungen berufen, in der Deklaration der Menschenrechte:

> „Die Erklärung der Menschenrechte stellt die originäre Figur der Einschreibung des natürlichen Lebens in die juridisch-politische Ordnung des Nationalstaates dar. Jenes natürliche nackte Leben, das im Ancien régime politisch belanglos war und als kreatürliches Leben Gott gehörte und das in der antiken Welt (wenigstens dem Anschein nach) als *zōē* klar vom politischen Leben (*bíos*) abgegrenzt war, wird nun

> erstrangig in der Struktur des Staates und bildet sogar das irdische Fundament der staatlichen Legitimität und der Souveränität“ (Agamben 2002: 136; Herv. i. O.).

Im Körper des „souveränen Subjekts“ vereinigen sich das „Prinzip der Nativität“ und das „Prinzip der Souveränität“ und bilden das Fundament des neuen Nationalstaats. „Die implizite Fiktion besteht darin, daß die *Nativität* unmittelbar *Nation* wird, so daß es zwischen den beiden Begriffen keinen Abstand geben kann“ (ebd.: 137; Herv. i. O.).

Agamben bezieht sich hier auf die unter dem Titel „*Die Aporien der Menschenrechte*“ formulierte Kritik von Hannah Arendt, die sich diesem Thema bereits 1951 in ihrem umfassenden Werk „*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*“ widmete (vgl. Arendt 1993: 452ff.). Darin behandelt sie die Paradoxie, die dem Begriff der Menschenrechte seit jeher anhaftet. Die Menschenrechte gelten als unabdingbar und unveräußerlich und können sich in ihrer Gültigkeit auf kein anderes Recht berufen, sondern bilden eher die Grundlage aller anderen Gesetze. Mit der Bildung des Nationalstaats wurde das Volk zum „Souverän in allen Angelegenheiten des öffentlichen Handelns“, der Mensch wurde zur „einzige[n] Autorität in allen Fragen von Recht und Unrecht. [...] So schien es eigentlich fast selbstverständlich, daß diese beiden Dinge: Volkssouveränität und Menschenrechte, einander bedingten und sich gegenseitig garantierten“ (ebd.: 454). Den Menschen an sich bzw. den „Menschen überhaupt“, der die Quelle und das Ziel der Menschenrechte darstellt, gibt es allerdings nicht, da jeder Mensch in irgendeiner Form menschlicher Gemeinschaft lebe und „sich schon qua Geschlecht durch *Pluralität* aus[zeichne]“ (Regner 2006: 149; Herv. i. O.). Und so wurden auch die Menschenrechte entworfen, um Rechte innerhalb einer gegebenen Gemeinschaft sicher zu stellen (vgl. Arendt 1993: 460). „Nicht aus dem bloßen Menschsein, sondern aus der *nationalen Zugehörigkeit* entsprängen Rechte“ (Regner 2006: 149; Herv. i. O.).

> „Nun stellte sich plötzlich heraus, daß in dem Augenblick, in dem Menschen sich nicht mehr des Schutzes einer Regierung erfreuen, keine Staatsbürgerrechte mehr genießen und daher auf das Minimum an Recht verwiesen sind, das ihnen angeblich eingeboren ist, es niemanden gab, der ihnen dies Recht garantieren konnte, und keine staatliche oder zwischenstaatliche Autorität bereit war, es zu beschützen“ (Arendt 1993: 455).

Asylsuchende, Geflüchtete, Staatenlose und Vertriebene sind demgemäß Rechtlose, deren Zustand aus der Tatsache hervorgeht, dass sie keiner Gemeinschaft mehr angehören. An der „fundamentalen Situation der Rechtlosigkeit“ (ebd.: 461) können auch die partikularen

Rechte, die Geflüchteten in Form einer Grundversorgung zuteil werden, nichts ändern, da sie kein Recht darauf haben, diese einzufordern. Vielmehr sind sie von der „Wohltätigkeit“ privater wie öffentlicher Instanzen abhängig.

> „Der Verlust der Menschenrechte findet nicht dann statt, wenn dieses oder jenes Recht, das gewöhnlich unter die Menschenrechte gezählt wird, verlorengeht, sondern nur wenn der Mensch den Standort in der Welt verliert, durch den allein er überhaupt Rechte haben kann und der die Bedingung dafür bildet, daß seine Meinungen Gewicht haben und seine Handlungen von Belang sind“ (ebd.: 461f.).

Damit spricht Arendt einen zentralen Aspekt an, der mit dem Verlust der Menschenrechte einhergeht, nämlich die politische Handlungsfähigkeit. Die Unfähigkeit politische Meinungen zu vertreten und danach zu handeln, kommt einem Verlust von Sprache im Aristotelischen Sinne gleich. Sie werden ihrer menschlichen Qualität beraubt und aus der „Menschheit überhaupt, und das heißt konkret aus jeglicher politischen Gemeinschaft, entfernt“ (ebd.: 464). Die Exklusion aus allen gesellschaftlichen Funktionssystemen bezeichnet Arendt als das „Überflüssigmachen“ von Menschen, in dem sie das größte Übel der modernen Gesellschaft erkennt.

Gleichzeitig brechen die Menschengruppen der Rechtlosen die „Kontinuität zwischen Mensch und Bürger, zwischen *Nativität und Nationalität*, Geburt und Volk auf [...] und [stürzen] damit die Ursprungsfunktion der modernen Souveränität in eine Krise“ (Agamben 2002: 140; Herv. i. O.). Sie „präsentier[en] die Krise der Menschenrechtsdeklaration nicht weniger als die der traditionell im Singular gedachten und auf die menschliche Natur reduzierten Idee der Menschheit. Für [sie] gibt es keine Instanz, bei der [sie] das Menschenrecht für sich einklagen könnte[n]“ (Meints-Stender 2006: 21). Als eine „Grenzexistenz“ führt die Figur des Geflüchteten die Prinzipien, auf denen der Nationalstaat gründet, an ihre Grenzen. Ihr Dasein gilt als ein temporäres, da ein dauerhafter Status als GeflüchteteR, als StaatenloseR, als Mensch nicht vorgesehen ist (vgl. Agamben 1995: 114ff.)

Vor diesem Hintergrund werden sowohl die Aktionen als auch die Forderungen der Refugees verständlich. Mit ihrer Selbstorganisation erheben sie sich aus der politischen Unmündigkeit und treten nicht länger als Bittsteller, sondern als politisch handelnde Subjekte auf, die ihre Rechte als Menschen einfordern. Sie haben sich für ihre Anliegen Sichtbarkeit und Gehör verschafft. Sie fordern eine längst überfällige Diskussion darüber ein, wie eine politische

Gemeinschaft beschaffen sein muss, um jedem Menschen seine unveräußerlichen Menschenrechte zu garantieren. „Im Zeitalter globaler Migrationsströme, von Flüchtenden und Arbeitssuchenden, kann der Erwerb der Staatsbürgerschaft weder auf das Territorial- noch auf das Abstammungsprinzip, sondern allein noch auf die Partizipation an einem politischen Gemeinwesen und am Alltag der Zivilgesellschaft gründen“ (Meints-Stender 2006: 21). Mehr noch forcieren die Refugees eine, in Zeiten voranschreitender Globalisierung, in denen der Einfluss des Staates immer weiter zurück gedrängt wird, dringend notwendig gewordene Erneuerung politischer Kategorien.

> „Zur Disposition steht nicht eine spezifische Benachteiligung, welche von Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel in einem Staat erlebt wird und gegen die aufzutreten sie unter Umständen auch bereit sind, sondern ein Zustand des prinzipiellen *Unbeteiligtseins*, das heißt eine Diskriminierung, welche sich unmöglich in dem *Diskrimen*, also Unterschied aufheben lassen wird, den der Staat zu repräsentieren beansprucht. Ihrer prekären Situation entsprechend riskieren Sans Papiers nichts anderes als ihr *Dasein*, wenn sie in Zonen postdemokratischer Indifferenz aufbegehren und ihre Lebensbedingungen öffentlich zu machen wagen. Sodass es ungeachtet der oberflächlichen Kontinuitäten zwischen den diversen Demonstrationen, die zur Geschichte des zivilen Ungehorsams gerechnet werden können und den aktuellen Refugee Struggles auch gravierende Differenzen gibt, die nicht zuletzt darin bestehen, dass Refugees eine relativ undifferenzierte und mithin verstörende Gleichheit zu präsentieren vermögen, eine demokratische *Gleichheit von* de facto *Staatenlosen*“ (Oberprantacher 2013; Herv. i. O.).

Vor diesem Hintergrund soll der HEUTE-Diskurs über den Refugee-Protest untersucht werden.

3.3. UNTERSUCHUNGSMATERIAL

Im diesem Kapitel wird das Untersuchungsmaterial vorgestellt. Auf die Charakterisierung der Tageszeitung HEUTE, die einen Überblick über das Medium, seine Organisationsstruktur und seine politischen Verbindungen gibt, folgt eine Besprechung des Textkorpus und eine Begründung der Materialauswahl.

3.3.1. Charakterisierung der Tageszeitung HEUTE

Die Tageszeitung HEUTE hat in den vergangenen Jahren enorm an Relevanz gewonnen. Sie liegt als Gratis-Zeitung in den meisten U-Bahn- und bei vielen Straßenbahnstationen zur freien Entnahme auf. Neuerdings findet man das Blatt auch immer öfter in verschiedenen Bäckerei-Filialen, in Krankenhäusern und an öffentlichen Orten. Durch ihre Eigenschaft als gratis „Pendler- oder U-Bahn-Zeitung" – wie „die HEUTE" häufig genannt wird, da die meisten Menschen sie zum Zeitvertreib lesen, während sie die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen – hat sie eine enorme Reichweite und eine relativ heterogene Leserschaft. Die aktuelle Media-Analyse verzeichnet für die Wien-Ausgabe von HEUTE einen Anstieg der Reichweite von 39,5% im Jahr 2008 auf 42% im Jahr 2012. Das entspricht 617.000 LeserInnen pro Ausgabe und bedeutet, dass HEUTE die Neue Kronenzeitung bei der Reichweite überholt hat. Dies gilt nur für das Bundesland Wien, für gesamt Österreich gilt die Kronenzeitung nach wie vor als „meistgelesene Zeitung Österreichs". HEUTE liegt bei der österreichweiten Erhebung mit 13% an zweiter Stelle (vgl. Media-Analyse 2012).

Die große Reichweite kann mit der Dichte des Ballungsraums erklärt werden, auf den das Geschäftsmodell von Gratiszeitungen ausgelegt ist. Die Entnahmeboxen für die Zeitungen werden an Knotenpunkten der Verkehrsbetriebe aufgestellt, wo sich die Konsumenten selbst bedienen. Dadurch kann die Zeitung ihre Kosten für den Vertrieb senken. Das Zielpublikum sind die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel, besonders jene, die regelmäßig mit den Betrieben des städtischen Nahverkehrs unterwegs sind (vgl. Dossier 2012).

Die Leserschaft der Tageszeitung HEUTE erscheint sehr heterogen. In Wien werden die „Öffis" von Menschen jeden Alters, Geschlechts, sozialen Status benützt. Grundsätzlich kann angenommen werden, dass besonders viele jener Menschen zur HEUTE greifen, die regelmäßig mit den Wiener Linien fahren. Darunter fallen Personen, die in Wien wohnen und für den Weg zur Arbeit/ Uni/ Schule oder in der „Freizeit" die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen und Personen, die nicht in Wien wohnen, aber aus beruflichen, familiären oder anderen Gründen regelmäßig nach Wien kommen. Aus der Media-Analyse, die ihre Messungen unterteilt nach Bundesländern, Geschlecht und Alter wird ersichtlich, dass die Reichweite von HEUTE bei der Lesergruppe der 14-19-Jährigen (21% Reichweite/ 132.000 LeserInnen täglich) am größten ist. Die Reichweite sinkt mit zunehmendem Alter der LeserInnen kontinuierlich (18% bei 20-29-Jährigen, 15% bei 30-39-Jährigen usw.) (vgl. Media-Analyse 2012).

Die relativ kostengünstige Produktion und Verteilung der Zeitung ermöglichen eine Finanzierung, die hauptsächlich von Inseraten getragen wird. Ein Großteil der Werbeanzeigen wird von der Stadt Wien und ihren Betrieben (darunter Wien Holding, Wiener Linien, Wien Energie, Wiener Wohnen uvm.) gekauft. Nicht umsonst wird die Stadt Wien gerne als Hauptfinanzier der HEUTE-Zeitung bezeichnet.

Die Nähe zur Stadt Wien und zur Sozialdemokratischen Partei (SPÖ), die ja bekanntlich den Wiener Bürgermeister stellt, wird aber nicht nur bei den Inseraten evident. Sie zeigt sich ebenso in den Verlags- und Eigentümerstrukturen. Herausgegeben wird HEUTE von der AHVV-Verlags GmbH, die vom SPÖ-nahen Steuerberater Gerhard Nidetzky gegründet wurde. Die Geschäftsführung teilen sich Eva Dichand, die Schwiegertochter des Gründers der Kronen Zeitung Hans Dichand und Wolfgang Jansky, der seit vielen Jahren enge berufliche Kontakte zu Werner Faymann pflegt (vgl. Dossier 2012).

Die engen Beziehungen zur Stadt Wien und der SPÖ bringen für die Tagszeitung HEUTE zwar wesentliche Vorteile, wie beispielsweise das Exklusivrecht von HEUTE als einzige Zeitung in den Stationen der Wiener Linien aufliegen zu dürfen. Es erheben sich aber auch berechtigte Zweifel an der Unabhängigkeit des Blattes.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt HEUTE im Dezember 2012 durch die äußerst rassistischen und gehässigen Formulierungen in einem Bericht zu einem Gewaltverbrechen in Klagenfurt. Die beiden Redakteure – die den mutmaßlichen Täter beschrieben als die „*Sorte Mann, die zum Glück eher hinter dem Halbmond lebt. In Ländern wo das Gesäß beim Beten höher ist als der Kopf*“(vgl. Der Standard 7.12.2012) – wurden zwar vorübergehend beurlaubt, aber nach wenigen Wochen wieder eingestellt.

3.3.2. Das Textkorpus

Um ein repräsentatives Untersuchungskorpus zu erstellen, wurden alle Printausgaben der HEUTE-Zeitung zwischen 18. Dezember 2012 und 4. März 2013 gesichtet. Diese beiden Tage markieren die Eckpunkte jenes Zeitraums, in dem sich die Refugee-Bewegung in der Votivkirche aufhielt und von dort aus agierte. Bei der Durchsicht der Zeitungen wurde besonders Ausschau gehalten nach allen Artikeln, in denen einer oder mehrere der als Schlagworte definierten Begriffe – „Refugees“, „Votivkirche“, „Asyl“, „Asylwerber“,

„Flüchtling(e)“ und „Protest“ – im Titel und/ oder im Text enthalten sind. Im gewählten Zeitraum sind 49 Ausgaben der Wien-HEUTE erschienen, in denen insgesamt 41 den Suchkriterien entsprechende Artikel gefunden wurden. Die Artikel wurden kopiert, chronologisch nach Erscheinungsdatum sortiert, in Mappen abgeheftet und nummeriert.

Die Repräsentativität des Korpus scheint gewährleistet, da alle Texte, die über den Protest der Flüchtlinge berichten oder diesen kommentieren, berücksichtigt werden. Nicht in das Korpus aufgenommen wurden Artikel zu verwandten Themen wie beispielsweise Asyl-Gesetzesänderungen, da diese keine Aussagen über die Darstellung des Protests in der Zeitung zulassen. Ebenfalls ausgenommen wurde ein auf den Protest reagierendes Inserat der FPÖ, welches am 22.01.2013 abgedruckt wurde.

Das erstellte Untersuchungsdossier umfasst alle Artikel, in denen zentral über den Protest berichtet wurde und erfasst somit das Ereignis der „Votivkirchenbesetzung“ in seinem diskursiven Verlauf.

3.4. GROBANALYSE

Durch die Grobanalyse wird die Struktur des Diskurses der HEUTE-Zeitung zu dem gewählten diskursiven Ereignis – der als „Besetzung“ bezeichneten Phase des Refugee-Protests – erfasst. Unter Struktur werden hier in Anlehnung an Jäger die zentralen formalen und inhaltlichen Merkmale der Artikel verstanden (vgl. Jäger/ Jäger 2003: 37f. und Jäger 2009: 191f.). Um Inhalt und Form der Texte des Untersuchungsdossiers für die Strukturanalyse zu erfassen, wurde einer Liste erstellt, in der Angaben zur Indizierung der Artikel festgehalten wurden. Diese umfassen folgende Daten: Erscheinungsdatum, Seite und Rubrik, Autor und Quelle, Titel und Untertitel, journalistische Textsorte, Stichworte zu Inhalt (Haupt- und Unterthemen), Verschränkungen mit anderen Ereignissen und/ oder Diskursen, Benennungen der Akteure und Zuschreibungen, die Modi der Diskursrepräsentation sowie etwaige Kollektivsymbole und Auffälligkeiten.

3.4.1. Formale Beschreibung

Idealformen journalistischer Texte

In der Literatur aus den Bereichen der Linguistik und Publizistik finden sich Richtlinien, die die Idealtypen der journalistischen Textsorten nicht nur deskriptiv darstellen, sondern auch präskriptiv vorgeben, wie Berichte und Nachrichten gestaltet werden sollen. Diese Vorgaben beziehen sich in erster Linie auf das Postulat der Objektivität, demgemäß in den tatsachenorientierten Textsorten Bericht und Nachricht keine Wertungen des Verfassers einfließen sollen (vgl. Gruber 1991: 104). Gruber unterscheidet gemäß Lüger bei den informations- bzw. tatsachenbetonten Textsorten zwischen Hard News, Soft News und Berichten.

Hard News werden charakterisiert durch einen relativ starren Textaufbau, dessen Gliederung einem „Schema der abnehmenden Wichtigkeit der Inhalte" folgt (ebd.: 106). Schlagzeile, also der Titel, und Lead geben Aufschluss über die wichtigsten Inhalte, die im Fließtext spezifiziert werden. Die Aufgabe von Hard News ist, die LeserInnen „sachlich, aktuell und umfassend" zu informieren, wofür in der Regel ein Leadstil verwendet wird, das heißt, „eine möglichst komprimierte Art der Darstellung (nominale Blöcke, komplexe Syntax, geringe Verständlichkeit […])" verfolgt wird (ebd.: 107).

Als einen Subtyp der Hard News definiert Gruber in Anlehnung an Warren die sogenannten Quote-Stories. Damit sind Nachrichtentexte gemeint, die überwiegend aus den Äußerungen Dritter bestehen. Gruber merkt an, dass

> „gerade die quote-stories jedem Journalisten eine interessante Möglichkeit zur unterschwelligen Wertung bzw. tendenziösen Berichterstattung bietet: Einerseits ist in diesem Texttyp die reine ‚Übermittlerfunktion' des Journalisten für den Leser am deutlichsten, sind doch solche Texte in den meisten Fällen tatsächlich nur eine Aneinanderreihung von Zitaten, gleichzeitig bietet sich hier aber für den Autor die Möglichkeit einerseits durch die Auswahl der Zitate und andererseits durch die Art der Redewiedergabe unterschwellige Wertungen zu transportieren" (ebd.: 107).

Soft News dienen weniger der Information als der Unterhaltung der LeserInnen und zeichnen sich durch ihre Möglichkeit zur Skandalisierung aus. Folglich werden hier besonders Themen aus dem Human-Interest-Bereich (das heißt Verbrechen, Skandale und Katastrophen)

behandelt. Die Textgestaltung soll vorrangig lektüreanregend sein, was durch Einleitung und Schluss des Textes erzielt wird. In dieser Textform können durchaus wertende und appellative Strategien des Autors vorkommen (vgl. ebd.: 107f.).

Der Bericht, in seiner idealen Form, ist die ausführlichere Version der Hard News, jedoch weniger nach dem Schema der „ansteigenden Spezifikationshierarchie“ (ebd.: 108) gestaltet. Ähnlich wie bei den Soft News wird eher eine chronologische Darstellung der Inhalte verfolgt, wobei bei dieser Textform auch häufig Zitate, Kommentare und Hintergrundinformationen eingefügt werden. Da dieser Texttyp sowohl Elemente der Hard News als auch der Soft News enthält, ist das Hauptkriterium zur seiner Unterscheidung die Textlänge.

Gemeinsam ist allen Textsorten, die im Modus der Nachrichten und Berichterstattung angesiedelt sind, dass sie Information transportiert, bei der vorausgesetzt und geglaubt wird, dass sie zutreffend und wahr ist (vgl. Luhmann 1995: 25).

Empirisch auftretende Textsorten

Die Unterscheidung der Textsorten nach den oben aufgestellten Kriterien erweist sich bei den hier zu untersuchenden Ereignissen und Sachverhalten insofern als problematisch, da sich schwer sagen lässt, inwieweit die Berichterstattung noch dem Bereich der Politik (Hard News) oder dem Bereich der Skandale (Soft News) zugehörig ist. „Die Textgestaltung kann deshalb nicht als Reflex des darzustellenden Themas angesehen werden, sondern vielmehr wird die Art der Textgestaltung entscheidend mitbeeinflussen, wie (bzw. als was) ein berichtetes Thema aufgenommen wird“ (ebd.: 109). Da die tatsachenorientierten Texte des Untersuchungskorpus ausschließlich im Chronik-Teil des Blattes untergebracht sind, liegt eine Zuordnung zum Bereich der Soft News näher. Jedoch folgt die Gestaltung der Texte im Wesentlichen dem Schema der Spezifikationshierarchie und die Nachrichten erfassen vorrangig die harten Fakten der Sachverhalte.

Die Kurzmeldungen sind eindeutig erkennbar an ihrer klaren grafischen Aufmachung, da sie entlang der Kopfseite des Blattes verlaufen und farblich von den anderen Nachrichten getrennt sind. Sie haben ausnahmslos einen Titel und einen Untertitel und geben mit ein bis

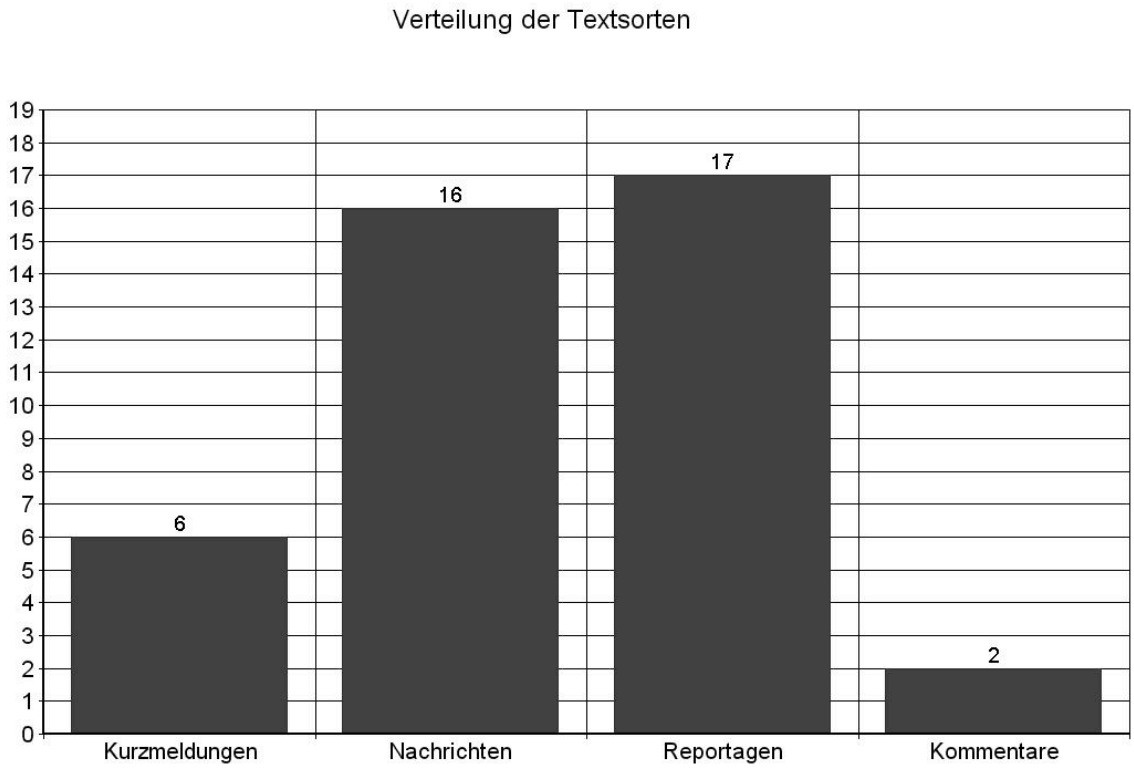
drei Sätzen eine knappe Information wieder. Autorenangaben fehlen bei dieser Darstellungsform.

Neben den Kurzmeldungen, die eindeutig als Hard News klassifizierbar sind, finden sich bei den faktenorientierten Texten Nachrichten und Reportagen. Die Nachrichten folgen in ihrer inhaltlichen Gestaltung dem Schema der Hard News wobei die Spezifizierung der im Titel (und, wenn vorhanden, im Lead) gegebenen Information häufig eher einer Wiederholung denn einer genauen Ausführung gleicht. In den Nachrichten werden in knapper Form Fakten zu bestimmten Sachverhalten geliefert.

Als Reportage wurden jene Texte klassifiziert, die Hintergrundinformationen liefern und Stimmungsbilder beschreiben. Der Reportage kommt die Funktion zu, „gesellschaftliche Ereignisse – wie sie vor Ort geschehen – darzustellen und zu kommentieren […]. Die Handlungen werden in ihrem Verlauf mit möglichst geringer zeitlicher Distanz dargestellt, konkrete Informationen über das Umfeld der Handlungen gegeben, Emotionen beschrieben und kommentiert“ (Matouschek, Wodak, Januschek 1995: 197). Reportagen sind somit als „persönlich gefärbte Situationsdarstellungen“ (Lüger nach ebd.: 197) zu verstehen, die sich vor allem aus „(direkten) Redewiedergaben, Hintergrundinformationen und der Beschreibung und Kommentierung von Handlungsabläufen“ (ebd.: 198) zusammensetzen.

Eine klare Trennung zwischen Nachrichten und Reportagen gestaltet sich insofern schwierig, als auch Texte, die dem Typ Nachrichten zugeordnet werden, häufig Zitate enthalten. Die Reportagen wiederum unterscheiden sich hinsichtlich der Textlänge mit durchschnittlich sechs bis neun Sätzen nicht von den Nachrichten, die enthaltenen Hintergrundinformationen sind spärlich gehalten, und folgen ebenfalls dem Schema der Spezifikationshierarchie. Typografische Gestaltungsmuster werden bei keinem der beiden Texttypen eingehalten. Nachrichten verfügen seltener als Reportagen über einen Untertitel und einen Lead. Auch Autorenangaben sind unregelmäßig, eher jedoch bei Reportagen vorhanden. Beide Texttypen sind in der Tageszeitung HEUTE mit Bildern ausgestattet, wobei die Artikel meistens von mehr als einem Bild begleitet werden.

Meinungsbetonte Texte finden sich nur zwei in dem 41 Artikel umfassenden Korpus. Beide stammen aus der Feder von Kardinal Schönborn, der seine Freitags-Kolumne vom 4.01.2013 und vom 18.01.2013 diesem Thema widmet. Von dem Redaktionsteam stammen keine meinungsbetonten Texte, die explizit als solche ausgewiesen sind.



Die HEUTE-Zeitung ist generell zurückhaltend mit der Publikation von meinungsbetonten Textsorten: Neben der wöchentlichen Kolumne mit dem Titel „Antworten von Kardinal Christoph Schönborn“ gibt es noch zwei Kommentare, die regelmäßig erscheinen. Das sind der Kommentar von Chefradakteur Christian Nusser in der Politiksparte auf Seite 4 bzw. 5. und der Kommentar von Christiane Tauzher in der Chronik. Leserbriefe erscheinen unregelmäßig. Zum Protest der Refugees finden sich in den Zeitungsausgaben vom Untersuchungszeitraum keine Leserbriefe.

3.4.2. Qualitativ inhaltliche Beschreibung

Die inhaltliche Beschreibung des Untersuchungsdossiers konzentriert sich auf drei inhaltliche Hauptthemen, nämlich das Ereignis der „Votivkirchenbesetzung“ insgesamt und den in diesem Zeitraum stattfindenden Vorgängen, die Forderungen und die diversen Akteure.

Die Grobanalyse soll ein erstes Verständnis davon liefern, wie der Protest der Refugees in der Berichterstattung kategorisiert und bewertet wird. Folglich ist die Untersuchung der

Benennungen und Etikettierungen der Ereignisse, Forderungen und Gruppen und die expliziten oder impliziten Zuschreibungen von Eigenschaften bzw. Verhaltensweisen zentral.

3.4.2.1. Aussagen zu den zentralen Themen

Das Ereignis „Votivkirchenbesetzung“

Die Berichterstattung beginnt mit einer Nachricht vom 19.12.2012, die vermeldet, dass „rund 30 Teilnehmer am ‚Flüchtlings-camp‘ im Sigmund-Freud-Park“ die Votivkirche „besetzt“ hätten. Der Text zitiert eine Aussendung der Refugees, wonach diese die Kirche als „Schutzraum“ nutzen wollen. Darüber hinaus wird berichtet, dass der Pfarrer der Votivkirche, „bisher ein Unterstützer des Protests“, über den Besuch der Refugees verärgert gewesen sei, aber schließlich „Erbarmen“ gehabt habe und sie vorerst in der Kirche bleiben ließ.

Am nächsten Tag folgt eine Nachricht, die darüber informiert, dass die Kirche „besetzt“ bleibe, bis das Innenministerium zu Gesprächen bereit sei. Diese und ähnliche Meldungen, welche die Aufrechterhaltung des Protests zum Inhalt haben, tauchen über die gesamte Berichterstattung hinweg immer wieder auf. So berichtet der Nachrichtentext am 24.12.2012, dass die Votivkirche auch über die Weihnachtsfeiertage „besetzt“ bleibt. In diesem Artikel wird erstmals von einer beheizten Notunterkunft berichtet, die von der Caritas zur Verfügung gestellt würde. Der Artikel schildert weiter, dass „die Flüchtlinge“ diese jedoch nicht beziehen wollen, ohne ihre Gründe zu erläutern. Sie würden „stattdessen“ – anstatt in die Unterkunft zu ziehen – ein Weihnachtsfest im Park vor der Kirche veranstalten, um die Durchführung der Christmette zu ermöglichen. In der folgenden Kurzmeldung vom 27.12.2012, welche die Aufnahme des Hungerstreiks zum Hauptthema hat, heißt es, dass es „weiter kein Einlenken der Asylwerber“ gibt. „Jene Asylanten, die seit über einer Woche die Votivkirche besetzt halten, wollen ihren Protest nicht stoppen“ (27.12.2012). Am nächsten Tag titelt HEUTE: „Skurrile Besetzung: Ende für Protest in Votivkirche!“ (28.12.2012). Dass die Besetzung weitergeht – „Ihren Kampf wollen sie erst aufgeben, wenn die Politik auf ihre Forderungen eingeht“ – und dass bei einer Solidaritäts-Demonstration hunderte Menschen für die Flüchtlinge auf die Straße gingen, berichtet der Nachrichtentext am 31.12.2012. Es folgt die Ankündigung einer Demonstration und die wiederholte Information, dass sich „nach wie vor rund 40 Asylwerber“ in der Votivkirche aufhalten (2.01.2013). Auch die Nachricht am 3.01.2013 meldet, dass „der Protest in der Votivkirche […] trotz Gesprächs mit der

Innenministerin weitergehen [soll]“ und dass „die Besetzung […] noch mehrere Monate dauern [könnte]“. Mit der Erwähnung, dass „knapp 35 der 100 Asylwerber in der Votivkirche […] im Hungerstreik [bleiben]“, wird die Aufrechterhaltung des Protests auch in der Nachricht am nächsten Tag wieder thematisiert (4.01.2013). Am selben Tag widmet auch Kardinal Schönborn seinen wöchentlichen Kommentar dem Refugee-Protest, der das Ereignis als „Schutzsuche“ und nicht als „Besetzung“ bezeichnet. Daneben greift er aber auch das Thema der Erpressung auf, indem er die Politik darin bestätigt, dass „wir […] uns nicht erpressen lassen [dürfen]“, jedoch auch darauf hinweist, dass es sich „zuerst einmal um Menschen“ handelt. Der nächste Artikel vom 7.01.2013 ist – abgesehen von einem Statement von Caritas-Präsident Küberl in der Länge eines Satzes am Ende des Textes – ausschließlich dem FPÖ Partei-Chef H.C. Strache gewidmet, der seine Ansichten zum Protest und den Refugees kund tut. In Titel und Lead des Textes vermittelt HEUTE seine Forderungen, nämlich „Schubhaft und Zwangsernährung“ für die „Kirchenbesetzer“. Im Fließtext werden die LeserInnen sodann aufgeklärt: „Innenministerium, Caritas und Kirchenvertreter würden sich von den Besetzern ‚am Nasenring herumführen‘ lassen, ortet Strache einen ‚Affentanz‘ rund um die seit Wochen besetzte Votivkirche in Alsergrund. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner müsse ‚ihrer Arbeit nachkommen‘, andernfalls würden ihr ‚rechtliche Konsequenzen‘ drohen“. Am 18.01.2013 behandelt Kardinal Schönborn das Ereignis wieder in seiner Kolumne, wo er sich zum einen gegen die Forderung der FPÖ nach Schubhaft und deren Unterstellung, dass es sich bei den Refugees um Asylbetrüger handle, wendet und zum anderen betont, dass die Kirche sowie der Protest auf dem Boden der österreichischen Gesetze stünde. Es folgen in der Berichterstattung eine Kurzmeldung zur Unterbrechung des Hungerstreiks (23.01.2013) und ein längerer Text, der mit dem Titel „Flüchtlinge drohen mit Massen-Demo“ (24.01.2013) eine geplante Ausweitung des Protests mit Aktionen in ganz Europa thematisiert. Ähnlich lautet der Titel des Artikels vom 13.02.2013: „Votivkirche: Samstag droht Asyl-Großdemo“. Am Tag darauf wird berichtet, dass es aufgrund des Hungerstreiks, in dem die Refugees „bleiben wollen“, ein Dutzend Rettungseinsätze gegeben habe (14.02.2013). Am 15.02.2013 wird erstmals das Verlassen der Votivkirche thematisiert, das die Refugees nach der Demonstration am Samstag mit Kirche und Caritas verhandeln wollen und auch vom Bundespräsidenten in einem Brief an die Refugees empfohlen wird. In der nächsten Ausgabe von HEUTE verkündet ein Artikel, dass „[n]ach unzähligen Gesprächen mit der Caritas und Asyl-Experten […] zumindest drei Flüchtlinge davon überzeugt werden [konnten], in andere Quartiere in der Stadt zu ziehen“ (18.02.2013). Es

folgt die Meldung, dass der Hungerstreik beendet wurde, womit man „‚abermals einen konstruktiven Schritt setzen' [wolle]. Den Schritt die Votivkirche zu verlassen, gingen die Asylwerber am Montag aber noch nicht" (19.02.2013). Am 20.02.2013 wird berichtet, dass Caritas-Direktor Michael Landau nach dem Ende des Hungerstreiks und der Übersiedlung von drei Flüchtlingen in die angebotenen Quartiere, „nun auf weitere positive Schritte der Flüchtlinge [hofft]". Der letzte Artikel des Untersuchungskorpus thematisiert schließlich den Umzug der Refugees ins Servitenkloster (4.03.2013).

Die Forderungen

Die Forderungen der Protestierenden stellen in der vorliegenden Berichterstattung eher ein Randthema dar; zwar werden einige Forderungen in vereinzelten Artikeln erwähnt, es findet sich jedoch im gesamten Textkorpus kein Artikel, der die Forderungen des Protest zum Hauptthema hat. Am 20.12.2012 berichtet HEUTE, dass die AktivistInnen Gespräche mit dem Innenministerium fordern. Die Kurzmeldung zur Aufnahme des Hungerstreiks führt, beispielhaft für die Forderungen, welche die Flüchtlinge „durchsetzen wollen", jene nach einem „Bleiberecht für alle Flüchtlinge" an (27.12.2012). Die Nachricht vom 3.01.2013 dreht sich einerseits um das Treffen mit der Innenministerin, bei dem „die Forderungen der Flüchtlinge […] aber nicht erfüllt worden [seien]" und führt „rasche und faire Asylverfahren, Zugang zum Arbeitsmarkt und keine entlegenen Asylheime" als Forderungen an. Andererseits thematisiert die Nachricht den Deutschunterricht – eine „Forderung der Protest-Organisatoren", die „bereits erfüllt" wird – den „Lehrer freiwillig" abhalten (3.01.2013). Dass die Refugees „nicht von ihren Forderungen nach Änderungen im Asylwesen abweichen", berichtet HEUTE am 4.01.2013. In derselben Ausgabe schreibt Schönborn in seiner Kolumne von „bescheidenen Anliegen (arbeiten zu dürfen oder menschenwürdiges Wohnen)", der Refugees und von „notwendigen Verbesserungen in der Flüchtlingsbetreuung". Ähnlich klingen die Äußerungen von Wiens Bürgermeister Michael Häupl, dessen Sichtweise in einer Nachricht vom 9.01.2013 thematisiert wird: „Häupl […] zeigte ‚Verständnis für manche Anliegen der Flüchtlinge'. Die Überbelegung des Lagers in Traiskirchen sei ‚menschenunwürdig', eine Änderung des Asylgesetzes durch den Bund dringend notwendig: ‚Wer legal hier lebt, soll auch legal hier arbeiten dürfen'". Die Nachricht am nächsten Tag erwähnt, dass die „Flüchtlinge selbst […] am Mittwoch erneut die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber [forderten]" (10.01.2013). In seinem zweiten Kommentar zum

Ereignis betont Schönborn „wir werden weiter auf notwendige Verbesserungen der Gesetze drängen“ und konkretisiert die Notwendigkeit mit einem Beispiel von Flüchtlingen, die in Österreich kein Asyl bekommen haben, denen aber auch von ihrem Heimatland die Rückkehr verwehrt bleibt (4.01.2013). In einer Kurzmeldung vom 30.01.2013 wird Schönborn mit den Worten, dass „realistische Forderungen […] wünschenswert [wären]“ indirekt zitiert. Angesprochen werden die Forderungen dann erst wieder am 19.02.2013 in einer Nachricht zum Ende des Hungerstreiks: „Sie verlangen jetzt eine Garantie, dass alle von ihnen zumindest in der EU bleiben dürfen. Nichtsdestotrotz begrüßte die Caritas das Ende des Hungerstreiks“. Die Caritas wiederum „möchte den Flüchtlingen klarmachen, ‚dass es keine Gruppenlösung geben kann‘“, wie die Nachricht vom 26.02.2013 zur Festnahme eines Flüchtlings erläutert. Die Nachricht vom 28.02.2013 berichtet über den „Schönborn-Appell“, der an die Flüchtlinge geschrieben habe, sie sollen doch „bitte […] vernünftig [sein] und […] sich nicht in der Votivkirche wegen einer Illusion [i]hre realen Hoffnungen zunichte [machen]“, da es „nach österreichischem Recht keine Garantien für ein Bleiberecht“ gebe.

Die Akteure

In den Protest war eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure involviert. In der Berichterstattung treten neben den Hauptprotagonisten des Protests, also der Refugee-Bewegung, auch die Kirche und die Caritas auf sowie das Bundesministerium für Inneres (BMI) und die Polizei. In der nachstehenden Ausführung werden die Kirche und die Caritas als eine Akteursgruppe zusammengefasst, ebenso das BMI und die Polizei. Dies erscheint insofern gerechtfertigt, als die Caritas als kirchliche Organisation im Endeffekt der Kirche und Kardinal Schönborn untersteht. Die Polizei wird als Handlungsorgan des BMI verstanden, weshalb auch hier ein Zusammenschluss unter eine Akteursgruppe legitim scheint. Wo es notwendig ist, die einzelnen Akteure einer Gruppe getrennt zu betrachten, wird dies auch getan, was besonders bei der Gruppe der Protesttragenden der Fall ist.

Einige Artikel schreiben von den „Votivkirchen-Besetzern“ (u.a. 27.12.2012, 8.01., 9.01.2013) bzw. den „Besetzern“ (u.a. 7.01., 10.01., 19.02.2013), was in der Tageszeitung HEUTE die gängige Bezeichnung für die gesamte Refugee-Bewegung zu sein scheint. In den meisten Texten werden die Protesttragenden aber getrennt bezeichnet und/ oder inhaltlich

getrennt behandelt. So berichten die Artikel aber von „Asylwerbern und Aktivisten“, die die Votivkirche besetzen (20., 21.12.2012).

Die AktivistInnen werden als „Organisatoren der Besetzung“ bezeichnet und als „Chaoten, die die Not dieser Menschen instrumentalisieren“ (24.12.2012), im nächsten Artikel sind sie die „Hintermänner der Votivkirchen-Proteste“, die „mit Gerüchten die Angst der Asylanten [schüren]“ und „die Lage der Asylwerber aus[nützen], um sich Gehör zu verschaffen“ (28.12.2012). Dieser Artikel schildert auch, dass die Aktivsten die Asylsuchenden gegen die Caritas aufhetzen, indem sie behaupten, der von der Caritas ausgeschenkte Tee sei vergiftet. Im Nachrichtentext vom 7.01.2013 wird eine Äußerung von Caritas-Präsident Küberl wiedergegeben, der zufolge die „Situation in der Votivkirche ‚verzwickt‘ [sei]“, da man nicht wisse, „wo die als Organisator auftretende bayrische Initiativgruppe ‚hingehört und was sie will‘“. Am darauffolgenden Tag werden die AktivistInnen noch mit den Worten des Wiener VP-Chefs Manfred Juraczka – „linkesextreme Anarchos, die notleidende Menschen instrumentalisieren“ – und der SP-Abgeordneten Gabriele Mörk – es „spielen hier Dritte ein eigenes Spiel mit Asylwerbern“ – charakterisiert (8.01.2013). Eine Nachricht am 9.01.2013 meldet, dass die FPÖ Anzeige gegen die „Camp-Organisatoren“ erstattet habe, da laut FPÖ „etwa SOS Mitmensch, Asyl in Not, die Kommunistische Jugend, die Plattform no-racism.net, aber auch der bayerische (sic!) Aktivist Hans Georg Eberl im Verdacht [stünden], zum Gesetzesbruch aufgefordert, religiöse Lehren herabgewürdigt und öffentliches Ärgernis erregt zu haben“. In der Kolumne von Kardinal Schönborn werden die AktivistInnen, als jene bezeichnet, „die politisches Kapital daraus ziehen wollen, indem sie die Flüchtlinge aufstacheln“ (18.01.2013) und der Text vom 29.01.2013 berichtet, dass der Kardinal die AktivistInnen „rügt“, die eine „‚Änderung des Systems um jeden Preis‘ [wollen], koste es auch die Gesundheit der Flüchtlinge“. „Diese Ideologen scheuen vor nichts zurück“ und würden keine Hilfe leisten. Dieser Angriff wird in einer Kurzmeldung am nächsten Tag relativiert, wo Schönborns Stellungnahem im ORF wiedergegeben wird, wo er sich davon distanziert, die Helfer attackiert zu haben (30.01.2013). Ansonsten berichten die Artikel davon, dass die AktivistInnen Forderungen nach Gesprächen mit dem BMI (20.12.2012) und nach Deutschkursen stellen (3.01.2013) und gemeinsam mit den Flüchtlingen die Votivkirche besetzt halten (u.a. 20.12.2012, 16.01.2013).

Die Asylsuchenden werden in der Berichterstattung hauptsächlich als „die Flüchtlinge“, „die Asylweber“, mehrmals auch als „die Asylanten“ (u.a. 24.12., 27.12., 28.12.2012) bezeichnet.

Die Darstellung der Flüchtlinge erfolgt in erster Linie über die Schilderungen ihrer Aktivitäten im Rahmen des Protests, in denen besonders die Unnachgiebigkeit der Asylsuchenden betont wird. So finden sich immer wieder Formulierungen wie „wollen ihren Protest nicht stoppen“ (27.12.2012), „schlugen das Caritas-Angebot erneut aus“ (4.01.2013), „harren aus“ (13.02.2013), „wollen in Hungerstreik bleiben“ (14.02.2013) (siehe dazu auch die unter dem obigen Punkt „Das Ereignis der Votivkirchenbesetzung“ erfassten Aussagen). Das häufig auftretende Thema der Instrumentalisierung durch die AktivistInnen lässt die Refugees eher passiv erscheinen, die dabei als Opfer von politischem Missbrauch dargestellt werden. Darüber hinaus wird berichtet, dass die Refugees die „helfende Caritas kritisieren“ (4.01.2013 und 14.02.2013) bzw. Kardinal Schönborn „frontal angreifen“ (22.02.2013). Gegen Ende der untersuchten Berichterstattung häufen sich Nachrichten, welche die Festnahme von Asylsuchenden in Schubhaft (17.01.2013, 26.02.2013), die Abschiebung eines Geflüchteten nach Ungarn (6.02.2013), weitere drohende Abschiebungen aufgrund negativer Asylbescheide (15.02.2013) und das Verstreichen der Antragsfristen (22.02.2013) thematisieren. Ansonsten überwiegen Darstellungen der Asylsuchenden als „notleidende Menschen“ (24.12.2012, 08.01.2013), die besonders in den Kolumnen von Kardinal Schönborn zentral sind (4.01., 18.01.2013).

Kirche und Caritas kommen dem gegenüber in der Berichterstattung äußerst positiv weg. Die Caritas steht „Seite an Seite mit den Flüchtlingen“ (20.12.2012), stellt den Asylsuchenden eine beheizte Notunterkunft bereit (24.12.2012, 4.01.2013), schenkt Tee aus (24.12.2012), leistet gute Arbeit (9.01.2013), erwirkt gemeinsam mit Kardinal Schönborn mit Gespräche eine Unterbrechung des Hungerstreiks (23.01.2013), sorgt mit der Kirche für den Schutz der Flüchtlinge (31.01.2013), gibt die Hoffnung nicht auf (7.02.2013), ist über den Gesundheitszustand der Hungerstreikenden besorgt (14.02.2013), konnte nach unzähligen Gesprächen drei Flüchtlinge überzeugen in ein anderes Quartier zu siedeln (18.02.2013), begrüßt das Ende des Hungerstreiks (19.02.2013), hofft auf „weitere positive Schritte der Flüchtlinge“ (20.02.2013), hat einen „langen Atem“ (22.02.2013) und möchte „den Flüchtlingen klarmachen, dass es keine Gruppenlösungen geben kann“ (26.02.2013).

Die Darstellung des BMI und der Polizei verläuft knapp und sachlich. Regierungsvertreter nehmen am Runden Tisch teil (21.12.2012). Am 28.12.2012 wird über eine geplante Räumung von Kirche und Camp berichtet, über die das BMI und die Polizei in einer „Geheimsitzung“ beraten haben, da sie „inzwischen […] die Geduld mit den Protestierenden

verloren [haben]“. Der Titel der Nachricht vom 31.12.2012 lautet „Asyl-Camp: Politik verteidigt Räumung“, der Text geht darauf aber nicht weiter ein und erwähnt nur, dass „Innenministerin Johanna Mikl-Leitner […] ein Gespräch sowie strukturelle Änderungen im Asylwesen (‚funktioniert gut‘) ab[lehnt]“, als Entgegenkommen jedoch die Flüchtlingsquartiere prüfen werde. Zwei Ausgaben später, am 3.01.2013, wird berichtet, dass das erste Treffen mit der Innenministerin ohne Ergebnis blieb und die Besetzung deshalb weitergehe. Die „Behörden greifen durch“ und nehmen vier der refugees in Schubhaft (17.01.2013), das BMI verweigert ein zweites Treffen (24.01.2013) und fordert die Asylsuchenden in einem Schreiben auf, „in Notquartiere zu ziehen und aktiv an ihren Verfahren mitzuwirken“ (28.01.2013). Es folgt eine Nachricht, die über die Abschiebung von einem Geflüchteten nach Ungarn informiert (6.02.2013). In der Nachricht vom 13.02.2013 wird die interne Evaluierung zur Räumung des refugee-Camps im Sigmund-Freud-Park zitiert, laut der „[d]as Einschreiten der Wiener Polizei […] ‚durchgehend den geforderten Grundsätzen der Deeskalation und Verhältnismäßigkeit entsprochen‘ [habe]“. Dass sich die Anzahl der negativen Asylbescheide seit der Besetzung erhöht habe und über 20 der Refugees davon betroffen sein sollen, wird in der Nachricht vom 15.02.2013 erwähnt. Die Fremdenpolizei nimmt zwei weitere Refugees fest (26.02., 1.03.2013). Das BMI sagt zu, jeden der 26 negativen Asylbescheide einzeln zu prüfen (4.03.2013).

3.4.2.2. Kollektivsymbole und Topoi

Die Verwendung von Kollektivsymbolen in den Texten ist eher zurückhaltend. Dominierend sind Bilder, die den Widerstand und die Unnachgiebigkeit der ProtestträgerInnen vermitteln, wie „harren aus“, „halten besetzt“, „bleiben in Hungerstreik“, „wollen nicht stoppen“ usw. Daneben finden sich Begriffe, die ein Bild von Chaos und Denormalität und Bedrohung skizzieren, die auffälligsten sind: „skurril“, „Chaoten“, „Angst“, „Panik“, „Anarchos“, „Massen-Demo“, „Verwirrung“. Auch Symbole aus den Bedeutungsfeldern von Konflikt und Gewalt tauchen auf, zum Beispiel „Kampf“, „verhärtete Fronten“, „Mitstreiter“, „Ultimatum“, „Hungerstreik“, „Erpressung“, „Polit-Streit“, „Beitragstäter“, „angreifen“.

Es kommen aber auch Symbole der Normalisierung bzw. der Annäherung wie „Zugeständnis“, „Dialog“, „Miteinander“ und „Deeskalation“ vor, wenn auch in geringerem

Ausmaß. Ansonsten sind in den Texten noch religiöse Bilder wie „Evangelium“, „Gotteshaus“ und „Nächstenliebe“ enthalten.

3.4.2.3. Modi der Diskursrepräsentation

Was die Darstellung des sekundären Diskurses anbelangt, so zeigt sich, dass die HauptprotagonistInnen des Protests, also die Asylsuchenden und die AktivistInnen, verhältnismäßig selten zitiert werden. Die Repräsentation des Diskurses erfolgt vorrangig über die Redewiedergaben der Caritas sowie von politischen und kirchlichen Autoritäten. Darüber hinaus finden sich mehrere Artikel, die ausschließlich die Meinungen von Partei- oder Caritas- oder Kirchenvertretern zum Inhalt haben; die Stadtpunkte der FPÖ bzw. von Parteichef Strache, des Wiener Bürgermeisters Häupl und des Caritas-Direktors Landau sind dabei die prominentesten.

Hinsichtlich der Qualität der Redewiedergaben sticht ins Auge, dass die gewählten Zitate der ProtestträgerInnen die SprecherInnen und somit die gesamte Gruppe, für die sie sprechen, eindeutig negativ charakterisieren. Als piktoralen Stil bezeichnet Fairclough (nach Gruber 1991: 142) diese Form der Diskursrepräsentation, bei welcher der „berichtete Diskurs nicht nur als Transportmittel einer inhaltlichen Bedeutung angesehen [wird] sondern auch als Charakterisierung eines bestimmten Sprechers in einer bestimmten Situation“ (ebd.: 142). Gerade jene Zitate in „sprechercharakterisierender Form“ (ebd.: 134) werden im Original wiedergegeben, wodurch die Angriffe und die Böswilligkeit der AktivistInnen und die Unnachgiebigkeit der Refugees betont werden: „‚Das ist ein Gotteshaus – Gott ist für alle da. Wir brauchen keine Erlaubnis vom Pfarrer, hier zu sein’, so der Sprecher des Flüchtlingscamps am Mittwoch“ (HEUTE, 20.12.2012).

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass HEUTE bei den Redewiedergaben von ProtestträgerInnen eine Anonymisierung praktiziert, indem als Quelle immer nur auf einen „Sprecher“ oder „Vertreter des Protests“ verwiesen wird, die Personen jedoch nicht namentlich genannt werden. Im Gegensatz dazu finden sich bei allen Zitaten von PolitikerInnen, Caritas- oder Kirchenvertretern namentliche Nennungen.

3.4.3. Zusammenfassende Interpretation

Es lässt sich bereits nach der Grobanalyse eine tendenziöse Berichterstattung feststellen, bei der HEUTE eine Negativdarstellung des Protests und seiner TrägerInnen betreibt. Die Texte rücken die Unnachgiebigkeit der Protestierenden in den Vordergrund und wertet diese als unvernünftig. Zudem evozieren die Artikel eine Vorstellung eines bedrohlichen Chaos, das dazu beiträgt, den Protest als unseriös wahrzunehmen. Auch die Anspielungen auf die Lächerlichkeit des Spektakels lassen den Protest als nicht ernst zu nehmend erscheinen.

So fällt zunächst einmal auf, dass der Aufenthalt der Refugees in der Votivkirche über die gesamte Berichterstattung hinweg als „Besetzung" bezeichnet wird. Der Begriff „Besetzung" steht für die vorübergehende oder dauerhafte Inbesitznahme eines Ortes oder Gebäudes, die in der Regel gegen den Willen des Eigentümers und somit unrechtlich geschieht. Besetzungen können aber auch geduldet sein. Etymologisch verwandt ist der Begriff „Besetzung" mit dem der Okkupation, der einen Konnex zu Gewalt und Militarismus herstellt. Der Terminus „Besetzung" ist aber nicht ausschließlich negativ konnotiert. In der gegenwärtigen Protestkultur gilt die Besetzung als eine gewaltfreie Maßnahme, die dazu dient einen Raum einzunehmen, in dem die Artikulation von Bedürfnissen und Forderung möglich wird. Aufgrund des Aufsehens, das Besetzungen erregen können, sind sie auch ein beliebtes Mittel, um mediale Aufmerksamkeit für den Protest bzw. seine Inhalte zu generieren und somit eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und gegebenenfalls zu mobilisieren. Zwar haben auch einige der ProtesteilnehmerInnen und SympathisantInnen den Begriff der Besetzung verwendet, die Refugees selbst haben jedoch bei mehreren Pressekonferenzen und Interviews betont, dass sie das Ausweichen in die Kirche weniger als eine Protestmaßnahme verstehen, sondern dass sie hier Schutz gesucht und die Erlaubnis der Kirche für ihren Aufenthalt hatten (vgl. Polylog, 26.02.2013). Diese Perspektive wird in der Berichterstattung von HEUTE nicht berücksichtigt und das Thema Kirchenasyl als legitime Form des Schutzes gänzlich ausgespart. Die einseitige Klassifizierung des Ereignisses als Besetzung stellt den widerständischen und provokanten Aspekt der Aktion in den Vordergrund.

Das Verlassen der Kirche, das ein Ende des Protests impliziert, wird als konstruktiver und positiver Schritt bezeichnet, auf den (nicht nur) die Caritas hofft und von dem die Flüchtlinge überzeugt werden sollen.

Betont wird der Widerstand auch durch die ständigen Angaben zur Dauer und Aufrechterhaltung des Protests in Verbindung mit Temporaladverbien: „Weiter kein Einlenken der Asylwerber“ (27.12.2012), „Besetzung geht auch nach mehr als drei Monaten weiter“ (16.01.2013), „die Flüchtlinge, die die Votivkirche immer noch besetzt halten“ (6.02.2013), „nach mehr als zwei Monaten entspannt sich die Lage endlich“ (20.02.2013) (Herv. S.K.).

> „Die protestierenden Asylwerber wollen die Votivkirche auch über die Weihnachtsfeiertage besetzt halten. Einziges Zugeständnis: Heute um 24 Uhr laden sie in den Freud-Park zu einem ‚Weihnachtsfest’ – und räumen damit die Kirche für die Christmette“ (24.12.2012).

Dieser Textabschnitt ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Das kopulative, sprich anreihende Konjunktionaladverb „auch“ im ersten Satz baut eine Beziehung auf, die anzeigt, dass die Refugees zudem, was sie bereits getan haben, noch etwas tun – nämlich über die Weihnachtsfeiertage hinweg in der Kirche bleiben. Dadurch erfährt die Tatsache, dass sich die Asylsuchenden in der Kirche aufhalten eine Bedeutungssteigerung. Die freiwillige Räumung der Kirche für die Mette wird als „einziges Zugeständnis“ bezeichnet. Der Begriff Zugeständnis steht für ein Entgegenkommen. Dies impliziert, dass das Verhalten der Refugees bis auf diese einzige Ausnahme aufsässig ist, was zur Betonung der Provokation und Widerständigkeit beiträgt. Bei der Reihenfolge, in welcher der Text die Information vermittelt, fällt auf, dass das Aufrechterhalten des Protests zuerst genannt wird, während die Räumung der Kirche für die Mette erst danach und mittels einer wertenden Aussage erwähnt wird. Die Abfolge der Inhalte ist insofern interessant, als die eigentlich relevante und neue Information des Artikels – nämlich die Räumung der Kirche für die Messe – der Angabe über die Aufrechterhaltung des Protests nachgereiht wird.

Zentral ist das Thema der Instrumentalisierung der Asylsuchenden durch die AktivistInnen, das eine Kritik an dem Protest ermöglicht, ohne dafür die Asylsuchenden selbst kritisieren zu müssen. Die AktivistInnen sind in den Berichten von HEUTE klar die Bösen, die den Geflüchteten den Protest, die Besetzung und den Hungerstreik einreden und sie gegen die helfende Caritas aufstacheln. Die AktivistInnen werden ganz explizit als Unmenschen dargestellt, die eigene Interessen durchsetzen wollen und gewillt sind, dafür über Leichen zu gehen. Die Eigenschaften und Haltungen, die ihnen zugeschrieben werden, umfassen

Aggressivität, Rücksichtslosigkeit, Extremismus und ideologisch motivierte Unvernunft. Unklar bleibt, wer genau diese AktivistInnen tatsächlich sind, welche Interessen sie verfolgen, ob diese in Einklang mit den Interessen der Asylsuchenden stehen und welche Beweggründe sie haben. Man könnte meinen, sie haben sich in den Protest nur eingebracht bzw. ihn organisiert, um Unruhe zu stiften. Das Bezeichnen der AktivistInnen als „Dritte" signalisiert, dass es sich um außenstehende Personen handelt, sie sich in eine Angelegenheit einmischen, für die sie nicht zuständig sind. Verstärkt wird die Anspielung durch die unpräzise Information, dass es sich um eine Gruppe aus Bayern handle. Der Umstand, dass die vermeintlichen OrganisatorInnen aus Deutschland stammen, lässt ihre Beteiligung an dem Protest illegitim erscheinen.

Den Refugees wird in zweifacher Hinsicht eine Opferrolle zugeschrieben. Zum einen sind sie Opfer der AktivistInnen, von denen sie ausgenutzt werden und gegen deren Einflussnahme sie sich scheinbar nicht wehren können. Diese Zuschreibung wird in den Texten nicht direkt angesprochen, ist jedoch implizit in der Aussage, dass die Flüchtlinge von den AktivistInnen „missbraucht" werden, enthalten. Zum anderen werden sie als Opfer widriger Umstände, nämlich der Flucht und der schlechten Bedingungen in Asyllagern, dargestellt. Entsprechend häufig ist von der „Not der Flüchtlinge" die Rede. Die Charakterisierung der Refugees als Opfer lässt sie passiv, hilflos und unselbstständig erscheinen und bereitet den Boden für einen Mitleids- und Bevormundungsdiskurs. Sowohl Mitleid als auch Bevormundungen werden in den wiedergegebenen Äußerungen der Caritas bzw. der Kirche evident; zum Beispiel wenn Caritas-Präsident Küberl mit den Worten zitiert wird, dass „Flüchtlinge [...] akzeptieren [müssen], dass man nicht gleich alles erhält, wenn man etwas fordert" (7.01.2013), oder Caritas-Direktor Landau meint, sie „müssten [...] lernen, dass in einem Rechtsstaat Kompromisse unabdingbar sind" (20.02.2013).

Die Caritas wiederum steigt in den Artikeln relativ gut aus. Sie wird als der wahre Helfer – im Unterschied zu den AktivistInnen – dargestellt: Sie schenkt Tee aus, steht „Seite an Seite mit den Flüchtlingen", bietet ihnen gemeinsam mit der Kirche Schutz, initiiert Verhandlungsgespräche, stellt beheizte Notunterkünfte zur Verfügung, leistet gute Arbeit, ist in Sorge um die Hungerstreikenden usw. Im Gegenzug dazu wird ihr von den Protestierenden Kritik und Misstrauen entgegengebracht, so die komprimierte Darstellung in HEUTE.

Von BMI und Polizei zeichnet HEUTE ein sachliches Bild. Diese kommen einfach ihrer Arbeit nach und handeln nach den gesetzlichen Vorgaben. Zur heftig kritisierten Räumung des Camps wird der positive interne Evaluierungsbericht zitiert, welcher der Polizei ein Vorgehen gemäß den Grundsätzen der Deeskalation und eine plausible rechtliche Begründung bescheinigt. Die Festnahmen und Abschiebungen werden als ein Durchgreifen des Rechtsstaates dargestellt und mit dem Argument des illegalen Aufenthalts der Asylsuchenden begründet. Es wird darauf angespielt, dass die Protestierenden an den negativen Asylbescheiden selbst Schuld hätten, da sie aufgrund des Protests die Fristen nicht eingehalten und keine ordentliche Meldeadresse hätten.

Es kann also zusammenfassend konstatiert werden, dass HEUTE-LeserInnen den Protest als ein teils provokantes, teils lächerliches Spektakel erfahren, bei dem eine Gruppe von böswilligen AktivistInnen leidende Flüchtlinge ausnutzen und dabei über Monate hinweg die Caritas, die sich als kirchliche Organisation der Nächstenliebe verschrieben hat, auf Trab hält. Der Protest ist folglich nicht wirklich ernst zu nehmen, da er zum einen fremdgesteuert ist und somit auch die Kritik an den Verhältnissen im Asylsystem und den Asyllagern nicht authentisch ist. Auch die als unrealistisch bezeichneten und präsentierten Forderungen tragen dazu bei, den Protest und seine Inhalte als nicht legitim zu erachten. An der Legitimität des Protests kratzt zudem der Umstand, dass sich die Protestierenden, wie suggeriert wird, sehr unvernünftig verhalten und die angebotenen, gesetzlich möglichen Lösungsvorschläge ablehnen.

3.5. FEINANALYSE

Für die Feinanalyse wurden für die Berichterstattung der Tageszeitung HEUTE typische Artikel ermittelt, anhand derer exemplarisch veranschaulicht werden soll, wie der Diskurs über den Refugee-Protest wirkt, wobei die filigranen Formen und Inhalte der Berichterstattung herausgearbeitet werden. Die Feinanalysen sind vor dem Hintergrund der vorangegangenen Strukturanalyse zu lesen.

3.5.1. Typische Artikel

Die für die Analyse ausgewählten Artikel werden in mehrfacher Hinsicht als typisch für die Berichterstattung von HEUTE erachtet. Inhaltlich sind sie repräsentativ, da sie sowohl das Verhalten der AktivistInnen und der Refugees als auch das Handeln der Caritas zum Thema haben. Diese Themen tauchen in den untersuchten Texten immer wieder auf. Die Schilderungen der einzelnen Akteursgruppen, die enthaltenen Zuschreibungen und Anspielungen entsprechen dem Grundtenor der Berichterstattung. Die Konzentration auf das Verhalten der beteiligten Akteure ist für das gesamte Untersuchungskorpus typisch und ist ausschlaggebend für die Erhebung der unterschwelligen kritischen bis negativen Haltung gegenüber dem Refugee-Protest.

Die im Folgenden analysierten Artikel gelten auch hinsichtlich ihres Umfangs und der (wenn auch spärlichen) Verwendung der Kollektivsymbolik als typisch. Charakteristisch ist für die Berichterstattung der HEUTE auch die Form Diskursrepräsentation, bei der durch den Redakteur selbst vor allem die Sachverhalte dargestellt werden, während die Kommentierung der geschilderten Tatsachen in Form von direkten und indirekten Redewiedergaben erfolgt, die häufig einen Großteil des Textes ausmachen.

3.5.2. „*Skurrile Besetzung: Ende für Protest in Votivkirche!*“ Feinanalyse des Artikels vom 28.12.2012, AutorIn unbekannt

In der Nacht auf heute wollte Polizei Kirche räumen

Skurrile Besetzung: Ende für Protest in Votivkirche!

Gift im Tee? Die Hintermänner der Votivkirchen-Proteste schüren mit Gerüchten die Angst der Asylanten. In einer Geheimsitzung im Innenministerium wurde Donnerstag die Räumung fixiert.

Seit 18. Dezember campierten Flüchtlinge und ihre „Unterstützer“ in der Votivkirche.

Verunsicherung, Angst, Panik: Die Organisatoren des Flüchtlings-Camps vor und in der Votivkirche nützen die Lage der Asylwerber aus, um sich Gehör zu verschaffen. So wurden die Flüchtlinge zuletzt in der Nacht stündlich geweckt und mit Gerüchten über Polizeieinsätze und Durchsuchungen „versorgt“.

Trauriger Höhepunkt: Als die Caritas am Donnerstag Tee ausschenken wollte, rieten die „Unterstützer“ den Flüchtlingen vom Trinken ab. Begründung: Der Tee sei vergiftet.

Fotos: Helmut Graf

Das Kirchen-Innere nach der Besetzung

Inzwischen haben sowohl Behörden als auch Kirche die Geduld mit den Protestierenden verloren. Nach zehn Tagen Besetzung berieten am Donnerstag Polizei und Innenministerium die Lage. Der vorerst fixierte Plan: In der Nacht auf heute sollte die Kirche (ab etwa 3 Uhr früh) geräumt werden. Ob die Aktion tatsächlich durchgeführt wurde, stand bei Redaktionsschluss nicht fest.

Inhalt und Grundthese des Artikels

Dieser als Reportage anmutende Text berichtet, dass die AktivistInnen Panik unter den Asylsuchenden verbreiten, sie stündlich wecken und sie mit obskuren Geschichten gegen die Caritas aufhetzten, während diese sich fürsorglich um die Flüchtlinge kümmert. Die Regierung und die Kirche hätten „die Geduld mit den Protestierenden verloren", weshalb in einer Geheimsitzung im BMI die Räumung der Votivkirche und des Camps im Sigmund-Freud-Park beschlossen wurde. Die Kernbotschaft des Artikels lautet folglich: Eine Räumung der Kirche und damit eine Beendigung des Protests durch die Polizei sei legitim, wenn nicht wünschenswert, da die Situation weder für die Asylsuchenden selbst, noch für die Regierung und die Kirche tragbar sei.

Das Ambiente des Artikels

Der Artikel umfasst mit einer Länge von zehn Sätzen (inklusive Leadtext) nicht ganz die Hälfte der Seite bzw. ein Viertel der Doppelseite im Chronikteil der Ausgabe und ist in der Mitte der linken Seite platziert. Auf der gesamten Doppelseite finden sich nur zwei Schlagzeilen, wobei die zum untersuchten Artikel um einiges größer ist, als der Titel des anderen Artikels. Durch diese grafische Gestaltung zieht der Text zum Refugee-Protest die meiste Aufmerksamkeit auf sich. Oberhalb des Artikels verläuft eine farbige Leiste mit Kurzmeldungen über die Doppelseite, unterhalb des Artikels befindet sich die Freitagskolumne von Kardinal Schönborn. Abgesehen von der großen Überschrift wird der Blick des/r LeserIn auch von zwei Fotos gefangen. Das größere Foto ist unmittelbar unterhalb des Leads und links vom Fließtext angebracht, das Kleinere im rechten oberen Eck des Artikels. Beide Bilder zeigen ein Matratzenlager im Inneren der Kirche. Auf dem großen Foto sind Geflüchtete zu sehen, die, in Decken und Schlafsäcke gehüllt, am Boden auf den Matratzen sitzen. Die in der Vergangenheitsform verfasst Bildunterschrift behandelt das Szenario, als sei der Protest schon vorbei: „Seit 18. Dezember campierten Flüchtlinge und ihre ‚Unterstützer' in der Votivkirche" Das kleinere Foto zeigt ebenfalls einen Asylsuchenden, der in einem Haufen von Schlafsäcken und Decken am Boden der Kirche liegt und von unten in die Kamera blickt. Im Vordergrund sind ein Plakat zu erkennen, dessen Aufschrift jedoch nicht lesbar ist. Die Bildunterschrift lautet: „Das Kirchen-Innere nach der Besetzung". Dieses Foto kann als eine Anspielung auf die Unordnung gelesen werden, welche

die Protestierenden in der Kirche gestiftet haben und die durch die getürmten Decken im Foto verbildlicht wird.

Argumentation und Komposition des Artikels

Der Artikel verfügt über einen Titel, einen Untertitel, der oberhalb der Schlagzeile angebracht ist und einen Lead. Der Fließtext ist durchgehend, ohne Zwischenüberschriften oder andere grafische Unterteilungen. Er geht aber über zwei Spalten, wovon jede eine inhaltliche Einheit darstellt.

1. Der Leadtext ist in fetter Schrift gesetzt und beinhaltet die Kernaussage des Artikels: Die AktivistInnen würden die Asylsuchenden mit Gerüchten in Angst versetzen und das Innenministerium hätte die Räumung fixiert. (Zeilen 1-3)

2. Die erste Spalte des Fließtextes behandelt das Verhalten der AktivistInnen. Diese würden die Lage der Asylsuchenden ausnutzen, sie in der Nacht stündlich wecken und mit Gerüchten über Polizeieinsätze Panik verbreiten. Als „trauriger Höhepunkt" wird geschildert, dass sie den Geflüchteten sogar vom Trinken des Tees, den die Caritas ausschenkte, abrieten, mit der Begründung, dass dieser vergiftet sei. (Zeilen 4-20)

3. Die zweite Textspalte widmet sich dem Thema der Räumung, über die das BMI und die Polizei beraten hätten und die für die Nacht auf heute festgelegt worden sei, da sowohl Kirche als auch Behörden die Geduld mit den Protestierenden verloren hätten. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass bei Redaktionsschluss noch nicht feststand, ob die Räumung auch tatsächlich durchgeführt wurde. (Zeilen 21-33)

Der Artikel ist sehr einfach komponiert. In jeder Spalte wird ein Szenario geschildert, wobei der Text so aufgebaut ist, dass das zweite Szenario als eine Reaktion auf das erste gelesen wird. Die geplante Räumung erscheint durch das dargestellte Szenario in der Kirche gerechtfertigt, was als unausgesprochenes Fazit des Artikels gedeutet werden kann.

Die Akteure

Die AktivistInnen werden als die „Hintermänner der Votivkirchen-Proteste" bezeichnet, womit darauf angespielt wird, dass die AktivistInnen die Verantwortlichen und die

Drahtzieher des Protests seien. Durch die Schilderung ihres vermeintlichen Verhaltens werden sie negativ charakterisiert und als Problemgruppe dargestellt, welche die ohnehin bereits prekäre Situation zusätzlich erschwert. Die Refugees treten nur als passive Randgruppe auf, die von den AktivistInnen und von der Caritas Zuwendung erfahren, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise. Dadurch erscheinen sie als fremdbestimmt und erbärmlich. Kirche, Innenministerium und Polizei werden sachlich und ohne Zuschreibungen dargstellt. Dass diese „die Geduld mit den Protestierenden verloren" hätten, verweist auf eine bisherige Toleranz und Nachsicht der Behörden gegenüber dem Protest und seinen TrägerInnen.

Kollektivsymbolik

Im Text finden sich Symbole der Denormalisierung und der Bedrohung, die mit Wörtern wie Gift (1), Angst (2, 4) und Panik (4), ausnützen (7), Polizeieinsätze und Durchsuchungen (12-14) transportiert werden. Dem stehen die Sitzung des BMI (2) und die geplante Räumung (3, 30), die das bedrohliche Chaos in der Kirche beendet, als Symbole der Normalisierung gegenüber.

Sprache und Rhetorik

Mit der einleitenden Formulierung „Verunsicherung, Angst und Panik" wird der Gefühlszustand der Refugees gekennzeichnet. Die Reportage ist als Stimmungsbericht aufgemacht, der ein Bild der Bedrohung und Beklommenheit zeichnet. Die begriffliche Thematisierung der angeblichen Emotionen der Asylsuchenden verweist auf negative Erlebnisse mit den AktivistInnen. Zitate sind dazu allerdings keine angeführt, weder von den Refugees selbst noch von den AktivistInnen. Eine kritische Distanz gegenüber den angeblichen Geschehnissen wird in diesem Text vermisst. Der Sprachstil ist einfach gehalten und reportageartig.

Ideologische Aussagen

Der Artikel verfolgt eine einseitige Perspektive, bei der das Verhalten der AktivistInnen im Vordergrund steht. Die Sichtweise der AktivistInnen und der Refugees zu den im Text thematisierten Anschuldigungen werden nicht berücksichtigt. Vielmehr wird negative Benehmen der AktivistInnen als einzige Wahrheit dargestellt, deren Gehalt weder geprüft, noch kritisch hinterfragt werden muss.

3.5.3. „*Votivkirche – und kein Ende?*“ Feinanalyse der Kolumne von Kardinal Christoph Schönborn, vom 4.01.2013

Antworten

von Kardinal Christoph Schönborn

Votivkirche – und kein Ende?

Das Thema Votivkirche macht zurzeit Schlagzeilen. Rund 40 Flüchtlinge haben im hinteren Teil der Votivkirche Schutz gesucht, einige von ihnen im Hungerstreik, und wollen trotz Quartierangebot von unserer Caritas die eiskalte Kirche nicht verlassen. Sie haben bescheidene Anliegen (arbeiten zu dürfen oder menschenwürdiges Wohnen), sie vertrauen darauf, dass wir von Seiten der Kirche keine polizeiliche Räumung verlangen. Meine Haltung und die der Caritas stoßen bei vielen auf Unverständnis und heftige Kritik.

Zu Recht wird von politischer Seite gesagt: Wir dürfen uns nicht erpressen lassen! Wir sagen von kirchlicher Seite: Das stimmt! Aber es handelt sich hier zuerst einmal um Menschen; Menschen, die großteils Schlimmes erlebt haben, die Angst um ihr Leben haben und die einfach auf eine bessere Zukunft hoffen. Und das Evangelium ist klar: Der Platz der Kirche ist auf der Seite von Menschen in Not.

Wir brauchen beides: Gesetzlich gut geregelte Asylverfahren (und da ist Österreich sicher nicht das schlechteste Land in Europa) und ein menschliches Hinschauen auf die einzelnen Situationen. Es ist nicht verwunderlich, dass die Regierung mehr auf die Durchführung der Gesetze schaut und die Kirche mehr auf die Einzelschicksale. Es geht nun darum, dass beide Seiten im Reden zueinanderfinden. Und das ist Gott sei Dank in unserem Land möglich. Dafür danke ich der Regierung und hoffe sehr, dass wir im bewährten Miteinander notwendige Verbesserungen in der Flüchtlingsbetreuung und eine menschliche Lösung für die verzagten und hoffenden Flüchtlinge in der Votivkirche finden. Das Miteinander war immer schon der beste Weg.

http://kardinal.erzdioezese-wien.at

Inhalt und Grundthese des Artikels

Der Autor des Textes, Dr. Christoph Schönborn, ist römisch-katholischer Theologe und der Erzbischof von Wien, als solcher war er zum Teil in die Ereignisse rund um die Votivkirche involviert. Am 31. Dezember 2012 besuchte er die Refugees vor Ort. In der HEUTE-Zeitung führt er eine wöchentliche Kolumne. Seine Position sowie die Tatsache, dass er kurz vor Erscheinen seiner Kolumne selbst in der Votivkirche zugegen war, verleihen seinem Text besondere Authentizität und Glaubwürdigkeit. Die Kernbotschaft seiner Kolumne lautet: Eine Lösung des Konflikts muss im Miteinander von Regierung und Kirche erarbeitet werden. Die eingenommene Perspektive richtet sich auf die Asylsuchenden, wie auch auf die politische und die kirchliche Seite. Dabei äußert er für alle Seiten Verständnis.

Das Ambiente des Artikels

Die Kolumne, die unter dem Titel „Antworten von Kardinal Christoph Schönborn“ läuft, ist jeden Freitag im Chronik-Teil von HEUTE zu finden. Die Gestaltung ist dabei immer die gleiche: Der Text ist in einen Rahmen gefasst und nimmt nicht ganz ein Drittel der Seite ein. Im rechten unteren Bereich des Textfeldes ist als einziges Foto ein Porträt des Kardinals eingefügt. Grafisch ist der Text ansonsten schlicht gestaltet. Als Blickfang funktioniert die beständige Gestaltung der Kolumne mit dem Porträtfoto, dem jeweiligen Titel der Kolumne und der Umrahmung.

Argumentation und Komposition des Artikels

Neben dem Titel, der das Thema der dieswöchigen Kolumne bekanntgibt, besteht der Text aus zwei kürzeren und einem längeren Abschnitten, die grafisch durch Einrückung der Absätze gekennzeichnet sind.

1. Der erste Abschnitt leitet in das Thema ein. Hier richtet Schönborn die Perspektive auf die Asylsuchenden und beschreibt die Situation in der Votivkirche. Er schildert, dass rund 40 Flüchtlinge in der Kirche Schutz gesucht hätten, in Hungerstreik seien und „trotz Quartierangebot von unserer Caritas“ bleiben wollten, dass sie auf die Kirche vertrauten und dass die Haltung von Kirche und Caritas von vielen nicht Verstanden würde. (Zeilen 1-9)

2. Im zweiten Abschnitt rechtfertigt er die Haltung der Kirche, indem er der Politik darin recht gibt, dass man sich nicht erpressen lassen dürfe, sich sodann aber auf das Evangelium beruft, und somit klarstellt, dass der „Platz der Kirche [...] auf der Seite von Menschen in Not“ sei. (Zeilen 10-16)

3. Im dritten Abschnitt führt er die unterschiedlichen Sichtweisen schließlich zusammen und argumentiert, dass das bewährte Miteinander der beste Weg zu einer „menschliche[n] Lösung für die verzagten und hoffenden Flüchtlinge“ sei, da sowohl gute gesetzliche Regelungen, als auch ein „menschliches Hinschauen auf die einzelnen Situationen“ notwendig seien. (Zeilen 17-31)

Im Vordergrund des Textes stehen die kirchliche Perspektive auf den Protest und das Erarbeiten einer Lösung. Die Argumentation Schönborns versucht, Verständnis für alle Konfliktparteien zu generieren. Die konträren Haltungen von Politik und Kirche bezeichnet er als „nicht verwunderlich“ und als gleichermaßen wichtig. Nur das Verhalten der Asylsuchenden begründet er nicht. Stattdessen rechtfertigt er ihr Verhalten damit, dass es sich um Menschen handelt, die „großteils Schlimmes erlebt haben, die Angst um ihr Leben haben und die einfach auf eine bessere Zukunft hoffen“.

Die Akteure

Schönborn ist bemüht, keinen der beteiligten Akteure in seiner Kolumne in irgendeiner Weise negativ darzustellen. Die Refugees werden von ihm nicht als Besetzer, sondern als Schutzsuchende gehandelt. Ihre Forderungen bezeichnet Schönborn als „bescheidene Anliegen“. Zu ihnen finden sich zahlreiche Zuschreibungen, die sie allesamt als arm und mitleiderregend kennzeichnen. So benennt Schönborn sie als „Menschen in Not“, die um ihr Leben fürchten und als die „verzagten und hoffenden Flüchtlinge“. Kirche und Caritas wiederum übernehmen in diesem Text die Rolle der Barmherzigen, die sich der notleidenden Menschen annehmen und im Sinne der christlichen Lehre handeln. Auch die Regierung wird von ihm durchaus positiv dargestellt. So lobt er die österreichischen Asylgesetze als nicht die schlechtesten in Europa und bedankt sich bei der Regierung dafür, dass ein Zusammenfinden im Reden in diesem Land möglich ist. Dieser Text kennt keine Bösen, sondern nur Parteien, die gemäß ihren Aufgaben agieren im Umgang mit einer Gruppe von bedauernswerten und hilfsbedürftigen Menschen.

Kollektivsymbole

Im Text dominieren religiöse Bilder und Symbole der Einigkeit. So schreibt Schönborn von vertrauen (6) und hoffen (14), vom Evangelium (15) und von Menschen in Not (16), von menschlichem Hinschauen (19), menschlichen Lösungen (28) und vom Miteinander (26, 30).

Sprache und Rhetorik

Der Stil, in dem die Kolumne verfasst ist, kann als versöhnlich bezeichnet werden, wofür besonders die Wortwahl und die Argumentationsweise sprechen. Vom rhetorischen Aspekt her ist das „Wir" interessant, mit dem Schönborn im Text operiert. Zu Beginn des Textes meint er mit Wir die Kirche – die Formulierung „wir von kirchlicher Seite" taucht bis zum Ende des zweiten Abschnitts auf. Danach fasst er das Wir weiter, wenn er schreibt: „Wir brauchen beides: Gesetzlich gut geregelte Asylverfahren [...] und ein menschliches Hinschauen auf die einzelnen Situationen." Wer genau mit diesem Wir gemeint ist, geht nicht eindeutig hervor, nahe liegt jedoch, dass es sich auf das ganze Land Österreich bezieht. Auch die Formulierung „in unserem Land" begünstigt eine Leseweise, bei der sich jede/r ÖsterreicherIn angesprochen fühlen kann. Die letzte Verwendung von Wir in dem Text, so scheint es, meint vor allem die Kirche und die Regierung, die im Miteinander eine Lösung für die Asylsuchenden finden.

Ideologische Aussagen

Die Gruppe der Refugees wird in diesem Text in erster Linie über das Merkmal der Not konstituiert, die ihnen von Schönborn explizit zugeschrieben wird und die als Erklärung für ihr Verhalten dient. Die Bildung der scheinbar homogenen Gruppen, die letztendlich auf die Gegenüberstellung von Wir (Österreich) und Sie (die Refugees) hinausläuft, ist Voraussetzung für den von Schönborn angewandten Mitleids-Diskurs (vgl. Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 52). Im Mitleids-Diskurs gehen die Darstellungen von der Armut der Fremdgruppe Hand in Hand mit der durch Mitleid und Hilfsbereitschaft gekennzeichneten positiven Selbstdarstellung (vgl. ebd.: 62). Schönborn bemüht darüber hinaus einen sogenannten Bevormundungsdiskurs, wenn er davon schreibt, dass Kirche und Regierung gemeinsam eine Lösung für die Geflüchteten finden müssten. Die Refugees bleiben von der Lösungsfindung für ihre eigene Angelegenheit ausgeschlossen, sie werden bevormundet und erscheinen dadurch erst recht passiv und hilfsbedürftig.

3.5.4. „*Polit-Streit um Kirchenbesetzer*“ Feinanalyse des Artikels vom 8.01.2013, AutorIn unbekannt

Polit-Streit um Kirchenbesetzer

Die Besetzung der Votivkirche sorgt für Polit-Wirbel. Besonders die Protest-„Unterstützer“ ernten Kritik. Wiens VP-Chef Manfred Juraczka sprach von „linksextremen Anarchos, die Not leidende Menschen instrumentalisieren“. Für SP-Abgeordnete Gabriele Mörk „spielen hier Dritte ein eigenes Spiel mit Asylwerbern“. Klaus Werner-Lobo (Grüne) dagegen zeigte Verständnis für den Protest. Das brachte ihm von FP-Klubchef Johann Gudenus den Vorwurf ein, „Asylbetrüger zu unterstützen“.

Inhalt und Grundthese des Artikels

Der Artikel versammelt in stark verkürzter Form die Ansichten von PolitikerInnen der vier größten österreichischen Parteien (ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ) zum Refugee-Protest. Die Kernbotschaft des Artikels lautet, dass in der Politik keine einheitliche Meinung zum Protest besteht, worauf bereits der Titels verweist. Tatsächlich beinhaltet der Text aber in erster Linie Kritik an den AktivistInnen und in geringerer Form an den Refugees. Eine dem Protest positiv gestimmte Haltung wird laut Artikel nur von den Grünen eingenommen.

Das Ambiente des Artikels

Der Artikel befindet sich auf Seite elf und ist – wie auch alle anderen Texte – im Chronik-Teil der Zeitung untergebracht. Der Text ist äußerst knapp gehalten und nimmt mit einer Länge von sechs Sätzen ca. ein Sechstel der Seite ein. Von der grafischen Gestaltung her sticht der Text nicht sonderlich heraus, einzig ein feiner Rahmen um den Artikel grenzt ihn von den anderen Texten auf der Seite ab. Mit nur einem Foto und einem Titel, der in kleinerer und nicht fetter Schrift gesetzt ist, rückt der Artikel neben den anderen etwas in den Hintergrund. Auch die Platzierung am linken Rand der Seite ist weniger prominent. Das Foto ist, verglichen mit den anderen Bildern auf der Seite, klein gehalten und oberhalb des Textes angebracht. Es zeigt das Innere der Votivkirche mit Matzratzen am Boden, auf denen die refugees in Schlafsäcke, Decken und Mäntel gehüllt liegen. Im Vordergrund ist ein Berg von Schlafsäcken zu erkennen. Die Aufnahme wurde mit einer geringen Brennweite gemacht, weshalb der Bildausschnitt groß und die Objekte bzw. Personen auf dem Bild klein abgebildet sind. Durch diese Technik wird die Aufmerksamkeit des Betrachters weniger auf Einzelheiten im Bild, als auf die gesamte Atmosphäre gelenkt. Das gezeigte Bild akzentuiert somit das Chaos und die Unordnung, das die Refugees und AktivistInnen in der Votivkirche anrichten.

Argumentation und Komposition des Artikels

Der Artikel besteht aus dem Titel und einem durchgehenden Fließtext, der eine Sinneinheit darstellt. Auf zwei einleitende Sätze folgt eine simple Aneinanderreihung von Redewiedergaben diverser ParteivertreterInnen. Die Zitate bleiben unkommentiert. Die Komposition des Textes aus Äußerungen von PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien lässt den Artikel neutral erscheinen. Da die TrägerInnen des Protests von unterschiedlichen Seiten gleichsam kritisiert werden, wirkt deren negative Charakterisierung objektiv und wahrheitsgetreu. Das von den Grünen geäußerte Verständnis für den Protest wird nicht näher erläutert und nicht argumentativ begründet.

Die Akteure

Der Text dreht sich um die TrägerInnen des Protests, wobei die Kritik an den AktivistInnen im Vordergrund steht. Diese werden mittels der PolitikerInnen-Zitate charakterisiert als

„linksextreme Anarchos, die Not leidende Menschen instrumentalisieren“ und als „Dritte“, die ein „eigenes Spiel mit Asylwerbern“ spielen. Die negativen Bezeichnungen verweisen einerseits auf die Aspekte von Chaos und die Bedrohlichkeit, die dem Protest anhaften. Andererseits signalisieren die Benennung der AktivistInnen als „Dritte“ und die Formulierung „eigenes Spiel“, dass es sich um außenstehende Personen handelt, was ihren Einsatz für den Protest im Sinne der Refugees in Frage stellt. In der Redewiedergabe des FPÖ-Politikers sind die Refugees das Thema, die hier als Asylbetrüger bezeichnet werden. Damit wird das Sujet der Illegalität aufgegriffen und der Protest delegitimiert. Das Thema der Instrumentalisierung schreibt darüber hinaus den Flüchtlingen die Rolle der Missbrauchsopfer zu.

Kollektivsymbole

Das Symbol des Spiels (12), das in diesem Text auftaucht, verweist einerseits auf das strategische Moment des Protests, andererseits trägt es dazu bei, den Protest mit seinen Anliegen zu verharmlosen und seine Ernsthaftigkeit zu untergraben.

Sprache und Rhetorik

Der Text besteht aus einer kommentarlosen Aneinanderreihung von Zitaten. Dabei ist zu bemerken, dass jene Äußerungen, welche die Protestakteure kritisieren, direkt wiedergegeben werden, während das Statement der Grünen, die dem Protest Verständnis entgegenbringen, indirekt zitiert wird. Die Auswahl der Zitate trägt zu einer Emotionalisierung des Themas bei und verstärkt eine ablehnende Haltung gegenüber dem Protest.

Ideologische Aussagen

Der Artikel dient in erster Linie zur Negativdarstellung der AktivistInnen. Der angeblich „Polit-Streit“ kann schwer nachvollzogen werden, da einzig die Grünen eine von den restlichen Parteien abweichende Haltung einnehmen. Das legt den Verdacht nahe, dass die Thematisierung einer politischen Meinungsverschiedenheit auch auf das Durcheinander verweist, das durch den Protest nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Politik verursacht wird. Die fehlende kritische Distanz zu den Zitaten lässt deren Inhalte unangreifbar

erscheinen. Die negative Darstellung der ProtestträgerInnen impliziert eine Delegitimierung des Protests. Die Betonung der Instrumentalisierung legt nahe, dass die Inhalte des Protests nicht authentisch und folglich nicht ernst zu nehmen sind.

3.5.5. „*Votivkirche: Dutzende Notfälle wegen Hungerstreik*“ Feinanalyse des Artikels vom 14.02.2013, Autor Robert Zwickelsdorfer

Votivkirche: Dutzende Notfälle wegen Hungerstreik

Die Asylwerber, die die Votivkirche besetzt halten, wollen im Hungerstreik bleiben. Die Situation habe sich nicht geändert, niemand zeige Verantwortlichkeit, so ein Sprecher der Aktivisten bei einer Pressekonferenz am Mittwoch.

Die Caritas ist über den Gesundheitszustand der Hungerstreikenden besorgt. Dieser habe sich zum Teil „dramatisch verschlechtert, da einige viel zu wenig trinken“, so Caritas-Sprecher Klaus Schwertner. In den vergangenen 48 Stunden habe es ein Dutzend Rettungseinsätze wegen medizinischer Notfälle gegeben.

Die Asylwerber selbst üben Kritik an der Caritas. Diese würde Namen von einer Liste

Von Robert Zwickelsdorfer

streichen, auf der die Personen verzeichnet sind, die Zugang zur Votivkirche erhalten. Die Caritas wies dies zurück.

Grüne Kritik an der Polizei gab es wegen des positiven Evaluierungsberichts zur Camp-Räumung („*Heute*“ berichtete).

Foto: Helmut Graf

Die Asylwerber kritisierten die Caritas.

Inhalt und Grundthese des Artikels

Der Artikel berichtet, dass es aufgrund des anhaltenden Hungerstreiks zahlreiche Rettungseinsätze gegeben habe. Außerdem werden die Aufrechterhaltung des Protests und die Sorge der Caritas über den schlechten Gesundheitszustand der Refugees thematisiert. Am Ende des Artikels wird berichtet, dass die Asylsuchenden die Caritas wegen der Zugangskontrollen in die Kirche kritisieren. Abschließend wird die Kritik der Grünen am positiven Evaluierungsbericht zur Räumung des Refugee-Camps im Sigmund-Freud-Park erwähnt. Die Kernbotschaft des Artikels also handelt von der Zuspitzung der Situation durch das Verhalten der Asylsuchenden.

Das Ambiente des Artikels

Der Artikel nimmt ungefähr ein Drittel der Seite ein, hat eine Länge von neun Sätzen und ist – nicht sonderlich prominent – im linken unteren Bereich der Seite 14 im Chronikteil platziert.

Die grafische Gestaltung ist nicht besonders auffällig und hebt sich nicht von den anderen Artikeln auf der Seite ab. Dem Artikel ist ein Foto beigefügt, das rechts vom Fließtext steht und in der Größe etwa einer von zwei Textspalten des Artikels gleichkommt. Das Bild zeigt einige Refugees bei einer Pressekonferenz und ist von schräg vorne aufgenommen. Im Vordergrund ist ein Plakat zu sehen, auf dem die Worte „We Will Rise“ und die Ankündigung einer (bereits vergangenen) Demonstration erkennbar sind. Die Refugees auf dem Foto sitzen in einer Reihe, vor ihnen stehen Mikrophone des ORF und eines Radiosenders. Die Bildunterschrift lautet: „Die Asylwerber kritisierten die Caritas“.

Argumentation und Komposition des Artikels

Der Artikel verfügt nur über einen Titel und einen durchgehenden Fließtext. Die einzige grafische Unterbrechung im Text ist eine Zeile mit der Autorenangabe, der für den Inhalt des Artikels allerdings keine Bedeutung zukommt. Der Fließtext geht über zwei Spalten und ist in vier Absätze unterteilt, von denen jeder eine Sinneinheit bildet.

1. Der erste Absatz beschreibt die unveränderte Situation. Die Votivkirche soll besetzt bleiben und die Asylsuchenden wollen auch den Hungerstreik nicht aufgeben. Als Begründung wird eine Wortmeldung eines Asylsuchenden bei der Pressekonferenz wiedergegeben, der zufolge niemand Verantwortlichkeit zeige. (Zeilen 1-8)

2. Der zweite Absatz legt den Blick auf die Caritas, die über den Gesundheitszustand der Refugees besorgt ist. In einem direkten Zitat von Caritas-Sprecher Klaus Schwertner wird erklärt, dass sich die Verfassung der hungerstreikenden Refugees verschlechtert habe, weil sie zuwenig trinken. Ein „Dutzend Rettungseinsätze“ habe es wegen „medizinischer Notfälle“ gegeben. (Zeilen 9-19)

3. Im dritten Absatz wird nun berichtet, dass die Asylsuchenden die Caritas kritisieren, da diese angeblich ohne Rücksprache mit den Flüchtlingen Namen von jener Liste streichen würde, auf der die Personen verzeichnet sind, die Zutritt zur Kirche erhalten. (Zeilen 20-26)

4. Den Abschluss des Artikels bildet eine Kurzinfo darüber, dass die Grünen den positiven Evaluierungsbericht der Polizei zur Räumung des Camps im Dezember kritisierten. (Zeilen 27-30)

Die Komposition des Textes folgt auch hier einem einfachen Schema. Zuerst wird der Sachverhalt, nämlich die Aufrechterhaltung des Hungerstreiks, geschildert. Als nächstes werden die Folgen des Hungerstreiks aufgezeigt und die Haltung der Caritas gegenüber den Asylsuchenden erläutert. Daraufhin wird umgekehrt die Haltung der Refugees gegenüber der Caritas erläutert. Der letzte Teil des Textes steht nicht in Zusammenhang mit dem Thema des Artikels, sondern knüpft inhaltlich an einen zuvor erschienen Artikel zur Camp-Räumung an.

Die Akteure

Die Flüchtlinge werden ohne Zuschreibungen dargestellt. Die Schilderungen von der Aufrechterhaltung des Protests und des Hungerstreiks trotz der medizinischen Notfälle charakterisiert sie jedoch als unnachgiebig und auch unvernünftig. Die Anspielung der Vernunftlosigkeit findet sich auch im Zitat der Caritas, demzufolge sie zu wenig Flüssigkeit zu sich nehmen. Neben dem Widerstand und der Unvernunft sind in dem geschilderten Verhalten aber auch Aspekte von Verzweiflung enthalten. Die Thematisierung des Konflikts zwischen Flüchtlingen und Caritas wird hier als Undankbarkeit der Asylsuchenden gegenüber der ihnen zur Seite stehenden Caritas ausgelegt. Die Caritas selbst wird als besorgt und helfend dargestellt.

Kollektivsymbole

Der Text ist eher sparsam in der Verwendung von Kollektivsymbolen. Es finden sich ein paar auf den Körper bezogene Bilder, welche die Verschärfung der Situation vermitteln; dazu gezählt werden: dramatische Verschlechterung des Gesundheitszustands (9-13), Rettungseinsätze und medizinische Notfälle (17-19). Nach Siegfried und Margarete Jäger werden gerade mit dem Einsatz von Körpersymbolen, zu denen auch der Hungerstreik selbst gezählt werden kann, das „verletzbare Selbst, das Fehlen von Vernunft, die Gefährdung des Lebens etc. herausgestellt“ (Jäger/ Jäger 2003: 352). Dadurch wird „[d]er Konflikt [...] mit Irrsinn in Verbindung gebracht, womit allen Beteiligten Vernunft abgesprochen wird“ (ebd.: 353).

Sprache und Rhetorik

Der Artikel ist sprachlich eher unauffällig – der Gebrauch von Kollektivsymbolen ist zurückhaltend, Sprache und Syntax sind einfach gehalten und um Sachlichkeit bemüht. Mit dem letzten Satz zur Kritik der Grünen am Evaluierungsbericht der Polizei beruft der Verfasser des Textes auf ein Vorwissen, das für das Verständnis jedoch nicht unbedingt nötig ist. Bei den Redewiedergaben im Text fällt auf, dass die Äußerung eines Refugees in indirekter Rede und ohne namentliche Nennung des Sprechers wiedergegeben wird, während die Äußerung der Caritas in direkter Rede und mit Namen des Sprechers angegeben wird. Dieses Form der Diskursrepräsentation zieht sich durch die gesamte Berichterstattung, wie unter dem obigen Punkt „Modi der Diskursrepräsentation“ ausgeführt wurde.

Ideologische Aussagen

Durch die Anonymisierung der Refugees, wie es bei dem indirekten Zitat der Fall ist, bleibt ihre Darstellung unpersönlich. So richtig kommen sie auch in diesem Text nicht zu Wort. Die Aussage, dass ihr Hungerstreik zu zahlreichen Rettungseinsätzen führte, kommt einer Schuldzuschreibung gleich. Die Caritas wird sympathisch dargestellt, da sie in Sorge ist und Hilfe leistet. Die positiven Aspekte der eigenen Gruppe, nämlich der Caritas, und die negativen Aspekte der Refugees werden betont, wodurch in schwarz-weiß-malerischer Manier Gut und Böse gegenübergestellt werden, was die entsprechenden Bewertungen der Gruppen verstärkt. Am deutlichsten zeigt sich diese ideologische Darstellung darin, dass die Hilfeleistungen der Caritas und die Kritik der Asylsuchenden gemeinsam erwähnt werden, was das positive Image der Caritas genauso unterstreicht, wie es auf eine Undankbarkeit der Refugees anspielt.

3.5.6. Zusammenfassung der Feinanalysen

Die Feinanalysen bestärken die Interpretation der Grobanalyse, wonach die Berichterstattung der Tageszeitung HEUTE den Refugee-Protest als nicht legitim und nicht authentisch behandelt und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Protest untergräbt. In den Schilderungen schwingt das Thema der Belastung für Kirche und Staat durch den Protest mit.

Mit Ausnahme der Kolumne von Kardinal Schönborn enthalten alle Artikel der Feinanalyse Elemente, die das Chaos und die Destruktivität thematisieren, die sowohl Kennzeichen als auch Folge des Protests sind. Diese Wertungen werden entweder explizit angesprochen, oder sie werden durch die Darstellung der AktivistInnen bzw. der Refugees und deren Verhalten realisiert.

So stellt der erste Artikel der Feinanalysen das ungehörige Handeln der AktivistInnen in den Vordergrund, anhand dessen das Bild des chaotischen Protests entwickelt wird, der für die Refugees eher eine Bürde denn eine Hilfe zu sein scheint. Neben der Charakterisierung der AktivistInnenen als die Bösewichte tritt vor allem das Bild der Refugees als notleidende Menschen und Opfer der ProtestorganisatorInnen auf, das in allen vier analysierten Texten mehr oder weniger stark zu finden ist. Besonders deutlich zeigt dies die Schönborn-Kolumne, doch auch die anderen drei Artikel arbeiten mit diesem Bild, indem sie entweder die Instrumentalisierung durch die AktivistInnen ansprechen oder den schlechten Gesundheitszustand der Asylsuchenden schildern. Die Refugees werden aber nicht nur in er Opferrolle gezeigt. So werden sie auch als undankbar dargestellt, wenn darüber berichtet wird, dass sie die Caritas kritisieren. Verstärkt wird der Aspekt der Undankbarkeit durch die Andeutung, dass die von den Refugees formulierte, indirekt wiedergegebene Kritik ungerecht fertigt sei.

Die in den Texten enthaltene Selbstdarstellung zeigt Österreich, repräsentiert durch die PolitikerInnen und die Kirche bzw. die Caritas, als hilfsbereit und rechtsbewusst.

3.6. ABSCHLIESSENDE INTERPRETATION

3.6.1. Zur Form der Berichterstattung

Die Berichterstattung von HEUTE über den Aufenthalt der Refugees in der Votivkirche kann von ihrem Umfang her durchaus als flächendeckend bezeichnet werden. In 40 von insgesamt 49 HEUTE-Ausgaben, die während des Untersuchungszeitraums erschienen sind, finden sich Artikel zu dem Ereignis. Dies entspricht rund 84% und bedeutet eine beinahe tägliche Thematisierung. Die Menge der Artikel kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass es sich bei der „Votivkirchenbesetzung" um ein bedeutsames diskursives Ereignis handelt.

Die faktenbezogene Berichterstattung sowohl der Nachrichten als auch der Reportagen konzentriert sich auf eine sehr oberflächliche Darstellung der Ereignisse, die sich an der Frage „Wer hat was, wann und wo gesagt oder getan" orientiert. Das Warum, das die Gründe und Ursachen des Protests beleuchtet, und das Wie, das die Umstände erklärt, finden in der Berichterstattung kaum Beachtung. Die Reportagen dienen in erster Linie dazu, Stimmungsbilder zu zeichnen, in denen weniger auf sachliche Hintergründe zum Protest – wie beispielsweise ausführliche Information zu den Forderungen der Refugee-Bewegung, zur Situation in Asyllagern oder den rechtlichen Rahmenbedingungen des österreichischen bzw. EU-weiten Asylsystems – eingegangen wird. Vielmehr handeln die Hintergrundinformationen, die in den Reportagen geschildert werden, von den Emotionen, Verhaltensweisen und Meinungen der mehr oder weniger beteiligten Akteure.

Dabei fällt auf, dass in der HEUTE-Zeitung ein sogenannter „Gerüchte-Diskurs" praktiziert wird. Das heißt, dass brisante Inhalte, die „normalerweise von Journalisten genauer nachrecherchiert oder – falls dies nicht gelingt – mit großen explizit geäußerten Vorbehalten" (Matouschek, Wodak, Januschek 1995: 80) geschildert werden, in den Artikeln ohne jegliche kritische Distanzierung verbreitet werden. Ein solcher Gerüchte-Diskurs, bei dem Aussagen nicht nach ihrem Wahrheitsgehalt hinterfragt werden, wird besonders bei Berichten angewandt, die das Verhalten der AktivistInnen thematisieren. So findet sich eine solche Darstellungsform, wenn es um die Instrumentalisierung der Refugees durch die AktivistInnen geht (24.12.2012), um die Verbreitung von Angst unter den Asylsuchenden durch die AktivistInnen (28.12.2012), oder darum, dass die AktivistInnen die Refugees gegen die Caritas aufstacheln (28.12.2012). Die Texte geben nicht an, woher diese brisanten

Informationen stammen, geben sie aber dennoch vorbehaltlos weiter. Der Wahrheitsgehalt erscheint insofern unbedeutend, als das geschilderte Verhalten der AktivistInnen allein durch das von ihnen gezeichnete Bild plausibel wirkt.

3.6.2. Diskursrepräsentation

Die Berichterstattung von HEUTE zeichnet sich auch dadurch aus, dass sich die Redakteure so gut wie nie kommentierend äußern, dafür aber außerordentlich viele Kommentare von anderen in Form von direkten und indirekten Zitaten in den Texten enthalten sind. Dies gilt vor allem für die Reportagen, vereinzelt aber auch für die Nachrichtentexte. Einzig die Kurzmeldungen bilden hier eine Ausnahme.

Die meisten wiedergegebenen Äußerungen stammen von der Caritas, von der sich, neben dem damaligen Pressesprecher Klaus Schwertner, der häufig in der Votivkirche vor Ort war, auch der damalige Wien-Direktor Landau und der Caritas Landespräsident Küberl zu dem Protest äußern. (In der Zwischenzeit wurde Klaus Schwertner zum Generalsekretär der Caritas ernannt, Landau hat von Küberl das Amt des Caritas-Präsidenten übernommen.)

Weitere Redewiedergaben legen die Meinungen von Kardinal Schönborn und von österreichischen PolitikerInnen dar, wobei den Stimmen von Politikern aus dem rechten und konservativen Lager, die dem Protest eher skeptisch gegenüberstehen, bei weitem mehr Raum gegeben wird als den befürwortenden Stimmen, die besonders von der Partei der Grünen formuliert wurden.

Am seltensten kommen die Refugees selbst zu Wort. Die spärlich auftretenden Redewiedergaben der Refugees sind so gewählt, dass dadurch die Opferdarstellung verstärkt wird. Ähnliches gilt für die AktivistInnen. Deren Perspektive wird in die Berichterstattung ebenso wenig integriert wie die der Refugees. Wenn sich direkte oder indirekte Redewiedergaben der AktivistInnen in den Nachrichtentexten finden, so werden die AktivistInnen dadurch als aggressiv, bedrohlich und kämpferisch charakterisiert.

Durch diese Form der Diskursrepräsentation werden die Refugees in der Berichterstattung von HEUTE als politisch handelnde Subjekte nicht anerkannt. Vielmehr fördert HEUTE das Bild der Geflüchteten als passive Diskursobjekte, die nicht selbst sprechen können oder dürfen, sondern für und über die wir – das sind in diesem Fall vor allem hohe Vertreter der

Kirche und der Politik – durch das Medium HEUTE sprechen. Da es sich bei den von HEUTE im Rahmen ihrer Berichterstattung zitierten Personen um österreichische Autoritäten handelt, wird deren Darstellung der Situation besonders viel Glaubwürdigkeit zuteil. Dies scheint besonders problematisch, wenn der oben angesprochene Gerüchte-Diskurs bedient wird. So stammt beispielsweise die Aussage über die angebliche Instrumentalisierung der Refugees durch die AktivistInnen von Michael Landau. Weder die Refugees noch die AktivistInnen wurden von HEUTE zu dieser Unterstellung befragt.

Die Zitierung von Autoritäten gilt als gebräuchlicher Kunstgriff, um einer Behauptung Glaubwürdigkeit und Gewicht zu verleihen. „If a credible authority can be co-opted into an argument, it can act to position such arguments beyond political or other speaker biases" (Kilby/ Horowitz/ Hylton 2013: 51). Wie van Dijk betont, haben die Eliten einen leichteren und besser organisierten Zugang zu Medien, was nicht nur ihre Glaubwürdigkeit fördert, sondern ihnen auch eine Vormachtstellung hinsichtlich der Definition und Bewertung von Ereignisse, Personen etc. verleiht (vgl. van Dijk 1993: 85f).

3.6.3. Die Berichterstattung der Tageszeitung HEUTE als Diskurs der Differenz

Wie im Theorieteil unter Rückgriff auf vorangegangene diskursanalytischen Studien ausgeführt wurde, herrscht in Österreich eine bestimmte Redeweise über Geflüchtete und Asylsuchende vor. Wird der HEUTE-Diskurs über den Refugee-Protest vor diesem Hintergrund betrachtet, so können viele Merkmale festgestellt werden, die für den dominanten, historischen wie aktuellen „Flüchtlings-Diskurs" charakteristisch sind. Dies lässt den Schluss zu, dass sich die Berichterstattung der HEUTE an den bestehenden österreichischen Diskurs über Geflüchtete eher anschließt, als den Diskursverlauf zu verändern und damit zur Aufrechterhaltung einer vorurteilshaften und stereotypen Wahrnehmung von Geflüchteten und Asylsuchenden beiträgt.

Neben der durchgängigen Bezeichnung des Ereignisses als Besetzung, fällt besonders auf, dass die Refugees über die gesamte Berichterstattung hinweg nie bei ihrem selbst gewählten Namen genannt werden. Stattdessen sind Neologismen wie „Kirchenbesetzer" vorherrschenden, die einerseits den rechtlich zweifelhaften Akt der Besetzung – und somit das negative Verhalten der Protestierenden – hervorheben und andererseits die Seriosität der Refugees als politische Akteure untergraben. Ansonsten werden hauptsächlich die

Bezeichnungen „Flüchtling“ und „Asylwerber“ sowie in manchen Fällen „Asylanten“ verwendet. Damit schließt die HEUTE-Zeitung an die etablierten Kategorisierungen von Geflüchteten an und trägt somit auch zu einer Nicht-Anerkennung der erwünschten und neudefinierten Rolle von Geflüchteten als ernstzunehmende, selbstständige und gleichberechtigte Subjekte in einer Gesellschaft bei. Durch das Festhalten an den Bezeichnungen Flüchtling und Asylwerber wird ein zentraler Punkt, den der Refugee-Protest thematisiert, einfach ignoriert, nämlich ein Umdenken des Flüchtlingsbegriffs und den damit einhergehenden Annahmen darüber, wer als Flüchtling zählt und welche Verhaltenserwartungen an diese Personengruppe gestellt werden. Die Beibehaltung der etablierten Bezeichnungen begünstigt die herrschende Form der Wahrnehmung von Geflüchteten und erzwingt damit gleichzeitig die „Unsichtbarmachung anderer Repräsentationen bzw. verunmöglicht die Produktion anderer Formen der Sichtbarkeit“ (Schaffer 2008: 91).

„Wir-Diskurs“

Wie Matouschek, Wodak und Januschek erklären, kategorisiert der Wir-Diskurs, indem er Unterschiede zwischen uns und den anderen präsentiert. Er dient zur Abgrenzung des Eigenen vom Fremden, kann zur Abwertung des Fremden führen und bereitet darüber hinaus den Boden für andere Diskursformen wie den Mitleids- oder den Bevormundungsdiskurs (vgl. Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 91). Als „Diskurs sozialer Kategorisierung“ bedingt er „die Konstituierung des Selbst (Ingroup) und der anderen (Outgroup) über bestimmte Mermalsbündel“ (ebd.: 49).

In den untersuchten Artikeln wird die Abgrenzungsfunktion des Wir-Diskurses so gut wie nie durch direkte Formulierungen von der Art „wir sind x, sie sind y“ realisiert, sondern ist implizit. Es gilt zu beachten, dass es sich bei der analysierten Berichterstattung um einen Konflikt-Diskurs handelt. Die Konfliktparteien sind dabei die Refugees auf der einen und der österreichischen Rechtsstaat auf der anderen Seite. So muss sich zwar nicht jedeR HEUTE-LeserIn mit dem österreichischen Staat identifizieren, doch ist allein durch den Sachverhalt bereits sehr klar festgelegt, wer Teil der Ingroup und wer Teil der Outgroup ist. Das zentrale Merkmal, um das die Outgroup der Refugees (und AktivistInnen) im HEUTE-Diskurs organisiert wird, ist das der negativen Handlungen. Die negativen Handlungen umschließen

den Protest mit seinen Methoden der Besetzung und des Hungerstreiks, das Kritisieren der Caritas, das Ausschlagen der Angebote, der dreisten und unrealistischen Forderungen usw. Dieses Verhalten wird als Anomalie präsentiert, als Abweichung, welche die soziale und kulturelle Ordnung in Österreich bedroht.

Explizit wird der Wir-Diskurs in den Kolumnen von Kardinal Schönborn. Gerade hier fällt auf, dass es sich bei dem Pronomen „wir" nicht um ein gemeinschaftliches Wir handelt, das die Refugees inkludiert, sondern vor allem die VerantwortungsträgerInnen meint. „Wir" sind jene, welche die Verantwortung für die Geflüchteten und Asylsuchenden tragen, nämlich die Regierung und die Kirche sowie alle, die sich mit Schönborns Äußerung identifizieren können. Die Refugees selbst gehören nicht dazu.

Ein stabiles „Wir", durch das sich die Österreicher von den Refugees abgrenzen, gibt es in der Berichterstattung nicht. Genauso wenig stabil ist die Outgroup der ProteströgerInnen, die in vielen Texten unterteilt wird in die Gruppe der Refugees und die Gruppe der AktivistInnen. Wie die Analyse gezeigt hat, gibt es hier auch Bewertungsunterschiede, wonach die Gruppe der AktivistInnen eindeutig negativer etikettiert wird. Während bei den AktivistInnen die Zuschreibung der Böswilligkeit dominiert, überwiegt bei der Gruppe der Refugees vor allem die Zuschreibung der Opfer-Rolle. Beide Bewertungen sind jedoch als abwertend zu verstehen.

Der Wir-Diskurs kann je nach Kontext auf alle Österreicher, auf jene, die sich mit dem christlich-moralischen Gebot der Nächstenliebe identifizieren, auf die Verantwortungsträger in der Regierung, auf die Caritas, oder auf alle zusammen bezogen werden. Nur der Ausschluss der Refugees und der AktivistInnen ist konstant, sie sind der Gegenstand, über den geredet wird, gleich ob sympathisierend wie in den Texten von Kardinal Schönborn oder abwertend wie in den meisten anderen Artikeln.

Mitleidsdiskurs

> „Der Mitleidsdiskurs kategorisiert nicht bloß – wie der Wir-Diskurs, auf dem er fußt –, sondern ist auf praktisches Handeln bezogen, indem er Verhältnisse bewertet und deren Veränderung als moralisch geboten erscheinen läßt. Der Mitleidsdiskurs wird auf der Textebene z.B. durch die bloße Schilderung von Armut, auf der Satz- und

> Wortebene z.B. durch wertende oder emotionale Prädikationen realisiert. [...] Die Forderung nach Hilfe für die Leidenden gehört zum Mitleidsdiskurs unmittelbar hinzu“ (ebd.: 94).

Der Mitleidsdiskurs zeigt sich in der HEUTE-Berichterstattung in zweierlei Form. Zum einen, das ist der seltenere Fall, im Kontext der Flucht, wenn, wie bei vor allem in den Schönborn-Kolumnen, von traumatischen Fluchterfahrungen und Lebensängsten die Rede ist. Zum anderen schließt der Mitleidsdiskurs auch nahtlos an das Thema der Instrumentalisierung und die damit einhergehenden Schilderungen von Chaos und Kampfbereitschaft an. Die Refugees werden als arm, von den AktivistInnen unterdrückt, erniedrigt und hilflos präsentiert. Die Szenen der Instrumentalisierung und gleichsam die Verhältnisse in der Kirche werden zum Teil äußerst mitleidheischend geschildert und als demütigend und erniedrigend beschrieben. HEUTE thematisiert nur das angebliche Leid der Refugees, ignoriert aber deren rationalen Kern. Die Evokationen lassen die Refugees als hilflose Opfer und als armselig erscheinen. Ob die Situation von den Refugees selbst tatsächlich so erlebt wurde, wird nicht erwogen.

Der Mitleidsdiskurs bedingt eine Einteilung in „Gute“ und „Böse“, die nicht nur die Realität verzerrt, sondern auch immer Opfer schafft, die als handlungsunfähig hingestellt werden. Die Bösen sind ganz klar die AktivistInnen, die Opfer sind die Refugees. Bei dem Mitleidsdiskurs der anderen Art gibt es nur das abstrakte Böse, das die Geflüchteten zu ihrer Flucht veranlasst hat. Ein Mitleidsdiskurs im Zusammenhang mit den von den Refugees kritisierten Punkten hinsichtlich des Asylgesetzes taucht in der Berichterstattung nicht auf. Folglich werden auch die eigentlichen Verantwortungsträger nicht als „böse“ kategorisiert.

„Die mitleiderregenden Umstände werden so präsentiert, daß sie schon den Anknüpfungspunkt für den [Bevormundungs- und] Rechtfertigungsdiskurs liefern. [...] Wer handlungsunfähig ist, kann natürlich später auch nicht als Handlungspartner erscheinen, mit dem man gemeinsam die Beseitigung der schlimmen Verhältnisse bewerkstelligen könnte. Wer hilflos, armselig, Opfer und handlungsunfähig ist, mit dem/ der/ denen kann man nur noch Mitleid haben“ (ebd.: 98)

Bevormundungsdiskurs

Unter einem Bevormundungsdiskurs ist in erster Linie jene Diskursform zu verstehen, „die für uns selbst ein privilegiertes Rederecht und die entsprechende Kompetenz beansprucht und diese gleichzeitig den anderen abspricht. Der Bevormundungsdiskurs ist grundsätzlich implizit“ (ebd.: 100). Ein solcher ist in der Berichterstattung von HEUTE von Anfang bis Ende gegeben und zeigt sich daran, dass die Refugees selbst wie auch die UnterstützerInnen kaum zu Wort kommen. Auch manifestiert er sich in den sprachlichen Handlungen der Politiker und Kirchenvertreter, wenn sie die Lage in der Kirche einschätzen und bewerten. Um legitim zu erscheinen, müssen die „Bevormundeten als unmündig, als Subjekte minderer Qualität erscheinen“ (ebd.: 100). Dies geschieht in der HEUTE-Berichterstattung über das Argument, dass die Refugees instrumentalisiert worden seien. Dies kann als Strategie der Entsubjektivierung verstanden werden, indem die Handlungen und die Protestinhalte nicht den Refugees, sondern einer negativ charakterisierten Gruppe zugeschrieben werden.

Die Kollektivierung der handelnden Subjekte als „Besetzer“ bzw. „Kirchenbesetzer“ ist ebenfalls eine Strategie der Entsubjektivierung. Die Refugees traten zwar absichtlich als Kollektiv auf, um alle Geflüchteten, Asylsuchenden, Sans-Papiers und irreguläre Migranten zu repräsentieren, jedoch verwendet die Tageszeitung HEUTE bis auf vereinzelte Ausnahmen nicht die Eigenbezeichnung „Refugees“, sondern fasst – wie bereits erwähnt – die Gruppe unter neuen, abwertenden Bezeichnungen zusammen, was zu eine Wahrnehmung der Refugees als selbstbestimmte Handlungsträger verhindert. Diese Reizwörter werden als „kognitive und emotionale Schemata verwendet“ (Ruhrmann 1993: 199).

Durch die Dominanz des Bevormundungsdiskurses über die gesamte Berichterstattung hinweg, entsteht der Eindruck, als hätten uns die Refugees nicht viel zu sagen. Umgekehrt haben wir jedoch sehr viel über sie und zu ihnen zu sagen, wie sich an den vielen, teilweise sehr ausführlichen Redewiedergaben österreichischer Politiker bzw. Kirchenvertreter zeigt.

Die Berichterstattung der HEUTE-Zeitung gleicht somit einer Entmündigung des Protest und der Refugees. Die Stellvertreterdiskussionen, die von den österreichischen ExpertInnen und VerantwortungsträgerInnen geführt und in HEUTE repräsentiert werden, werden als „mangelndes politisches Artikulations- und Durchsetzungsvermögen“ der Refugees aufgefasst (ebd.: 199).

Rechtfertigungsdiskurs

„Der Rechtfertigungsdiskurs [...] lässt das eigene Privileg und das Leid der anderen sowie die Abwehr ihrer Ansprüche auf Teilhabe als legitim, zumindest als unabänderlich erscheinen. Es ist die (fatale) Konsequenz des Mitleidsdiskurses und setzt klarerweise den Bevormundungsdiskurs voraus“ (Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995: 111). Der Rechtfertigungsdiskurs verfolgt das Ziel, sich selbst neutral bis positiv oder sogar als Unschuldige und Opfer dazustellen und aus dieser Position heraus Bewertungen oder auch Schuldzuweisungen zu formulieren. Damit kann eine inhaltliche Diskussion umgangen und die Ab- und Ausgrenzung der Outgroup gerechtfertigt werden (vgl. ebd.: 51f.).

In der Berichterstattung von HEUTE finden sich einige direkte Strategien und offene Formen des Rechtfertigungsdiskurses. So tauchen Elemente von Schwarz-Weiß-Malerei auf, die eine Einteilung in Gut und Böse vornehmen und Bewertungsdichotomien fördert. Dies ist besonders bei den AktivistInnen und der Caritas der Fall, wo die AktivistInnen eindeutig als böse und die Caritas als gut dargestellt werden. Die Strategien der Schuldzuweisungen und das Abschieben von Verantwortung tauchen in mehreren Zitaten auf, in denen erklärt wird, dass das österreichische Asylsystem gut funktioniere und man an den Gesetzen nichts ändern könne. Darüber hinaus sind in der HEUTE-Berichterstattung Formen der Opfer-Täter-Umkehr enthalten. Diese verkehren zum einen die bestehenden Machtverhältnisse, zum Beispiel wenn von Drohungen der Refugees die Rede ist, zum anderen schreiben sie den Refugees selbst die Schuld an ihrer Misere zu, da sie aufgrund des Protests nicht in gesetzlich vorgesehener Form an ihren Asylverfahren mitwirkten. Die von den Refugees ausgehende Gefahr manifestiert sich sprachlich in Begriffen, die ein tendenziell kriminelles und bedrohliches Verhalten symbolisieren. Dazu gezählt werden die Bezeichnung des Protests als „Erpressung“ oder „Kampf“ sowie die immer wiederkehrend Betonung des geleisteten Widerstands (trotz Hilfsangeboten der Caritas).

Das „Gesetz ist Gesetz“-Argument dient zur Abweisung von Schuld- bzw. Verantwortung, gleichzeitig lenkt es von den systemischen Problemen und gesetzlichen Widersprüchen ab, die von den Refugees thematisiert werden und die von Geflüchteten tagtäglich am eigenen Leib erfahren werden.

Ansonsten wird die Fremdabwertung realisiert durch Diffamierungen sowie implizit durch negative Prädikationen und Präsuppositionen gegenüber der Refugees und den AktivistInnen.

In der Art und Weise der Präsentation der Geschehnisse sowie in einigen Zitaten liegt die Präsupposition der Rückständigkeit der Geflüchteten. Ihnen wird nicht nur Fremdsteuerung unterstellt, sondern es wird ihnen auch das Verständnis für Rechtsstaatlichkeit abgesprochen.

Die dem Rechtfertigungsdiskurs immanente Selbstaufwertung erfolgt in erster Linie über das Thema der Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen repräsentiert durch die Caritas, deren Arbeit besonders positiv dargestellt und in Zitaten explizit gelobt wird. Die Rechtfertigung funktioniert über diese positive Selbstdarstellung, die nahe legt, dass in Österreich notleidenden Menschen geholfen wird, aber nur im Rahmen der Gesetze, wie in HEUTE mittels Zitaten auch on der Caritas selbst häufig betont wird. Typisch für den Diskurs der Caritas ist die Definition von Hilfe, die im Wesentlichen Nahrung, Kleidung, Hygieneartikel, Medikamente und die beheizte Notunterkunft meint, jedoch nicht auf eine inhaltliche Unterstützung des Refugee-Protests eingeht.

Der Diskurs der Tageszeitung HEUTE kann zwar insofern nicht als rassistisch bezeichnet werden, als in keinem der untersuchten Texte das Thema der Fremdheit, im Sinne kultureller, geistiger, religiöser, nationaler oder gar körperlicher Merkmale der Differenzierung auftritt. Auch soziale oder sozioökonomische Argumente werden kaum bedient. Dennoch wird eine konstante Unterscheidung der Gruppen aufrechterhalten, die über die Kategorisierung der Abnormität realisiert wird, die zu einer Akzeptanz rassistischer Ausschlusspraktiken beiträgt.

Das Argument der Instrumentalisierung, die Charakterisierung der Refugees und der AktivistInnen und die Betonung des unvernünftigen und undankbaren Widerstands verdichten sich gemeinsam mit den Darstellungen der Forderungen als unrealistisch und der in mehreren Redewiedergaben von österreichischen Autoritäten – sowohl Politikern als auch Kirchenvertretern – enthaltene Betonung, dass das österreichische Asylsystem gut sei und eine Gesetzesänderung außer Frage stünde, zu Motiven der Anomalie. Das bestehende System wird zur Normalität erklärt. Sowohl das Verhalten der Refugees, die nicht länger als bittende Flüchtlinge, sondern als handlungsmächtige und fordernde Personen auftreten, als auch ihre Ansichten, die sie in den Forderungen thematisieren, weichen von der Norm ab.

Der gesamte Protest sowie seine Anliegen und seine TrägerInnen werden also in der Berichterstattung von HEUTE mal mehr, mal weniger stark als Abnormität gehandhabt, wie sich besonders in expliziten Formulierungen wie „skurrile Besetzung“ zeigt. Damit einher gehen das Nicht-Ernstnehmen und die Delegitimierung des Protest und seiner Akteure als

politisch Handelnde sowie deren Degradierung zu Diskursobjekten, denen die Fähigkeit für sich selbst zu sprechen aberkannt wird.

Vorherrschend sind der Gesetzes-Topos (Rechtfertigungsdiskurs), der Humanitäts-Topos (Mitleidsdiskurs) und der Gefahren- bzw. Bedrohungs-Topos (Rechtfertigungs- und Bevormundungsdiskurs). Bauder, der für den deutschen Migrationsdiskurs ein reziprokes Verhältnis zwischen dem Topos des wirtschaftlichen Nutzens und dem Humanitäts-Topos feststellen konnte, deutet diese beiden Konzepte als konkurrierend (vgl. Bauder 2007: 109). Für den Mediendiskurs von HEUTE kann hingegen konstatiert werden, dass der Gesetzes-Topos und der Humanitäts-Topos ineinandergreifen. Dominant sind jene Argumente, die eine Hilfeleistung für arme und notleidende Flüchtlinge im Rahmen der Gesetze vorsehen.

4. GESAMTFAZIT

Absicht der vorliegenden Studie war es, den Mediendiskurs der HEUTE-Zeitung zum Protest der Refugees zu analysieren. Dabei stand die Frage danach im Vordergrund, welche Form der Realität in der Berichterstattung von HEUTE konstruiert wird und welche ideologischen Implikationen dieser Realitätskonstruktion zugrunde liegen.

Um das Forschungsziel zu erreichen, wurden alle HEUTE-Artikel im Zeitraum von 18. Dezember 2012 bis 4. März 2013 einer diskursanalytischen Untersuchung unterzogen. Fokussiert wurde dabei auf die Darstellungen der protestbedingten Ereignisse sowie auf der Repräsentation der ProtestträgerInnen, um daraus ein Gesamtbild der Darstellung des Protests zu erhalten.

Es konnte festgestellt werden, dass die untersuchten HEUTE-Artikel und die darin enthaltenen Konstruktionen eine Version der Welt abbilden, indem sie einen Diskurs von „einfachen Fakten“ bedienen (Kilby/ Horowitz/ Hylton 2013: 50). Mit der journalistischen Textform von faktenbezogenen Nachrichtentexten wird der Anschein einer neutralen und objektiven Berichterstattung erzeugt, die einer Darstellung dessen folgt, wer was wann und wo gesagt oder getan hat. Im Vordergrund der Berichterstattung stehen die punktuellen Ereignisse des Protests, nicht aber seiner Inhalte und Hintergründe. Das Verhalten der Protestierenden allein wird als Nachrichtenwert behandelt.

Die HEUTE verwendet in ihrer Darstellung der vermeintlichen Fakten eine Reihe von diskursiven Strategien, mittels derer sowohl das Ereignis selbst, als auch die AkteurInnen wertend kategorisiert werden. Am auffälligsten sind dabei die Nominationen, die zur Bezeichnung der Geschehnisse und der Protestierenden gewählt wurden. Diese etikettieren den Protest völlig unreflektiert als „Besetzung" und verlegen den Protest damit in den Bereich der Illegalität. Mitunter wird das Verhalten der Refugees sogar als „Erpressung" bezeichnet. Die Bezeichnungen mit denen auf die Refugees, die kein einziges Mal bei ihrem selbstgewählten Namen genannt werden, und auf deren UnterstützerInnen verwiesen wird, konstruieren die Protesttragenden als Feindgruppe. Die auf mehreren Ebenen (Themen- und Begriffswahl, Auswahl der Zitate etc.) realisierte Negativdarstellung der ProtestträgerInnen lässt den gesamten Protest mitsamt seiner Inhalte illegitim und unbegründet erscheinen und macht eine argumentative Begründung dieser Haltung obsolet. Das Verhalten der Refugees und gleichsam ihre Ansichten werden zu einem Symbol der Anormalität.

Die von der HEUTE-Zeitung erzeugte Version der Realität stellt dem Protest und seiner VertreterInnen ein positives Selbstbild der ÖsterreicherInnen als fürsorgliche HelferInnen gegenüber, das vorwiegend durch die Caritas repräsentiert wird.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass HEUTE in seiner Berichterstattung einen Diskurs der Differenz bedient, der in Form eines Mitleids-, eines Bevormundungs- und eines Rechtfertigungsdiskurses zum Ausdruck kommt. Diese Diskursformen werden nicht nur in den Bezeichnungen, sondern auch in den Zuschreibungen, in den verwendeten Symboliken und in den Modi der Diskursrepräsentation evident.

Am deutlichsten tritt der Bevormundungsdiskurs in Erscheinung, der die Refugees an den für die Kategorie des Flüchtlings angedachten Platz in der Gesellschaft verweist, indem er sie zu geduldeten Objekten ohne Handlungsmacht degradiert, die von der Gunst und dem Wohlwollen der österreichischen Staatsbürger abhängig sind und entsprechende Verhaltensweisen an den Tag zu legen und sich „unseren" Regel zu beugen haben.

Im Mediendiskurs von HEUTE bleibt somit das Bild des Geflüchteten als passives und handlungsunfähiges Opfer bestehen. Die Position der Refugees wird nicht anerkannt. Die Gruppe der Geflüchteten wird weiterhin konstruiert als eine Gruppe, deren ungleiche Behandlung als naturgegeben bzw. notwendig erscheint. Dies erscheint in gegebenem Kontext des Refugee-Protest, bei dem sich die Betroffenen selbst organisieren, ihre

Bedürfnisse artikulieren, ihre wertvollen Erfahrungen für längst überfällige politische Diskussionen zu Verfügung stellen und sich aus der passiven Rolle der auferlegten Handlungsunfähigkeit zu befreien suchen, um aktive Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu werden, als besonders ernüchternd.

Die ideologische Position der Tageszeitung HEUTE, die aus den Ergebnissen abgeleitet werden kann, entspricht jener der Mächtigen. Der Protest wird in seiner politischen Dimension nicht ernst genommen, die Refugees werden diffamiert. Als rassistische Praxis ist die von HEUTE vorgenommene Darstellung insofern zu verstehen, als ein Differenzierung zwischen „uns“ und „den anderen“ aufrecht erhalten und als naturgegeben dargestellt wird, auch wenn in den untersuchten Texten keine körperlichen, kulturellen, religiösen, nationalen etc. Merkmale der Unterscheidung angeführt werden. Stattdessen wird das von den VerantwortungsträgerInnen verwendete „Gesetz ist Gesetz“-Argument zur Rechtfertigung des Ausschlusses herangezogen.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dies muss berücksichtigt werden, nur den Diskurs der gratis Tageszeitung HEUTE und lassen folglich nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf den gesamten öffentlichen Diskurs über den Refugee-Protest zu. Darüber hinaus wurde in dieser Studie nicht berücksichtigt, wie die Leserschaft von HEUTE das Berichtete interpretiert und inwiefern sie es in ihr Wissen integriert bzw. inwieweit sich die LeserInnen in ihrer Meinungsbildung von den Darstellungen der HEUTE-Zeitung beeinflussen lassen.

5. BIBLIOGRAFIE

Afrique-Europe-Interaction (2012): Kurzpräsentation unseres Netzwerks. In: http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=38&clang=0 [Zugriff: 30.10.203]

Agamben, Giorgio (1995): „We Refugees." In: Symposium. Nr. 49(2). S.: 114-119.

Agamben, Giorgio (2002): Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Albrich, Thomas (1995): Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext. Wien: Dachs Verlag. S.: 123-139.

Alizadeh, Homayoun (1995): Österreichische Flüchtlingspolitik der 70er Jahre. In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext. Wien: Dachs Verlag. S.: 188-194.

Arendt, Hannah (1993): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper.

Asyl in Not (k.A.): Asyl in Not. In: http://www.asyl-in-not.org/php/asyl_in_not,11366.html [Zugriff: 30.10.2013]

Babka, Anna (2010): Einleitung. In: Dies. (Hg.): Trinh T. Minh-ha: Woman Native Other. Postkolonialität und Feminismus schreiben. Wien: Turia + Kant. S.: 9-24.

Bauder, Harald (2008): Media Discourse and the New German Immigration Law. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 34/1. S.: 95-112.

Bauer, Andreas (1999): Die Berichterstattung zum Integrationspaket der Innenminister Dr. Caspar Einem und Mag. Karl Schlögl in der Neuen Kronen Zeitung. Eine Medienwirklichkeit des Boulevardmediums zum Fremden- und Asylrecht. Wien: Dipl.-Arbeit.

Benz, Martina/ Schwenken, Helen (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Ausgabe 140, Jg. 35, Nr. 3. S.: 363-378.

Boris, Dieter (2003): Zur Revitalisierung sozialer Bewegungen im globalisierungskritischen Kontext: Das Beispiel Lateinamerikas. In: Faschingeder, Gerald/ Fischer, Karin/ Jäger, Johannes/ Strickner, Alexandra (Hg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien: Mandelbaum. S.: 121-136.

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. Aufl. Wien/ Köln/ Weimar: Böhlau Verlag.

Camargo Heck, Marina (1996): The ideological dimension of media messages. In: Hall, Stuart/ Hobson, Dorothy/ Lowe, Andrew/ Willis, Paul (Hg.): Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies, 1972-79. London/ New York: Routledge. S.: 122-127.

Caritas (k.A. a): Die Caritas seit 1900. In: http://www.caritas.at/ueber-uns/geschichte/ [Zugriff: 3.11.2013]

Caritas (k.A. b): Flüchtlinge. In: http://www.caritas.at/hilfe-einrichtungen/fluechtlinge/ [Zugriff: 3.11.2013]

Caritas-Wien (k.A. a): Die Caritas ist Teil der Kirche. In: http://www.caritas-wien.at/ueber-uns/caritas-kirche/ [Zugriff: 3.11.2013]

Caritas-Wien (k.A. b): Die Geschichte der Caritas. In: http://www.caritas-wien.at/ueber-uns/unser-auftrag/geschichte/ [Zugriff: 3.11.2013]

Caritas-Wien (k.A. c): Die Struktur der Caritas in Österreich. In: http://www.caritas-wien.at/ueber-uns/unser-auftrag/struktur/ [Zugriff: 3.11.2013]

Caritas-Wien (k.A. d): Asyl und Integration. In: http://www.caritas-wien.at/hilfe-einrichtungen/asylmigrationintegration/ [Zugriff: 3.11.2013]

Caritas-Wien (k.A. e): Reformvorschläge im Asylwesen. In: http://www.caritas-wien.at/ueber-uns/positionen/ [Zugriff: 3.11.2013]

Cook, Guy (2011): Discourse analysis. In: Simpson, James (Hg.): The Routledge Handbook of Applied Linguistics. London: Routledge. S.: 431-444.

Der Standard (7.12.2012): „Heute"-Artikel: „Gesäß beim Beten höher als der Kopf". In: http://derstandard.at/1353208521120/Grenzueberschreitung-in-Heute-Artikel-Gesaess-beim-Beten-hoeher-als-der-Kopf [Zugriff: 7.07.2013]

Die Presse (5.01.2013): Aktivisten: Die Unterstützer der Asylwerber. In: http://diepresse.com/home/panorama/wien/1329443/Aktivisten_Die-Unterstuetzer-der-Asylwerber?_vl_backlink=/home/panorama/wien/1325740/index.do&direct=1325740 [Zugriff: 19.09.2013]

Dolk, Klaudia (2011): Das Dublin-Verfahren. Im Spannungsfeld einer menschenwürdigen und solidarischen Verantwortung für Flüchtlinge in Europa. In: http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08513.pdf [Zugriff: 03.11.2013]

Dossier (2012): Das Phänomen Heute. In: http://www.dossier.at/inserate/thema/das-phaenomen-heute/ [Zugriff: 5.07.2013]

El Refaie, Elisabeth (2001): Metaphors we discriminate by: Naturalized themes in Austrian newspaper articles about asylum seekers. In: Journal of Sociolinguistics 5/3. S.: 352-371.

Fairclough, Norman (1995): Media Discourse. London/ New York/ Sydney/ Auckland: Edward Arnold.

Familien und FreundInnen gegen Abschiebung (k.A.): About. In: http://familienundfreundinnengegenabschiebung.wordpress.com/about/ [Zugriff: 30.10.2013]

Fischer-Lescano, Andreas/ Tohidipur, Timo (2007): Europäisches Grenzkontrollregime. Rechtsrahmen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. In: http://zaoerv.de/67_2007/67_2007_4_b_1219_1276.pdf [Zugriff: 03.11.2013]

Fowler, Roger (1991): Language in the News. Discourse and Ideology in the Press. London/ New York: Routledge.

Goodman, Simon/ Speer, Susan A. (2007): Category use in the construction of asylum seekers. In: Critical Discourse Studies, Vol. 4, No. 2. S.: 165-185.

Gruber, Helmut (1991): Antisemitismus im Mediendiskurs. Die Affäre „Waldheim“ in der Tagespresse. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag GmbH.

Gržinić, Marina (2013): A Refugee Protest Camp in Vienna And the European Union’s Processes of Razialization, Seclution, and Discrmination. In: e-flux journal, Bd. 43, Nr. 3/2013. In: http://www.e-flux.com/journal/a-refugee-protest-camp-in-vienna-and-the-european-union%E2%80%99s-processes-of-racialization-seclusion-and-discrimination/ [Zugriff: 30.10.2013]

Hajer, Maarten A. (2010): Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Keller et al. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.: 271-298.

Hall, Stuart (1997): The Work of Representation. In: Ders. (Hg.): Representation. Cultural representations and signifying practices. London/ Thousand Oaks/ New Delhi: Sage. S.: 13-74.

Hall, Stuart (1989a): Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen. In: Räthzel, Nora (Hg.): Stuart Hall. Ausgewählte Schriften. Hamburg/ Berlin: Argument-Verlag. S.: 126-149.

Hall, Stuart (1989b): Die Konstruktion von “Rasse” in den Medien. In: Räthzel, Nora (Hg.): Stuart Hall. Ausgewählte Schriften. Hamburg/ Berlin: Argument-Verlag. S.: 150-171.

Hart, Christopher (2011): Force-interactive patterns in immigration discourse: A Cognitive Linguistic approach to CDA. In: Discourse & Society 22/3. S.: 269-286.

Herrmann, Goetz (2013): Ein Mehr an Freiheit durch ein Mehr an Sicherheit? Zur Organisation von Zirkulation in der Europäischen Union: Die Beispiele des Grenz- und Migrationsmanagements. In: http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/zentral/dokumente/AFK-Kolloquium_2013/Paperroom_2013/G_Herrmann_paper_AFK_tagung.pdf [Zugriff: 03.11.2013]

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 6., vollst. überarb. Aufl. Münster: Unrast.

Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast-Verlag.

Jäger, Siegfried/ Jäger, Margarete (2003): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Münster/ Hamburg/ London: LIT Verlag.

Karel, Eva (2009): Von HelferInnen und Opfern. Die mediale Inszenierung humanitärer Katastrophen am Beispiel des Tsunami 2004. Wien: Dipl.-Arbeit.

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kilby, Laura/ Horowitz, Ava D./ Hylton, Patrick L. (2013): Diversity as victim to ‚realistic liberalism': analysis of an elite discourse of immigration, ethnicity and society. In: Critical Discourse Studies, 10:1. S.: 47-60.

Kovacic, Lisbeth (2013): We Will Rise. Einblicke in den refugeeprotest Vienna. In: Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. Ausgabe 1/ 2013. In: http://kulturrisse.at/ausgaben/we-will-rise/oppositionen/we-will-rise [Zugriff: 3.11.2013]

Kuster, Brigitta/ Tsianos, Vassilis S. (2013): Erase them! In: Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. Ausgabe 1/ 2013. In: http://kulturrisse.at/ausgaben/we-will-rise/oppositionen/erase-them [Zugriff: 03.11.2013]

Lacan, Jacques (1973): Das Spiegelstadium als Bildner der Ichfunktion. In: Haas, Norbert (Hg.): Jacques Lacan. Schriften I. Olten: Walter-Verlag AG. S.: 61-71.

Langthaler, Herbert/ Sohler, Karin (2008): Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU. Synthese der Fallstudien in Österreich, Frankreich und der Tschechischen Republik. In: http://www.asyl.at/fakten_4/Synthese_Partizipationsstudie_Node.pdf [Zugriff: 30.10.2013]

Luger, Kurt (1998): Das Bild der Dritten Welt in Österreichs Öffentlichkeit. In: MEdien Impulse. Heft Nr. 26. S.: 15-20. In: http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/dritte_welt/26luger.pdf [Zugriff: 10.12.2013]

Luhmann, Niklas (1995): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Matouschek, Bernd (1997): Soziodiskursive Analyse öffentlicher Migrationsdebatten in Österreich. Zu Theorie, Methodik und Ergebnissen einer diskurshistorischen Untersuchung. In: Jung, Matthias (Hg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses: das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH. S.: 106-120.

Matouschek, Bernd/ Wodak, Ruth (1993): Rassistische Diskurse in Österreich seit 1989. Der ökonomistische Begründungsdiskurs als Sonderfall fremdenfeindlicher und rassistischer Rechtfertigungsdiskurse. In: Jäger, Siegfried/ Link, Jürgen (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: DISS. S.: 131-189.

Matouschek, Bernd/ Wodak, Ruth/ Januschek, Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen-Verlag.

Media-Analyse (2012): Tageszeitungen Wien. In: http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitung.do?year=2012&title=Tageszeitungen [Zugriff: 5.07.2013]

Meints-Stender, Waltraud (2006): Eine früher Theoretikerin der Exklusion. In: taz, 14.10.2006. S.: 21.

Meyer, Evelyn (1997): Sprachgebrauch in der Asyldebatte. In: Jung, Matthias (Hg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses: das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH. S.: 150-163.

Mikura, Raphaela (2013): Mehrsprachigkeit ohne Othering? Das Marille-Projekt als Konzept zur Förderung von Mehrsprachigkeit und sein Beitrag zu einer rassismuskritischen Perspektive. Wien: Dipl.-Arbeit.

Miles, Robert (2000): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: Räthzel, Nora (Hg): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument Verlag. S.: 17 – 34.

Nowotny, Stefan (2013): Zynismus und Flucht. In: Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. Ausgabe 1/ 2013. In: http://kulturrisse.at/ausgaben/we-will-rise/oppositionen/zynismus-und-flucht [Zugriff: 3.11.2013]

Oberprantacher, Andreas (2013): Demos ohne Polis. In: Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. 1/2013. In: http://kulturrisse.at/ausgaben/we-will-rise/oppositionen/demos-ohne-polis [Zugriff: 3.11.2013]

Oddo, John (2011): War legitimation discourse: Representing 'Us' and 'Them' in four US presidential addresses. In: Discourse & Society 22/3. S.: 287-314.

Paier, Margit (2011): Zur Nicht-Akzeptanz einer Haft ohne Delikt – Öffentliche Kritik, Widerstand und Protest gegen die Schubhaft in Österreich. Wien: Dipl-Arbeit. (Ab S. 63)

Pickering, Sharon (2001): Common Sense and Original Deviancy: News Discourses and Asylum Seekers in Australia. In: Journal of Refugee Studies, Vol. 14., No. 2. S.: 169-186.

Polylog (26.02.2013): Beitrag über das „Refugee Protest Camp". In: http://okto.tv/polylog [Zugriff: 3.08.2013].

Rattansi, Ali (2007): Racism. A Very Short Introduction. Oxford/ New York: Oxford University Press.

Refugee Camp Vienna (21.12.2012): Vor dem „Runden Tisch": Die Forderungen der Flüchtlinge im Konkreten. In: http://refugeecampvienna.noblogs.org/post/2012/12/21/asylgipfel-die-forderungen-der-fluchtlinge-im-konkreten/ [Zugriff: 19.09.2013]

Refugee Camp Vienna (25.11.2012): Forderungen der protestierenden Flüchtlinge. In: https://refugeecampvienna.noblogs.org/post/2012/11/25/bewegungsfreiheit-fur-alle-fluchtlinge-we-will-rise/ [Zugriff: 19.09.2013]

Refugee Camp Vienna (k.A.): F.A.Q. – Was sind die Hintergründe, was sind die Möglichkeiten? In: http://refugeecampvienna.noblogs.org/faq/ [Zugriff 19.09.2013]

Regner, Freihart (2006): Zur Bedeutung Hannah Arendts für die (psychosozial-therapeutische) Menschenrechtsarbeit. Eine kritische Hommage. In: Zeitschrift für Politische Psychologie. Jg. 14, Nr. 1+2. S.: 141-170.

Reisigl, Martin/ Wodak, Ruth (2009): The Discourse-Historical Approach (DHA). In: Wodak, Ruth/ Meyer, Michael (Hg.): Methods of Critical Discourse Analysis. Second Edition. Los Angeles/ London/ New Delhi/ Singapore/ Washington DC: SAGE. S.: 87-121.

Reisigl, Martin/ Wodak, Ruth (2001): Discourse and discrimination. Rhetorics of racism and antisemitism. London: Routledge.

Ruhrmann, Georg (1993): Die Konstruktion des "Fremden" in den Medien. Struktur und Folgeprobleme. In: Jäger, Siegfried/ Link, Jürgen (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: DISS. S.: 190-212.

Schaffer, Johanna (2008): Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld: transcript Verlag.

Singer, Mona (1997): Fremd. Bestimmung: Zur kulturellen Verortung von Identität. Tübingen: edition diskord.

SOS Mitmensch (k.A.): About. In: http://www.sos-mitmensch.at/about/ [Zugriff: 30.10.2013]

Stieber, Gabriela (1995): Volksdeutsche und Displaced Persons. In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext. Wien: Dachs Verlag. S.: 140-156.

Stöber, Rudolf (2008): Kommunikations- und Medienwissenschaften: Eine Einführung. München: C.H. Beck.

Šunjić, Melita H. (2000): Das Weltflüchtlingsproblem: gestern – heute – morgen. In: Husa, Karl/ Parnreiter, Christof/ Stacher, Irene (Hg.): Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel; Wien: Südwind. S.: 145-156.

Šunjić, Melita H. (1995): Globale Flüchtlingstrends und die Asylsituation in Österreich. In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext. Wien: Dachs Verlag. S.: 248-263.

Täubig, Vicky (2009): Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zur alltäglichen Lebensführung in der organisierten Desintegration. Weinheim/ München: Juventa Verlag.

Thomas-Olalde, Oscar/ Velho, Astride (2011): Othering and ist Effects – Exploring the Concept. In: Niedrig, Heike/ Ydesen, Christian (Hg.): Writing Postcolonial Histories of Intercultural Education. Frankfurt a. M.: Peter Lang. S.: 27-51.

Tošić, Jelena/ Kroner, Gudrun/ Binder, Susanne (2009): Anthropologische Flüchtlingsforschung. In: Six-Hohenbalken, Maria/ Tošić, Jelena (Hg.): Anthropologie der Migration: Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte. Wien: Facultas Universitätsverlag. S.: 110-126.

Trinh T. Minh-ha (2010): Engagement aus dem Spiegel-Schrift-Kabinett. In: Babka, Anna (Hg.): Trinh T. Minh-ha: Woman Native Other. Postkolonialität und Feminismus schreiben. Wien: Turia + Kant. S.: 31-92.

Van Dijk, Teun A. (k.A.): Ideology and Discourse. A Multidisciplinary Introduction. In: http://www.discourses.org/OldBooks/Teun%20A%20van%20Dijk%20-%20Ideology%20and%20Discourse.pdf [Zugriff: 03.12.2013]

Van Dijk, Teun A. (1993): Eliten Rassismus und die Presse. In: Jäger, Siegfried/ Link, Jürgen (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: DISS. S.: 80-130.

Weber, Stefan (1995): Nachrichtenkonstruktion im Boulevardmedium. Die Wirklichkeit der „Kronen Zeitung“. Wien: Passagen-Verlag.

Wengeler, Martin (2000): Von „Belastungen“, „wirtschaftlichem Nutzen“ und „politischen Zielen“. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre. In: Niehr, Thomas/ Böke, Karin (Hg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.: 135-157.

Wengeler, Martin (1997): Argumentation im Einwanderungsdiskurs. Ein Vergleich der Zeiträume 1970-1973 und 1980-1983. In: Jung, Matthias (Hg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses: das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH. S.: 121-149.

Wischenbart, Rüdiger (1995): Traiskirchen von innen. Flüchtlingspolitik zu Beginn der 80er Jahre. In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext. Wien: Dachs Verlag. S.: 195-209.

Wodak, Ruth et al. (1990): „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt a. Main: Suhrkamp.

Wodak, Ruth/ Meyer, Michael (2009): Critical Discourse Analysis: History, Agenda, Theory and Methodology. In: Dies. (Hg.): Methods of Critical Discourse Analysis. London: Sage. S.: 1-33.

Ziegler, Barbara (2009): Die sprachliche Konzeptualisierung des Eigenen und des Fremden in den aktuellen Parteiprogrammen der SPD und der CDU. Eine linguistische Untersuchung. Stockholm: Magisterarbeit.

Zierer, Brigitta (1995): Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956? In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext. Wien: Dachs Verlag. S.: 157-171.

6. ANHANG

6.1. TABELLARISCHE AUFLISTUNG DER KORPUSTEXTE

Nr.	Datum	Seite	Titel
1	19.12.2012	18	Asylwerber besetzten die Votivkirche: Pfarrer zornig
2	20.12.2012	17	Die Votivkirche bleibt besetzt: Aktivisten fordern Gespräche
3	21.12.2012	15	Asylwerber in der Votivkirche: Runder Tisch bereits heute
4	24.12.2012	13	Asyl-Protest: Kirche für Mette geräumt
5	27.12.2012	13	Votivkirchen-Besetzer: 14 sind in Hungerstreik
6	28.12.2012	16	Skurrile Besetzung: Ende für Protest in Votivkirche!
7	31.12.2012	16	Asyl-Camp: Politik verteidigt Räumung
8	2.01.2013	14	Besetzte Votivkirche: Für Heute ist solidaritäts-Demo angekündigt
9	3.01.2013	12	Lernen in der Votivkirche: Deutschkurse für Besetzer
10	4.01.2013	10	Antworten von Kardinal Christoph Schönborn: Votivkirche – und keine Ende?
11	4.01.2013	14	Votivkirche: Nun kritisieren Flüchtlinge helfende Caritas
12	7.01.2013	14	Strache: „Hungerstreikende in Votivkirche zwangsernähren“
13	8.01.2013	11	Polit-Streit um Kirchenbesetzer
14	9.01.2013	12	Häupl: „Kirchen-Besetzer politisch missbraucht!“
15	9.01.2013	12	FPÖ zeigt Camp-Organisatoren an
16	10.01.2013	16	Protestcamp: Kritik an Häupl
17	16.01.2013	14	Komponist Gulda plant Konzert für Besetzer der Votivkirche
18	17.01.2013	16	Vier Flüchtlinge aus der Votivkirche in Schubhaft
19	18.01.2013	16	Antworten von Kardinal Christoph Schönborn: Immer noch Votivkirche. Immer noch Menschen.
20	21.01.2013	18	Edel: Polizist spendet Geld
21	23.01.2013	12	Votivkirche: Flüchtlinge unterbrechen Hungerstreik
22	24.01.2013	14	Flüchtlinge drohen mit Massen-Demo

23	28.01.2013	14	Votivkirche: Verwirrung um Brief von Innenministerium
24	29.01.2013	10	Votivkirche: Kardinal rügt die Aktivisten!
25	30.01.2013	11	Schönborn: „Habe Helfer in Votivkirche nicht attackiert“
26	31.01.2013	12	Votivkirche: Notquartier steht im Servitenkloster bereit
27	6.02.2013	9	Flüchtlinge aus der Votivkirche: erste Abschiebung nach Ungarn
28	7.02.2013	13	Nach Abschiebung bittet Caritas weiter um Hilfe
29	8.02.2013	11	Nur Wien erfüllt die Flüchtlings-Quote
30	11.02.2013	10	Votivkirche: 5 Stunden „Gegenbesetzung“ durch 9 rechte Flüchtlingsgegner
31	13.02.2013	13	Votivkirche: Samstag droht Asyl-Großdemo
32	14.02.2013	14	Votivkirche: Dutzende Notfälle wegen Hungerstreik
33	15.02.2013	12	Asylanten: Abzug aus Votivkirche?
34	18.02.2013	12	Drei Flüchtlinge haben die Votivkirche verlassen
35	19.02.2013		Votivkirche: Aus für Hungerstreik, Forderung nach Verbleib in der EU
36	20.02.2013	16	Caritas-Chef hofft auf „gute Entscheidung“
37	22.02.2013	15	Votivkirche: Besetzer greifen jetzt den Kardinal frontal an
38	26.02.2013	14	Votivkirchen-Besetzung: Erneut Flüchtling in Schubhaft genommen
39	28.02.2013	16	Votivkirche: Neuer Schönborn-Appell
40	1.03.2013	12	Bei Spaziergang vor der Votivkirche: Polizei verhaftet Flüchtlingssprecher
41	4.03.2013	17	Nach 74 Tagen: Hier ziehen die Kirchen-Besetzer in Kloster um

6.2. ABSTRACT (DEUTSCH)

Ziel der Studie war es, den Mediendiskurs der HEUTE-Zeitung zum Refugee Protest Camp Vienna nach diskursanalytischen Kriterien zu beschreiben. Die forschungsleitenden Fragen beziehen sich auf die diskursiven Handlungen, welche die mediale Repräsentation des Refugee-Protests in HEUTE bestimmen und welches Bild damit von dem Protest, seinen Inhalten und seinen Akteuren kommuniziert wird. Dazu wurden die Methoden der diskurshistorischen Analyse nach Ruth Wodak (et al.) und die Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger kombiniert. HEUTE ist die in Wien auflagenstärkste Tageszeitung, die als gratis U-Bahn-Blatt eine breite und disperse Leserschaft vorweisen kann. Das für die Untersuchung zusammengestellte Textkorpus setzt sich zusammen aus einer Sammlung von Artikeln, die im Zeitraum der sogenannten „Votivkirchenbesetzung“, von 18. Dezember 2012 bis 4. März 2013, in HEUTE erschienen waren. Das gesamte Textkorpus wurde einer Grobanalyse unterzogen, anschließend wurde eine Feinanalyse von vier, als typisch definierten Artikeln durchgeführt.

Die Ergebnisse der Analysen belegen zahlreiche Kontinuitäten des hegemonialen „Flüchtlingsdiskurses“ in der Berichterstattung von HEUTE. Die Zeitung repräsentiert den Protest vorwiegend in den Themenbereichen von Bedrohung, Illegalität bzw. Kriminalität und Widerstand. Darüber hinaus bedient sich HEUTE einem Diskurs der Differenz, der eine abwertende und ausgrenzende Differenzierung zwischen „uns“ und „den anderen“ aufrecht erhält. Die Refugees werden – gemäß dem herrschenden österreichischen Diskurs über Geflüchtete – als Abnormität dargestellt. Die mehrfache Zuschreibung der Opferrolle diktiert ihnen Handlungsunfähigkeit und Sprachlosigkeit und gestattet gleichzeitig eine Selbstdarstellung „der ÖsterreicherInnen“ als HelferInnen in der Not.

6.3. ABSTRACT (ENGLISH)

The aim of this study was to investigate how the free daily newspaper HEUTE reported on the Refugee Protest Camp Vienna. Accordingly, the questions of the study focus on the representations of the protest and its methods, on representations of the protests contents and demands and on the representations of its protagonists. HEUTE is the highest-circulation newspaper in Vienna, addressing a wide and diversified public. The methodological approach is twofold, for it combines the discourse-historical approach developed by Ruth Wodak (et al.) with the critical discourse analysis according to Siegfried Jäger. The chosen method is used to analyse a corpus of texts that had been collected in the period from 18th of December 2012 to 4th of March 2013 – the period of the so-called "squatting of the Votivkirche". Subsequent to a rough analysis of all articles, a detailed analysis has been made of four typical articles.

The results show that the free daily newspaper HEUTE maintains many aspects of the hegemonic Austrian discourse on refugees and asylum. The topics that frame the HEUTE-coverage of the Refugee Protest mainly concern aspects of threat, illegality and crime as well as resistance against political leaders and the church. Furthermore, HEUTE exercises a discourse of difference, reproducing a negative and excluding attitude towards refugees and asylum seekers. Refugees are being portrayed as anomaly. Numerous ascriptions continue to constitute refugees as a group of people incapable of speaking or taking action for themselves. Simultaneously, a positive self-image of Austrians as good Samaritans is being presented.

6.4. LEBENSLAUF

Persönliche Angaben

Name	Sonja Kreil
Geburtsdatum	19.02.1985
Geburtsort	Bad Ischl, Oberösterreich

Die Theorie

1995 – 1999	BG/ BRG Linz Auhof Schulzweig: LISA (Linz International School Auhof)
1999 – 2003	BG/ BRG Bad Ischl Schulzweig: neusprachlich Abschluss: 12.06.2003, Matura
2003 – 2006	Studium der Deutschen Philologie und Kunstgeschichte Universität Wien
2011 – 2012	Ausbildung zur Fotografin Wifi Wien
2006 – 2014	Studium der Internationalen Entwicklung Universität Wien Schwerpunkt: Cultural Studies und Rassismusforschung

Die Praxis

2003 – 2004	verschiedene StudentInnen-Jobs
2005 – 2010	PR Plus Gmbh, 1140 Wien PR Beratung und Öffentlichkeitsarbeit (vorwiegend in den Bereichen Toursimus und Gastronomie)
2011 – 2012	Fotografische Assistenz Peter Berger, 1120 Wien Arnd Oetting, 1120 Wien

Das Können

Fremdsprachen	Englisch (fließend) Französisch (Basis) Spanisch (Basis)
Fotografie	Digitale Fotografie, Bildbearbeitung (Adobe Photoshop) Analoge Fotografie, Dunkelkammer

Das Wollen

Reisen	Kenia, Marokko, Tansania, Tunesien, europäische Städte
Sport	Laufen, Bergsteigen, Tanzen